

Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

13
—
23

Demokratie- Dialog

**Macht Stadtluft
zufrieden?**

Philipp Harfst

**Antifeminismus als
Brückennarrativ der
Radikalen Rechten**

Greta Jasser

**Takfir als politisches
Instrument**

*Ousama Sheikh Muhammed
Mareike Rohloff*

Inhalt

Demokratie und politische Kultur

Linker Radikalismus

Verschörungsglaube seit der Covid-19-Pandemie

Greta Schimanski / Joschua Helmer 4

Macht Stadtluft zufrieden?

Unterstützung des politischen Systems in urbanen
und ländlichen Räumen

Philipp Harfst 14

Zwischen Klima und Kontroverse

Kollektive Identität(en) der Klimabewegung?

Bianca Steinfeld 26

Radikaler Islam

Rechtsradikalismus

Takfir als politisches Instrument

Rezension von Justyna Nedza (2020): *Takfir* im militanten Salafismus. Der Staat als Feind

Ousama Sheikh Muhammed /
Mareike Rohloff

36

Zur Demokratiewahrnehmung junger Muslim*innen

Lino Klevesath

44

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Potenzial rechtsradikaler Parteien

Wie die AfD Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgreift

Lena Jaensch

54

Antifeminismus und LGBTQIA*-Feindlichkeit als Brückennarrative der Radikalen Rechten

Greta Jasser

62

Demokratie und politische Kultur

Schimanski, Greta / Helmer, Joschua (2023):
„Verschwörungsglaube seit der Covid-19-Pandemie“ In: Demokratie-Dialog 13 (2023) S. 4–13.
doi: 10.17875/gup2023-2455

Verschwörungsglaube seit der Covid-19-Pandemie

Greta Schimanski / Joschua Helmer

Schon in den ersten Monaten der Covid-19-Pandemie entwickelten sich Verschwörungserzählungen über deren Ursprünge zu einem zentralen Bestandteil der Proteste gegen die staatlichen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung. Die „Querdenken“-Bewegung trägt den Zweifel an gesellschaftlichen Gewissheiten als zentralen Bezugspunkt im Namen; etablierte rechtsradikale Akteure integrieren die Pandemie umstandslos in bestehende Verschwörungserzählungen. Spätestens mit den gemeinsamen Protesten dieser Akteure im August 2020 in Berlin rückten Verschwörungserzählungen in den Fokus der öffentlichen Debatten über die Bekämpfung der Pandemie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Auch nach Aufhebung der meisten Anti-Corona-Maßnahmen und einem massiven Rückgang der Protestmobilisierung durch Querdenken & Co. halten diese Debatten an. Verschwörungserzählungen über den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine¹ schließen nahtlos an jene über die Pandemie an. Das schürt Sorgen über eine dreifache Herausforderung, welche die deliberative Demokratie auf die Probe stellt: die anhaltenden Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die Verbreitungsmöglichkeiten für Verschwörungserzählungen in sozialen Netzwerken und Messengern sowie dort strategisch durch bspw. Russland lancierte Desinformation.

1 Vgl. Lamberty, Pia/Heuer, Corinne/Holnburger, Josef: Belastungsprobe für die Demokratie. Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft, Berlin 2022.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich der Verschwörungsglaube in der Bevölkerung während und nach der Covid-19-Pandemie entwickelte: Gibt es einen „Corona-Effekt“, der den Verschwörungsglauben in der Bevölkerung nachhaltig verstärkt hat?

Um sich einer Antwort zu nähern, werden im vorliegenden Beitrag zunächst die Begrifflichkeiten der politischen wie wissenschaftlichen Debatte über Verschwörungsglauben sortiert. Anschließend werden drei Theorien zu seinen Ursachen vorgestellt und anhand einer Analyse von Daten des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) 2021 geprüft.² Die Ergebnisse dieser Analyse werden abschließend mit anderen Studien zur Entwicklung von Verschwörungsglauben seit der Pandemie kontextualisiert.

Begrifflichkeiten

Die akkurate begriffliche Bezeichnung von *Verschwörungsglaube* wird in der Wissenschaft anhaltend diskutiert. Gemeinsamer Kern aller Konzepte ist der Begriff der *Verschwörung*. Um eine solche handelt es sich laut Karl Hepfer, wenn sich eine Gruppe im Geheimen organisiert und Aktionen plant, um einen Vorteil für sich und ggf. einen Nachteil für den Rest der Bevölkerung zu bewirken.³

Ausgehend von dieser Definition hat eine *Verschwörungserzählung* das Ziel, zunächst nicht erklärbare Ereignisse in der Gesellschaft durch das konspirative Zusammenwirken einer Verschwörung zu erklären.⁴ Michael Barkun stellt drei wesentliche Komponenten auf, die eine Ver-

schwörungserzählung beinhalten muss: „nothing happens by accident“, „nothing is as it seems“ und „everything is connected“.⁵ Mit Verschwörungsglaube kann schließlich die individuelle Einstellung, an eine solche Verschwörungserzählung zu glauben, beschrieben werden.

Der Begriff der *Verschwörungstheorie* ist umstritten, da der Begriff der Theorie einen wissenschaftlichen Gehalt impliziert, den Verschwörungserzählungen nicht aufweisen.⁶ Während wissenschaftliche Theorien durch gegenteilige Beweise widerlegbar sind, immunisieren sich Verschwörungserzählungen gegen eine Widerlegung: Jeder Gegenbeweis zeige nur, wie mächtig die Verschwörung sei.⁷ Dies heißt nicht, dass sich eine Verschwörungserzählung nicht auch als wahr herausstellen könnte – auch wenn tatsächliche Verschwörungen äußerst selten sind und strukturell kaum geheim bleiben können.⁸ Verschwörungserzählungen sind jedoch, anders als wissenschaftliche Theorien, nicht auf eine Überprüfung ausgelegt. Aus diesen Gründen wird hier dem Begriff der Verschwörungserzählung der Vorzug gegeben.

Eine zweite Differenzierung wird mit dem Begriff der *Verschwörungsmentalität* im Gegensatz zum Verschwörungsglauben vorgenommen.

Mitte, Leipzig 2013, S. 146–161, hier S. 148. <https://doi.org/10.30820/9783837966367>.

2 Diese repräsentative Befragung erhebt alle zwei Jahre Einstellungen zur Demokratie in Niedersachsen.

3 Vgl. Hepfer, Karl: *Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft*, Bielefeld 2015, S. 24.

4 Vgl. Imhoff, Roland/Decker, Oliver: *Verschwörungsmentalität als Weltbild*, in: Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (Hrsg.): *Rechtsextremismus der*

5 Barkun, Michael: *A culture of conspiracy: apocalyptic visions in contemporary America*, Berkeley 2013, S. 3–4.

6 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: „Bausteine“ zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien“: Definitionen, Erscheinungsformen und Funktionen und Ursachen, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.): *Verschwörungstheorien: Theorie – Geschichte – Wirkung*, Innsbruck u.a. 2002, S. 30–44, hier S. 33.

7 Vgl. Nocun, Katharina/Lamberty, Pia: *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*, Köln 2020, S. 21.

8 Vgl. Popper, Karl Raimund: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde: Hegel, Marx und die Folgen. Band II: Falsche Propheten*, Tübingen 1992, S. 112.

Serge Moscovici versteht unter einer Verschwörungsmentalität die grundlegende Haltung, hinter gesellschaftlichen und politischen Ereignissen und Entwicklungen das Handeln einer Verschwörung zu wittern.⁹ Sie ist folglich eine vergleichsweise stabile Disposition, generell für Verschwörungserzählungen empfänglich zu sein.¹⁰ Damit geht sie über die (zeitweise) Zustimmung zu einzelnen Verschwörungserzählungen etwa zur Covid-19-Pandemie hinaus und ist damit das passendere Konzept, um langfristige Verschiebungen jenseits der Konjunktur einzelner Verschwörungserzählungen in der Bevölkerung zu beschreiben.

Verschwörungsmentalität in Niedersachsen

Im NDM 2021¹¹ wird eine solche Verschwörungsmentalität durch die Zustimmung zu drei Aussagen auf einer Skala von 1 (lehne voll und ganz ab) bis 4 (stimme voll und ganz zu) gemessen (alle Frageformulierungen der Analyse finden sich in Tabelle 2 im Anhang). Eine Verschwörungsmentalität ist bei knapp einem Viertel bis zu einem Drittel der niedersächsischen Bevölkerung vorhanden (Abb. 1). Für die folgende Analyse wurde aus der Zustimmung zu den drei Aussagen ein Index zur Verschwörungsmentalität gebildet, der die jeweiligen Skalenwerte für jede:n Befragte:n aufaddiert, und durch die Kombination der drei Antworten eine Verschwörungsmentalität verlässlicher misst.

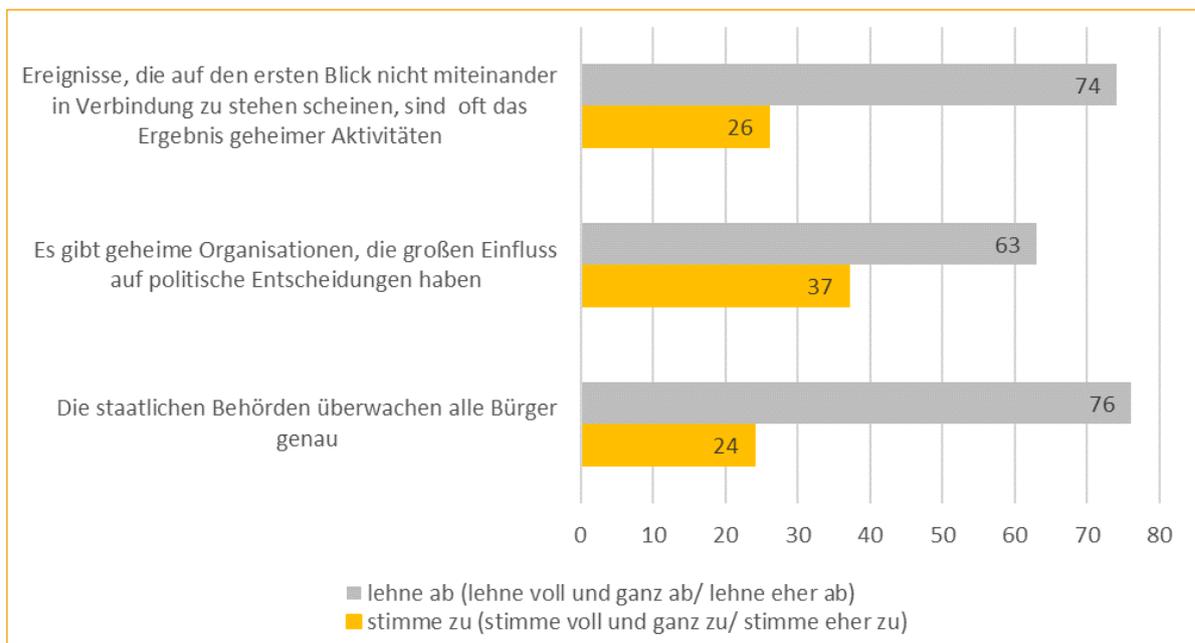


Abbildung 1: Darstellung der prozentualen Zustimmung und Ablehnung zu den abgefragten Aussagen zur Verschwörungsmentalität aus dem Niedersächsischen Demokratie-Monitor 2021.

9 Vgl. Moscovici, Serge: The Conspiracy Mentality, in: Graumann, Carl F./ Moscovici, Serge (Hrsg.): Changing conceptions of conspiracy, New York 1987, S. 151–168, hier S. 156.

10 Vgl. Imhoff/Decker: Verschwörungsmentalität als Weltbild, S. 149.

11 Schenke, Julian et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor: Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021, S. 28–29.

Erklärungsansätze für eine Verschwörungsmentalität

Die Literatur diskutiert drei potenzielle Erklärungen für die Entwicklung einer individuellen Verschwörungsmentalität: Der erste Ansatz fokussiert auf langfristige soziodemografische Merkmale, der zweite auf mittelfristige politische Einstellungen und der dritte auf kurzfristige psychologische Krisenreaktionen. Im Folgenden werden diese Ansätze vorgestellt und anhand einer Sekundäranalyse der Daten des NDM 2021 für die niedersächsische Bevölkerung statistisch geprüft. Hierzu wurde eine lineare Regression durchgeführt, die den Einfluss der drei Erklärungsansätze gleichzeitig modelliert und damit über die bisherige Analyse im NDM 2021 hinausgeht (Tabelle 1). Die Ergebnisse erlauben eine erste Einschätzung, wie nachhaltig ein potenzieller „Corona-Effekt“ sein könnte.

Für die Erklärung einer Verschwörungsmentalität durch soziodemografische Merkmale findet sich in der bisherigen Literatur die schwächste Evidenz; es zeigen sich kaum Zusammenhänge.¹² Lediglich die Auswirkung eines geringen Bildungsstandes auf eine höhere Verschwörungsmentalität lässt sich belegen.¹³ Jan-Willem van Prooijen stellt allerdings fest, dass dieser Zusammenhang durch psychologische Faktoren vermittelt wird: Personen mit einer höheren Bildung verspüren in der Regel mehr Kontrolle über ihr Leben und über ihr Umfeld. Daher haben sie ein geringeres Bedürfnis, gesellschaftliche Entwicklungen durch externe Faktoren wie eine Verschwörung zu erklären.¹⁴

Auch für die Ausprägung einer Verschwörungsmentalität in Niedersachsen während der Covid-19-Pandemie zeigt sich in unserer Analyse lediglich ein Einfluss des Bildungsniveaus – dieser ist jedoch auch bei Berücksichtigung anderer Einflussfaktoren signifikant (Tabelle 1).

Politische Kultur und Verschwörungsmentalität

Für den Einfluss politischer Einstellungen auf die Ausprägung einer Verschwörungsmentalität gibt es weit mehr Evidenz. So zeigen Joanne Miller et al., dass ein niedriges Vertrauen in politische Institutionen und ein hohes politisches Wissen eine Verschwörungsmentalität begünstigt. Personen mit mehr politischem Wissen hätten oft gefestigtere Meinungen und wollten für diese Bestätigung finden – zur Not unter Rückgriff auf Verschwörungserzählungen.¹⁵ Sie seien bemühter und auch fähiger, Verschwörungserzählungen mit ihrem eigenen Weltbild in Verbindung zu bringen und dieses dadurch zu stützen.¹⁶ Geringeres Vertrauen in politische Institutionen hingegen begünstige Verschwörungsmentalitäten, da sich eine Entfremdung vom politischen System ähnlich wie ein geringer formeller Bildungsstand in ein niedriges Gefühl der Kontrolle über das eigene Leben und das gesellschaftliche Umfeld übersetze.¹⁷

Im NDM 2021 sind Fragen zum Vertrauen in politische Institutionen und zur Demokratiezufrie-

12 Vgl. Butter, Michael: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Berlin 2018, S. 116.

13 Vgl. Freeman, Daniel/Bentall, Richard P.: The concomitants of conspiracy concerns, in: *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, Jg. 52 (2017), H. 5, S. 595–604, hier S. 597, <https://doi.org/10.1007/s00127-017-1354-4>.

14 Vgl. Van Prooijen, Jan-Willem: Why Education Predicts Decreased Belief in Conspiracy Theories, in: *Applied Cognitive Psychology*, Jg.31 (2017), H. 1, S. 50–58, hier S. 56.

15 Miller, Joanne M./L. Saunders, Kyle/E. Farhart, Christina: Conspiracy Endorsement as Motivated Reasoning: The Moderating Roles of Political Knowledge and Trust, in: *American Journal of Political Science*, Jg.60 (2016), H. 4, S. 824–844, hier S. 827. <https://doi.org/10.1111/ajps.12234>.

16 Vgl. Miller/Saunders/Farhart: Conspiracy Endorsement as Motivated Reasoning, S. 837.

17 Abalakina-Paap, Marina et al.: Beliefs in Conspiracies, in: *Political Psychology*, Jg.20 (1999), H. 3, S. 637–647, hier S. 644. <https://doi.org/10.1111/0162-895X.00160>.

denheit vorhanden. Beide darüber gemessenen Einstellungen weisen in unserer Analyse den erwarteten Effekt auf eine Verschwörungsmentalität statistisch signifikant nach (Tabelle 1): Je unzufriedener die Befragten mit der Demokratie waren und je weniger Vertrauen sie in die Bundesregierung hatten, desto stärker zeigten sie eine Verschwörungsmentalität. Dieser Zusammenhang kann sich dann zu einem mittelbaren „Corona-Effekt“ entwickeln, wenn die Covid-19-Pandemie das Vertrauen in politische Institutionen und die Demokratie insgesamt langfristig beschädigt.

Verschwörungsmentalität als Krisenreaktion

Der dritte potenzielle Einflussfaktor wird aktuell am eingehendsten diskutiert und umfasst verschiedene psychologische Grundbedürfnisse und Strategien zu deren Erfüllung in Krisensituationen. Dies ist zunächst das Bedürfnis, für scheinbar unerklärliche und unkontrollierbare Zustände und Ereignisse Erklärungen zu finden, sowie das korrespondierende Bedürfnis, die eigenen Lebensumstände und gesellschaftliche Entwicklungen gestaltend beeinflussen zu können.¹⁸ Daher riefen Geschehnisse, für die es zunächst keine zufriedenstellende Erklärung gibt, ein Gefühl des Kontrollverlustes hervor. Dieser könne durch eine Verschwörungsmentalität teilweise kompensiert werden: Zwar bliebe die Situation vorerst unbeeinflussbar, aber mit der Benennung einer Verschwörung würde diese Machtlosigkeit zumindest erklärt. Es würden Schuldige für die Situation identifiziert, deren Handeln zumindest potenziell unterbunden und die zur Rechenschaft gezogen werden könnten.¹⁹

Die Covid-19-Pandemie als gesundheitliche und wirtschaftliche Krise führte zu Sorgen um den

Arbeitsplatz, Sorgen um die wirtschaftliche Lage und Angst vor einer Infektion mit dem Virus.

Allerdings stellen Clara Schließler et al. 2020 nur eine geringe Korrelation zwischen einem solchen Bedrohungsgefühl und der Ausprägung einer Verschwörungsmentalität fest.²⁰ Die Analyse der Daten des NDM 2021 bietet hier ein vielschichtiges Bild: Zunächst zeigt sich, dass die Sorge um die berufliche Zukunft in der niedersächsischen Bevölkerung gering ausfiel. So gaben nur ca. 16 Prozent der Befragten an, dass sie sich sehr große oder zumindest wenige Sorgen um ihre berufliche Zukunft machen. Die gesundheitlichen Sorgen waren stärker verbreitet: Ca. vierzig Prozent der Befragten gaben an, Angst vor einer schweren Erkrankung zu haben, 67 Prozent hatten Angst vor der Erkrankung eines engen Angehörigen.

In unserer Regressionsanalyse lässt sich erkennen, dass die Sorge vor beruflichen Auswirkungen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die Verschwörungsmentalität hatte, dieser jedoch verschwindet, sobald man das formelle Bildungsniveau der Befragten berücksichtigt. Die Sorge um berufliche Auswirkungen scheint sich demnach zwischen Befragten mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen systematisch zu unterscheiden, hatte jedoch weniger Einfluss als das Bildungsniveau an sich. Die Angst vor einer eigenen Erkrankung und die Angst vor einer Erkrankung Angehöriger zeigten keinen statistisch signifikanten Einfluss auf die Verschwörungsmentalität. Dies könnte jedoch auch daran liegen, dass eine Verschwörungsmentalität – sobald sie einmal entwickelt wurde – diese Ängste sehr schnell reduziert. Der theoretische vermutete Effekt ließe sich in dem Fall nur für eine sehr kurze Zeit auch tatsächlich messen.

18 Vgl. Imhoff/Decker: Verschwörungsmentalität als Weltbild, S. 157.

19 Vgl., Ebd.

20 Vgl. Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver: Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität, Gießen 2020, S. 283–308.

So stellt sich die Frage, ob sich ein Bedrohungsgefühl nur für solche Befragte in eine Verschwörungsmentalität übersetzt, deren Verunsicherung nicht durch das Vertrauen in politische Institutionen aufgefangen wird. Um dies zu prüfen, wurde der gemeinsame Effekt von Institutionenvertrauen und Bedrohungswahrnehmung auf die Ausprägung einer Verschwö-

rungsmentalität modelliert; die Ergebnisse sind jedoch nicht signifikant. Insgesamt lassen sich damit sowohl aus den Daten des NDM 2021 als auch aus anderen Analysen wie denen von Clara Schließler et al. keine Indizien ableiten, die für einen kurzfristigen „Corona-Effekt“ auf die Verbreitung einer Verschwörungsmentalität sprechen.

Tabelle 1: Ergebnisse der Regressionsmodelle zur Erklärung der Verschwörungsmentalität. In diesen wird die gemessene Stärke der Verschwörungsmentalität auf mehrere Einflussfaktoren zurückgeführt und deren Effekt mit einer Größe (Regressionskoeffizient) versehen. In Modell 1 werden nur Einstellungen berücksichtigt, Modell 2 beinhaltet auch soziostrukturelle Merkmale. Merkmale und Einstellungen mit einem positiven Koeffizienten erhöhen die Verschwörungsmentalität im Vergleich zum Referenzmerkmal (Ref.). Wenn der Koeffizient mit Sternen versehen ist, dann ist dieser Effekt – verkürzt gesagt – nicht zufällig, sondern statistisch signifikant.

	Modell 1	Modell 2
Konstante	1,06***	1,53***
Demokratiezufriedenheit (Ref: Sehr zufrieden)		
Eher zufrieden	0,05	0,04
Teils/teils	0,31*	0,24
Eher unzufrieden	0,33	0,25
Sehr unzufrieden	0,80***	0,72**
Politisches Vertrauen (Ref: Vertraue stark)		
Vertraue eher	0,31*	0,28*
Teils/teils	0,10	-0,20
Vertraue eher nicht	0,59***	-0,50**
Vertraue überhaupt nicht	0,86***	0,77**
Angst vor Erkrankung (Ref: Ja, sehr)		
Ja, ein wenig	-0,10	-0,01
Nein, eher nicht	0,08	0,11
Nein, gar nicht	0,09	0,13
Ich war bereits infiziert.	0,40	0,52
Angst vor Erkrankung Angehöriger (Ref: Ja, sehr)		
Ja, ein wenig	-0,03	-0,02
Nein, eher nicht	-0,13	-0,10
Nein, gar nicht	-0,04	0,01
Sorge vor beruflichen Auswirkungen (Ref: Nein)		
	-0,24*	-0,20
Alter		0,01
Geschlecht (Ref: Männlich)		
Weiblich		0,07
Einkommen		-0,00

	Modell 1	Modell 2
Bildung (Ref: Ohne Volks- Hauptschulabschluss)		
Volks-/Hauptschulabschluss		-0,46
Mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife		-0,56*
Abschluss der Polytechnischen Oberschule (8./10 Klasse)		0,02
Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule		-0,64*
Abitur, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife		-0,93**
Korrigiertes in Prozent	13,23	18,11
<i>n</i>	600	597
<i>F</i>	6,71	6,49
<i>Prob > F</i>	0,0000***	0,0000***

Anmerkungen: Signifikanzniveau: *= $p < 0,05$; **= $p < 0,02$; ***= $p = 0,000$

Entwicklungen im Zeitverlauf der Pandemie

Da der NDM nicht zusätzlich im Jahr 2020 oder 2022 erhoben wurde, ist eine direkte Beobachtung von Verschwörungsmentalitäten in Niedersachsen im Zeitverlauf der Pandemie nicht möglich. Laut bundesweiten Daten der Leipziger Autoritarismus-Studie für den Zeitraum von 2012 bis 2022 nahm die Verbreitung einer Verschwörungsmentalität nahezu stetig ab – lediglich im Pandemiejahr 2020 ließ sich ein vorübergehender Anstieg beobachten. Die drei Aussagen, die in der Studie zur Messung einer Verschwörungsmentalität genutzt werden (nur eine stimmt mit denen des NDM überein, weshalb die Werte nicht verglichen werden können), fanden 2012 noch bei ca. 45 Prozent der Befragten eine durchschnittliche Zustimmung, 2022 waren es nur noch 25 Prozent. Selbst 2020 betrug dieser Wert nur ca. 38 Prozent der Befragten.²¹ Dieser starke Rückgang könnte – so interpretieren es die Autor:innen – nach dem Ende der Covid-19-Pandemie auf ein stark ge-

sunkenes Bedürfnis nach vermeintlichen Erklärungen durch Verschwörungserzählungen zurückgehen. Er könnte jedoch auch durch eine Sensibilisierung für Verschwörungserzählungen im Zuge der Covid-19-Pandemie hervorgerufen sein, durch die Befragte auf eine stärker reflektierte Einstellung als noch 2018 zurückgreifen können, wenn sie befragt werden. Schließlich ist ebenfalls denkbar, dass sich die Verbreitung einer Verschwörungsmentalität nicht geändert hat, aber Befragte auf entsprechende Fragen zurückhaltender antworten.

Es ist allerdings auch möglich, dass eine Bedrohungswahrnehmung während der Pandemie nur den Glauben an Covid-19-spezifische Verschwörungserzählungen beeinflusst hat und nicht, wie in dieser Analyse getestet, die generelle Verschwörungsmentalität.²² Das würde dafür sprechen, die wissenschaftliche Analyse in zukünftigen Krisen auf die Zustimmung zu spezifischen Verschwörungserzählungen zu fokussieren, da diese vermutlich eine weit stärkere Dynamik aufweist als die Ausprägung einer tiefreichenden Verschwörungsmentalität.

21 Vgl. Decker, Oliver et al.: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver et al. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Gießen 2022, S. 31–90, hier S. 81. Die Befragungen fanden im Mai und Juni 2020 bzw. von März bis Mai 2022 statt.

22 Neu, Viola: „Das ist alles bewiesen.“ Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. Monitor Wahl- und Sozialforschung, Berlin 2023, S. 7.

Fazit

Die hier vorgestellten Analysen und Befunde lassen eine vorsichtige Entwarnung vor der befürchteten langfristigen Ausbreitung einer Verschwörungsmentalität durch einen „Corona-Effekt“ zu. Schon während der Pandemie hatten vor allem Einstellungen zum Institutionenvertrauen und zur Demokratie einen Effekt auf die Stärke einer Verschwörungsmentalität unter niedersächsischen Befragten – unmittelbare Krisenerfahrungen spielten kaum eine Rolle. Demnach ist die langfristige Entwicklung dieser Einstellungen von größerer Relevanz für die Verbreitung einer Verschwörungsmentalität

als die gesellschaftliche Ausnahmesituation der Covid-19-Pandemie.

Bundesweite Daten im Zeitverlauf legen sogar einen gegenläufigen „Corona-Effekt“ nahe, auch wenn die Gründe für den Rückgang einer Verschwörungsmentalität in Befragungen noch nicht eindeutig geklärt sind. Analysen zum Glauben an einzelne Verschwörungserzählungen im Zeitverlauf deuten darauf hin, dass sich hier eine politisch wie akademisch relevantere Dynamik abspielt. Die Konjunktur und Verbreitung einzelner Verschwörungserzählungen sowie deren gegenseitige Ablösung oder Ergänzung sollte daher im Blick behalten werden.

Anhang

Tabelle 2: Operationalisierung der Items aus dem NDM 2021

Verschwörungsmentalität
Die staatlichen Behörden überwachen alle Bürger genau*
Ereignisse, die auf den ersten Blick nicht miteinander in Verbindung zu stehen scheinen, sind oft das Ergebnis geheimer Aktivitäten*
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben*
Politisches Vertrauen
Wie sehr vertrauen Sie der Bundesregierung?***
Zufriedenheit
Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland? **
Sorgen und Ängste in der Pandemie
Haben Sie Angst davor, durch eine Ansteckung mit dem Corona Virus schwer zu erkranken?****
Haben Sie Angst davor, dass Angehörige durch eine Ansteckung mit dem Corona Virus schwer erkranken?*****
Machen Sie sich infolge der Pandemie Sorgen um ihre berufliche Zukunft?*****
*stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu
** sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/ teils, eher unzufrieden, sehr unzufrieden
*** vertraue stark, vertraue eher, teils/teils, vertraue eher nicht, vertraue überhaupt nicht
**** ja sehr, ja ein wenig, nein eher nicht, nein gar nicht, ich war bereits infiziert
*****ja sehr, ja ein wenig, nein eher nicht, nein gar nicht

Literatur:

- Abalakina-Paap, Marina/Stephan, Walter G./Craig, Traci/ Gregory, W. Larry: Beliefs in Conspiracies, in: *Political Psychology*, Jg. 20 (1999), H. 3, S. 637–647, <https://doi.org/10.1111/O162-895X.00160>.
- Barkun, Michael: *A culture of conspiracy: apocalyptic visions in contemporary America*, Berkeley 2013.
- Butter, Michael: „Nichts ist, wie es scheint“. Über Verschwörungstheorien, Berlin 2018.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Schuler, Julia/Brähler, Elmar: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Ayline/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?*, Gießen 2022, S. 31–90.
- Freeman, Daniel/Bentall, Richard P.: The concomitants of conspiracy concerns, in: *Social Psychiatry and Psychiatric Epidemiology*, Jg. 52 (2017), H. 5, S. 595–604, <https://doi.org/10.1007/s00127-017-1354-4>.
- Hepfer, Karl: *Verschwörungstheorien. Eine philosophische Kritik der Unvernunft*, Bielefeld 2015.
- Imhoff, Roland/Decker, Oliver: Verschwörungsmentalität als Weltbild, in: Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (Hrsg.): *Rechtsextremismus der Mitte*, Leipzig 2013, S. 146–161, <https://doi.org/10.30820/9783837966367>.
- Lamberty, Pia/Heuer, Corinne/Holnburger, Josef: *Belastungsprobe für die Demokratie. Pro-russische Verschwörungserzählungen und Glaube an Desinformation in der Gesellschaft*, Berlin 2022.
- Miller, Joanne M./Saunders, Kyle L./Farhart, Christina E.: Conspiracy Endorsement as Motivated Reasoning: The Moderating Roles of Political Knowledge and Trust, in: *American Journal of Political Science*, Jg. 60 (2016), H. 4, S. 824–844, <https://doi.org/10.1111/ajps.12234>.
- Moscovici, Serge: *The Conspiracy Mentality*, in: Graumann, Carl F./Moscovici, Serge (Hrsg.): *Changing conceptions of conspiracy*, New York 1987, S. 151–168.
- Neu, Viola: „Das ist alles bewiesen.“ Ergebnisse aus repräsentativen und qualitativen Umfragen zu Verschwörungstheorien in Deutschland. *Monitor Wahl- und Sozialforschung*, Berlin 2023.
- Nocun, Katharina/Lamberty, Pia: *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*, Köln 2020.
- Pfahl-Traughber, Armin: „Bausteine“ zu einer Theorie über „Verschwörungstheorien“: Definitionen, Erscheinungsformen und Funktionen und Ursachen, in: Reinalter, Helmut (Hrsg.): *Verschwörungstheorien: Theorie – Geschichte – Wirkung*, Innsbruck u.a. 2002, S. 30–44.
- Popper, Karl Raimund: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde: Hegel, Marx und die Folgen. Band II: Falsche Propheten*, Tübingen 1992.
- Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: *Niedersächsischer Demokratie-Monitor: NDM 2021: Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie*, Göttingen 2021.
- Schließler, Clara/Hellweg, Nele/Decker, Oliver: Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*, Gießen, 2020, S. 283–308.
- Van Prooijen, Jan-Willem: Why Education Predicts Decreased Belief in Conspiracy Theories, in: *Applied Cognitive Psychology*, Jg. 31 (2017), H. 1, S. 50–58.



Greta Schimanski hat dieses Jahr ihren Bachelorabschluss in Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen gemacht. Als Fächerkombination wählte sie Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaftslehre in Kombination mit Betriebswirtschaftslehre. Nach zwei Praktika im Bereich der politischen Kommunikation in Berlin startet sie nun in ihren politikwissenschaftlichen Master an der Universität Bielefeld.



Bild: David Ausserhofer

Joschua Helmer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) und am Lehrstuhl des Instituts für Demokratieforschung der Universität Göttingen. Zuvor war er am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung als Referent für die AG „Digitalisierung und Demokratie“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina tätig.

Harfst, Philipp (2023):
„Macht Stadtluft zufrieden?
Unterstützung des politi-
schen Systems in urbanen
und ländlichen Räumen“ In:
Demokratie-Dialog 13 (2023)
S. 14–24.
doi: 10.17875/gup2023–2456

Macht Stadtluft zufrieden?

Unterstützung des politischen Systems in urbanen und ländlichen Räumen

Philipp Harfst

Unterschiede zwischen Stadt und Land sind eine zentrale Triebfeder politischer Auseinandersetzungen. Sie spielen bereits in der Cleavage-Theorie von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan aus den 1960er-Jahren¹ eine zentrale Rolle. In jüngster Zeit beobachten wir nun ein neu erwachtes Interesse der Politikwissenschaft am Stadt-Land-Konflikt. In diesem Beitrag gehen wir daher der Frage nach, ob Stadt-Land-Unterschiede in den politischen Einstellungen auch in Niedersachsen nachgewiesen werden können. Dabei lassen

wir Unterschiede in Bezug auf Parteipräferenzen außer Acht und konzentrieren uns stattdessen auf die grundlegendere Unterstützung des politischen Systems. Hierzu erläutern wir zunächst den theoretischen Hintergrund der Analyse und erklären, woher die geografische Prägung politischer Einstellungen rührt. Im Anschluss untersuchen wir anhand von Daten des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM) 2021, ob die politische Systemunterstützung in Niedersachsen tatsächlich strukturell durch Stadt-Land-Muster geprägt ist oder ob es vielmehr individuelle Faktoren sind, die Unterschiede in der Systemunterstützung erklären können.

1 Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein: Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York 1967.

Gegenwärtige Stadt-Land-Unterschiede und ihr Effekt auf die Systemunterstützung

Hintergrund des neu erwachten Interesses an potenziellen Konflikten zwischen urbanen und ruralen Räumen ist die Beobachtung, dass ländliche Regionen zum Beispiel in den USA deutlich konservativer wählen als Großstädte.² Ähnlich gelagerte Stadt-Land-Unterschiede im Wahlverhalten zeigen sich auch in Deutschland und in Niedersachsen. Hierzulande scheinen die Wähler*innen in ländlich geprägten Regionen empfänglicher für rechtsextreme und -populistische Parteien zu sein als jene in Groß- und Universitätsstädten. Die Ergebnisse der AfD zum Beispiel sind auf dem Land deutlich besser als in urbanen Gegenden.³ James Gimpel und Kolleg*innen⁴ schlussfolgern in diesem Zusammenhang, dass politische Einstellungen nicht nur abhängig sind von individuellen Charakteristika wie beispielsweise dem sozio-ökonomischen Status oder dem Geschlecht, sondern dass sie auch eine starke strukturelle, räumliche Prägung aufweisen. Damit, so der Geograph Andrés Rodríguez-Pose, wird die Wahl (rechts-)populistischer Parteien dann zu einer „revenge of the places that don't matter“⁵. Laut Rodríguez-Pose richte sich diese Revolte

gegen die Folgen der Konzentrationsprozesse in modernen Marktwirtschaften, die die ökonomische Entwicklung urbaner Zentren beförderten, in der ländlichen Peripherie aber zu einem Niedergang führten. Die sich entwickelnde Konfliktlinie verlief demnach nicht mehr zwischen Arm und Reich, wie beispielsweise Thomas Piketty⁶ betont, der die Ungleichheit zwischen Individuen ins Zentrum seiner Betrachtung rückt. Vielmehr gerieten prosperierende und abgehängte Regionen in Konflikt miteinander. Dem Argument von Rodríguez-Pose folgend wäre das Wahlverhalten demnach nicht durch individuelle, sondern durch strukturell-räumliche Faktoren geprägt. So wählten Menschen in den Großstädten unabhängig von Alter, Geschlecht und sozio-ökonomischem Status eher linke, Menschen auf dem Land eher rechte Parteien – auch wenn dies nicht mit ihrer jeweiligen individuellen (zum Beispiel sozio-ökonomischen) Lage und den daraus erwachsenden Interessen vereinbar sei. Und nicht nur die Wahl rechtsextremer und -populistischer Parteien ist auf dem Land weiter verbreitet als in Großstädten. Auch die Demokratiezufriedenheit ist in ländlich geprägten Regionen in Europa und auch in Deutschland geringer als in urbanen Zentren.⁷

Doch woher rührt diese geografische Prägung politischer Einstellungen und insbesondere die geringere Unterstützung des politischen Systems in ländlichen Regionen? Einige Untersuchungen heben hier insbesondere auf ökonomische, in der individuellen Lebenssituation liegende Gründe ab. Als Ursachen für das geringere Institutionenvertrauen als einer Facette der Systemunterstützung etwa im ländlichen Südeuropa seit 2008 führen Frieder Mitsch und Kolleg*innen⁸ insbesondere die Unzufriedenheit

2 Gimpel, James G. et al.: The Urban-Rural Gulf in American Political Behavior, in: *Political Behavior*, Jg. 42 (2020), H. 4, S. 1343–1368, <https://doi.org/10.1007/s11109-020-09601-w>.

3 Haffert, Lukas: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022; Hensel, Alexander: Krisenprotest und neue Polarisierung. Zum Wahlerfolg der AfD bei der niedersächsischen Landtagswahl 2022, in: *Demokratie-Dialog*, H. 12/2023, S. 56–65, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2372>.

4 Gimpel et al.: The Urban-Rural Gulf.

5 Rodríguez-Pose, Andrés: The revenge of the places that don't matter (and what to do about it), in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, Jg. 11 (2018), H. 1, S. 189–209, <https://doi.org/10.1093/cjres/rsx024>; Rodríguez-Pose, Andrés: The Rise of Populism and the Revenge of the Places That Don't Matter, in: *LSE Public Policy Review*, Jg. 1 (2020), H. 1, S. 1–9, <https://doi.org/10.31389/lseppr.4>.

6 Piketty, Thomas: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.

7 Lago, Ignacio: Rural decline and satisfaction with democracy, in *Acta Politica*, Jg. 57 (2022), S. 753–771, <https://doi.org/10.1057/s41269-021-00221-8>.

8 Mitsch, Frieder/Lee, Neil/Ralph Morrow, Elizabeth: Faith no more? The divergence of political trust between urban and rural Europe, in: *Political Geography*,

mit Gesundheitsversorgung, Bildungsangeboten und der wirtschaftlichen Entwicklung an. Die Mehrzahl aktueller Studien hebt aber eher strukturelle Erklärungen für die in den letzten Jahren beobachtbare ablehnende Haltung gegenüber dem politischen System und seiner Eliten in ländlichen Regionen hervor. So beschreibt Yotam Margalit⁹, dass langfristige sozialstrukturelle Entwicklungen wie ein besserer Zugang zu höherer Bildung, zunehmende ethnische Vielfalt, Urbanisierung und größere Geschlechtergleichheit auf immer breitere Akzeptanz in immer weiteren städtischen Gesellschaftskreisen stoßen. Dem entgegen steht ein im Zuge der Globalisierung angelegtes und durch Zuzug von Migrant*innen verstärktes Gefühl einer kulturellen Bedrohung auf dem Land: Vormals dominante Mehrheiten haben plötzlich den Eindruck, dass ihr sozialer Status in Frage gestellt wird. Sie werden empfänglich für populistische und rechtsextreme Narrative, in denen diese als Bedrohung wahrgenommenen Veränderungen darauf zurückgeführt werden, dass eine abgehobene, kosmopolitisch-urbane Elite die Interessen der Mehrheit nicht vertreten würde. Individuelle ökonomische Herausforderungen tragen in dieser Lesart zwar zur abnehmenden Systemunterstützung in ländlichen Regionen bei, sie sind aber nicht der ursächliche Grund für diese Entwicklung. Vielmehr prägen strukturelle, regional geprägte kulturelle Konflikte diese Systemkritik.

Dass diese Analysen ein relevantes Phänomen beschreiben, lässt sich mit einer Reihe von Beispielen belegen: Zu nennen wären etwa die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich oder die erfolgreiche Brexit-Kampagne, die beide als Ausdruck einer Unzufriedenheit mit urbanen Eliten in fernen Hauptstädten interpretiert werden können. Einen systematischeren Blick auf

die Mechanismen, die der Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Eliten zugrunde liegen, ermöglichen ethnografische Studien. Die autobiografische Studie „Rückkehr nach Reims“, die der Soziologe Didier Eribon¹⁰ bereits 2009 (und damit lange vor den Aktivitäten der Gelbwesten) auf Französisch veröffentlicht hat, zeigt, wie wahrgenommene Bedrohungen des sozialen Status sich in der nordfranzösischen Arbeiterklasse in rechtspopulistischen Einstellungen, in Homophobie und Rassismus niederschlagen. Auch eine Untersuchung von Katherine Cramer Walsh¹¹ zu ländlichen Gemeinden in Wisconsin legt nahe, dass kultureller Wandel die Triebfeder der wachsenden Systemskepsis auf dem Land ist. Die Ablehnung urbaner Eliten ist in Wisconsin verwoben mit Wahrnehmungen des relativen sozialen und ökonomischen Status: Bewohner*innen ländlicher Gegenden und kleiner Städte verbinden den ökonomischen Niedergang ihrer Region mit politischer Bevorzugung urbaner Räume und deren liberaler Bewohner*innen durch urbane und liberale Eliten. So wird ein Gefühl des Abgehängtseins und ein wahrgenommener Gegensatz zwischen urbanen Eliten und der Bevölkerung auf dem Land in Bezug auf Machtressourcen, ökonomische Ressourcen sowie Lebensstile und Werte genährt.

Dieses Phänomen finden wir jedoch nicht nur in Frankreich oder den USA, sondern auch vor der eigenen Haustür. Die qualitative Vertiefungsstudie zum NDM aus dem Jahr 2023¹² weist die punktuelle Anschlussfähigkeit an populistische Narrative auch in Niedersachsen nach. Und zwar

Jg. 89 (2021), S. 102426, <https://doi.org/https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102426>.

9 Margalit, Yotam: Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered, in: *Journal of Economic Perspectives*, Jg. 33 (2019), H. 4, S. 152–170, <https://doi.org/10.1257/jep.33.4.152>.

10 Eribon, Eric: *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016.

11 Walsh, Katherine Cramer: Putting Inequality in Its Place: Rural Consciousness and the Power of Perspective, in: *American Political Science Review*, Jg. 106 (2012), H. 3, S. 517–532, <https://doi.org/10.1017/S0003055412000305>.

12 Kerker, Nina et al.: Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens. 2. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), Göttingen 2023, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2408>.

nicht in den abgehängten Regionen des Landes, sondern im ökonomisch prosperierenden Speckgürtel um Hamburg, der in Teilen allerdings stark ländlich geprägt ist. Selbst in einer Gemeinde wie Rosengarten im Landkreis Hamburg, die aufgrund ihrer hervorragenden sozial-strukturellen Rahmenbedingungen und trotz ihres ländlichen Charakters ein eher unwahrscheinlicher Ort für den Systemskeptizismus der Abgehängten und Vergessenen sein sollte, äußern Teilnehmer*innen in Gruppendiskussionen deutlich ablehnende und mit Fäkalausdrücken garnierte Haltungen gegenüber urbanen Eliten, die vom Landleben keine Ahnung hätten:

„Schauen wir doch mal von der Bundespolitik bis zum kleinen Dorf. Kommt denn aus dem fernen Berlin, was dort entschieden wird von den Leuten, die mit den Tretrollern, die sie sich für teures Geld die Minute mieten, kommt da eine Entscheidung in diesem Dorf an? [...] Wissen die, dass das, was sie in dem Bio-Supermarkt, wo sie da einkaufen, irgendwo auf dem Acker wachsen muss? Und dass nun mal auf dem Acker nichts wächst, wenn da nicht vorher Scheiße draufkommt, um es zu düngen? Ich glaube, an der Stelle haben wir ein Problem.“¹³

Die kulturellen Differenzen zwischen den Menschen in der Stadt und den Bewohner*innen des ländlichen Rosengartens betont eine Person, die zur Arbeit regelmäßig nach Hamburg pendelt:

„Also, ich bin auf jeden Fall froh, dass wir viele Gruppen hier einfach auch *nicht* haben, weil ich kenne das von meinem Büro. Alles super, alles bunt und man muss sich möglichst korrekt ausdrücken. Dass ich hier beim Bäcker noch normal sprechen kann, ohne Gendersternchen und diesen ganzen Quatsch. [...] Bin ich froh, dass das in der Stadt bleibt und ich das nicht mit nach Hause nehmen muss (lacht).“¹⁴

Wir können also davon ausgehen, dass Systemzufriedenheit auch in Niedersachsen durch strukturelle geografische Aspekte geprägt wird. Menschen in ländlichen Regionen, so die erste Annahme, die wir im folgenden Abschnitt prüfen werden, unterstützen demnach das politische System in geringerem Maße als Menschen in urbanen Ballungsräumen. Um zu untersuchen, ob strukturelle geografische Faktoren tatsächlich einen stärkeren Einfluss auf die Systemunterstützung haben als individuelle Charakteristika, prüfen wir zudem eine zweite Hypothese: Neben der räumlichen Prägung spielt – so nehmen wir an – auch das individuell wahrgenommene Abgehängtsein eine wesentliche Rolle. Menschen, die ihre Zukunftsaussichten als schlecht bezeichnen, unterstützen das politische System demnach in geringerem Maße als diejenigen, die positiv in die Zukunft blicken.

Ländlichkeit, wahrgenommene Zukunftsperspektiven und Systemunterstützung in Niedersachsen

Diese Annahmen prüfen wir im folgenden Abschnitt mit Hilfe von Daten des NDM 2021¹⁵, für den zwischen dem 30. April und 13. Juni 2021 1.001 zufällig ausgewählte Bürger*innen mit Wohnsitz in Niedersachsen telefonisch befragt wurden. Zur Messung der Systemunterstützung ziehen wir drei Indikatoren heran, um verschiedene Positionen auf dem Kontinuum zwischen diffuser und spezifischer Systemunterstützung¹⁶ abbilden zu können. Spezifische Systemunterstützung bezieht sich auf die politischen Ak-

13 Kerker et al.: Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten, S. 94–95.

14 Kerker et al.: Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten, S. 54.

15 Schenke, Julian et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2021, Göttingen 2021, <https://doi.org/10.17875/gup2021-1817>.

16 Norris, Pippa: Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited, Cambridge 2011; Easton, David: A Systems Analysis of Political Life, New York 1965; Easton, David: A Re-assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science, Jg. 5 (1975), H. 4, S. 435–457.

teure*innen und auf konkrete Institutionen wie die niedersächsische Landesregierung. Sie ist stark durch die Ergebnisse von deren politischem Handeln beeinflusst und demnach von den politischen Präferenzen der Befragten abhängig. Deshalb unterliegt sie starken Schwankungen im Zeitverlauf, ist also durch politische Maßnahmen kurzfristig beeinflussbar. Zur Messung der spezifischen Unterstützung verwenden wir eine Frage zum Vertrauen in die niedersächsische Landesregierung.¹⁷ Diffuse Unterstützung hingegen bezeichnet eine stabile, wertebasierte und von grundsätzlichen Überlegungen geprägte Einstellung gegenüber den Grundlagen des politischen Systems. Diese prinzipielle Systemunterstützung messen wir mit Hilfe des Index „Unterstützung der repräsentativen Demokratie“, der die Antworten auf zwei Fragen zur Notwendigkeit von Parteien und Opposition kombiniert.¹⁸ Zwischen diesen beiden Polen der spezifischen und diffusen Systemunterstützung ist die Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland angesiedelt, die wir als dritten Aspekt messen.¹⁹

Als erklärende Variablen nutzen wir zur Untersuchung der geografischen Prägung der Systemun-

terstützung den vom Thünen-Institut herausgegebenen Ländlichkeits-Index²⁰, der abbildet, wie stark ländlich oder städtisch der Wohnort unserer Befragten geprägt ist. Darüber hinaus berücksichtigen wir mit einer Frage nach den Zukunftsaussichten der Befragten deren subjektive Einschätzung ihrer persönlichen Situation.²¹

Blicken wir zunächst auf den Zusammenhang zwischen Ländlichkeit und politischer Systemunterstützung (siehe Abbildung 1). Es zeigt sich, dass alle drei Variablen zur Unterstützung des politischen Systems, die aus Gründen der besseren Les- und Vergleichbarkeit auf einen Wertebereich von 0 bis 4 skaliert wurden, eher Systemunterstützung als -kritik anzeigen. In allen Fällen liegen die Werte über zwei Punkten und damit im positiven Bereich. Unabhängig von der ländlichen oder urbanen Prägung ihres Lebensumfelds zeigen sich die Befragten demnach zumindest „eher“ vertrauensvoll gegenüber der Landesregierung, sind „eher zufrieden“ mit dem Zustand der Demokratie und unterstützen die Grundwerte der repräsentativen Demokratie „eher“ als sie diese ablehnen. Allerdings beobachten wir deutliche Niveauunterschiede. Die Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie schneidet am schlechtesten ab, das Vertrauen in die Landesregierung nimmt eine Mittelposition ein und die Prinzipien der repräsentati-

17 Die Frageformulierung lautet: „Wie sehr vertrauen Sie der Landesregierung?“. Antwortmöglichkeiten: 0 – vertraue überhaupt nicht; 1 – vertraue eher nicht; 2 – teils/teils; 3 – vertraue eher; 4 – vertraue stark.

18 Die zwei Fragen zielen auf die Zustimmung zu den folgenden Aussagen: „Eine funktionierende Demokratie ist ohne Opposition nicht denkbar“ und „Parteien sind für die Demokratie in Deutschland notwendig“. Antwortmöglichkeiten: 0 – stimme überhaupt nicht zu; 1 – stimme eher nicht zu; 2 – teils/teils; 3 – stimme eher zu; 4 – stimme voll und ganz zu. Der Index „Unterstützung der repräsentativen Demokratie“ summiert die Werte für beide Fragen und teilt die Summe durch 2, der Index reicht daher von 0 (keine Unterstützung) bis 4 (volle Unterstützung).

19 Die Frageformulierung lautet: „Wie zufrieden sind Sie allgemein mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland?“. Antwortmöglichkeiten: 0 – sehr unzufrieden; 1 – eher unzufrieden; 2 – teils/teils; 3 – eher zufrieden; 4 – sehr zufrieden.

20 Küpper, Patrick: Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Braunschweig 2016, <https://doi.org/10.3220/WP1481532921000>. Der Ländlichkeits-Index berücksichtigt die Siedlungsdichte, den Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Flächen, den Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, das regionale Bevölkerungspotenzial sowie die Erreichbarkeit großer Zentren. Daten sind verfügbar unter <https://karten.landatlas.de/> [eingesehen am 27.01.2023]. Die Zuordnung der Befragten zu einzelnen Gemeinden erfolgt über die Postleitzahl des Wohnortes, die die Befragten im NDM angegeben haben. Die dafür notwendigen Daten wurden von POST DIREKT zur Verfügung gestellt.

21 Die Frageformulierung lautet: „Wie sehen Sie Ihre eigene Zukunft im Vergleich zu heute?“. Antwortmöglichkeiten: 0 – schlechter; 1 – gleich; 2 – besser.

ven Demokratie finden den größten Rückhalt in Niedersachsen. Unterschiede zeigen sich auch zwischen städtischen und ländlichen Räumen. Während die Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie sowie die Unterstützung für demokratische Prinzipien in ländlichen Regionen tendenziell schwächer ausgeprägt sind als in den Städten, deutet sich für das Vertrauen in die Landesregierung ein umgekehrter Zusammenhang an. Die Befragten scheinen der Landesregierung umso mehr zu vertrauen, je ländlicher ihr Wohnort geprägt ist.

ven Demokratie demnach zumindest teilweise zu bestätigen: Stadtmenschen sind zufriedener mit dem Zustand der Demokratie und unterstützen die Prinzipien der repräsentativen Demokratie in höherem Maße als die Menschen auf dem Land. Allerdings fallen die Unterschiede zwischen ländlichen und urbanen Räumen recht gering aus. Nicht bestätigen lässt sich unsere Annahme zur geografischen Prägung des Vertrauens in die Landesregierung, die zum Zeitpunkt der Umfrage noch von SPD und CDU getragen wurde: Entgegen der ersten Hypothese zur geringeren politischen Systemunterstützung vertrauen die Befragten der Landesregierung umso mehr, je ländlicher ihr Wohnumfeld ist.

Auf den ersten Blick scheinen sich unsere Annahmen in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit sowie die Unterstützung der repräsentati-

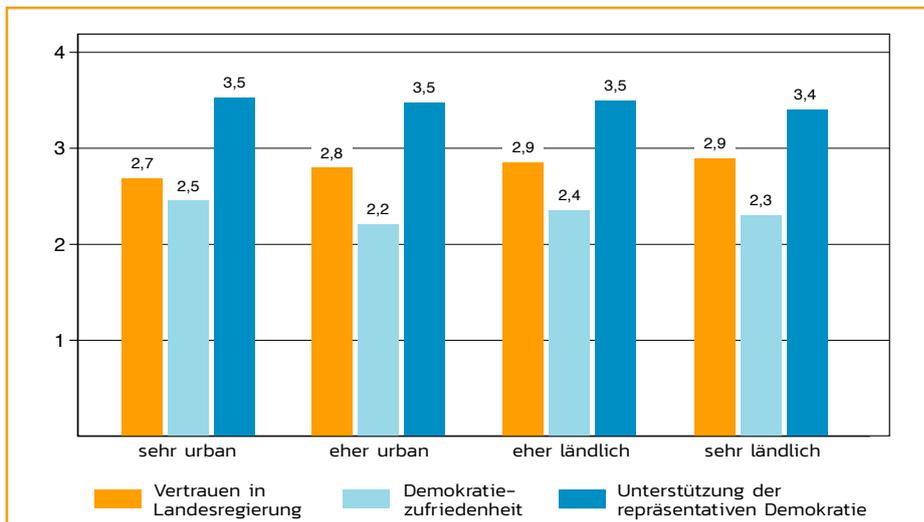


Abb. 1: Vertrauen in Landesregierung, Demokratiezufriedenheit und Unterstützung der repräsentativen Demokratie nach Grad der Ländlichkeit

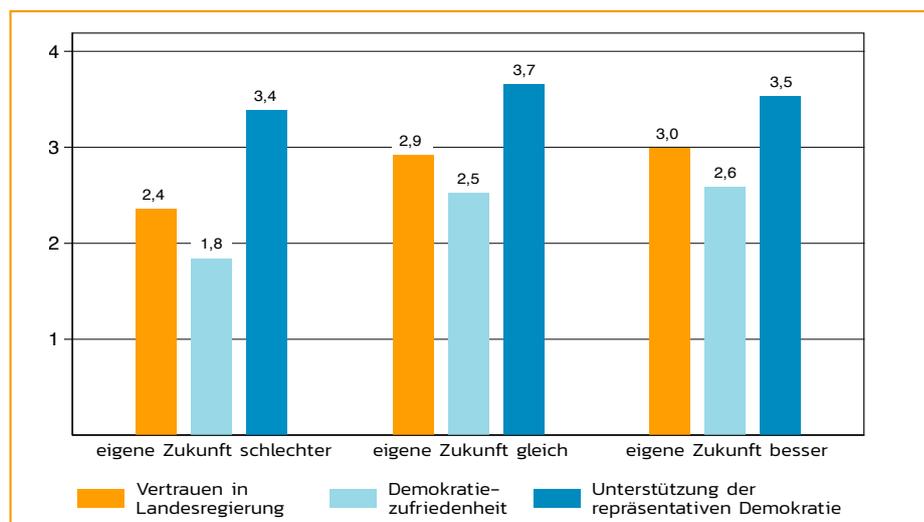


Abb. 2: Vertrauen in Landesregierung, Demokratiezufriedenheit und Unterstützung der repräsentativen Demokratie nach Zukunftsaussichten der Befragten

Etwas deutlichere Zusammenhänge beobachten wir im Fall der politischen Systemunterstützung und bei den individuell wahrgenommenen Zukunftsaussichten der Befragten (siehe Abbildung 2). Je negativer deren Zukunftsaussichten, desto geringer auch ihre Systemunterstützung. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie. Diejenigen, die die eigene Zukunft im Vergleich zu heute „schlechter“ einschätzen, sind im Mittel „eher unzufrieden“ mit dem Zustand der Demokratie (1,8 von 4 Punkten). Die Zufriedenheit steigt dann bei denjenigen, die für die Zukunft eine Besserung ihrer Lebensumstände erwarten, um 0,8 Punkte auf 2,6 Punkte an. Auch das Vertrauen in die Landesregierung ist bei den Befragten, die pessimistisch in die Zukunft blicken, am geringsten, aber – anders als die Demokratiezufriedenheit – mit 2,4 Punkten deutlich im positiven Bereich. Auch beim Vertrauen in die Landesregierung beobachten wir eine Verbesserung der Werte bei denjenigen, die die eigene Zukunft gleich (2,9 Punkte) oder gar besser (3,0 Punkte) bewerten.

Eine Auf- und Abbewegung finden wir bei der Unterstützung der repräsentativen Demokratie. Sie ist bei den Befragten, die pessimistisch in die Zukunft blicken, mit 3,4 Punkten niedriger als bei denen, die keine deutlichen Veränderungen erwarten (3,7 Punkte), sinkt bei denjenigen, die optimistisch in die Zukunft blicken, aber wieder leicht auf 3,5 Punkte ab.

Die bisher berichteten Ergebnisse beruhen auf Mittelwertvergleichen für einzelne Gruppen von Befragten und lassen – insbesondere bei den zum Teil nur sehr geringen Unterschieden zwischen den Gruppen – keine Rückschlüsse zu, ob diese Unterschiede tatsächlich substanziell sind. Um dies beurteilen zu können, sind multivariate Regressionsanalysen notwendig, die erstens erlauben, die Effekte von Ländlichkeit und Zukunftsaussichten gleichzeitig zu betrachten und zudem die Möglichkeit bieten, die Kontrollvariablen Alter, Geschlecht und Einkommen einzubeziehen.

Untersuchen wir also, wie strukturelle geografische Faktoren und individuelle Zukunftseinschätzungen gemeinsam auf Vertrauen in die Landesregierung, die Demokratiezufriedenheit und die Unterstützung der repräsentativen Demokratie wirken. In Abbildung 3 sind die Regressionskoeffizienten für die jeweiligen Zusammenhänge abgetragen. Es bestätigt sich, dass Ländlichkeit auf das Vertrauen der Befragten in die Landesregierung (Diamant in der oberen Hälfte von Abbildung 3) einen positiven Effekt hat. Für die Demokratiezufriedenheit (Kreis) und die prinzipielle Unterstützung der repräsentativen Demokratie (Quadrat) finden wir hingegen keine Effekte, die Koeffizienten sind statistisch nicht signifikant.²² Für den Grad der Ländlichkeit des Wohnumfeldes der Befragten finden wir demnach entweder keine Effekte auf die Unterstützung des politischen Systems – oder wir finden Effekte, die unseren oben formulierten Annahmen widersprechen. Das Vertrauen in die Landesregierung ist in ländlichen Regionen entgegen unserer Erwartung nicht niedriger als in der Stadt, sondern im Gegenteil sogar etwas höher. Statistisch liegt das Vertrauen in die Landesregierung in den ländlichsten erforschten Gemeinden (Lüchow, Luckau und Wustrow im Wendland) mit 3,0 Punkten um 0,5 Punkte höher als im urbanen Hannover (2,5 Punkte). Unsere Annahme, dass Menschen in ländlichen Regionen das politische System in geringerem Maße unterstützen als jene in urbanen Zentren, lässt sich nicht bestätigen.

Auch für die von den Befragten artikulierten Zukunftsaussichten (untere Hälfte von Abbildung 3) bestätigen sich die oben bereits berichteten Effekte, stimmen aber im Gegensatz zur Ländlichkeit in weiten Teilen mit unseren Erwartun-

22 In Abbildung 3 schneiden die Striche (Konfidenzintervalle) rechts und links der Marker, die den Regressionskoeffizienten darstellen, die gestrichelt dargestellte Null-Linie. Wir können daher nicht davon ausgehen, dass der Effekt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 5 Prozent tatsächlich unterschiedlich von Null ist.

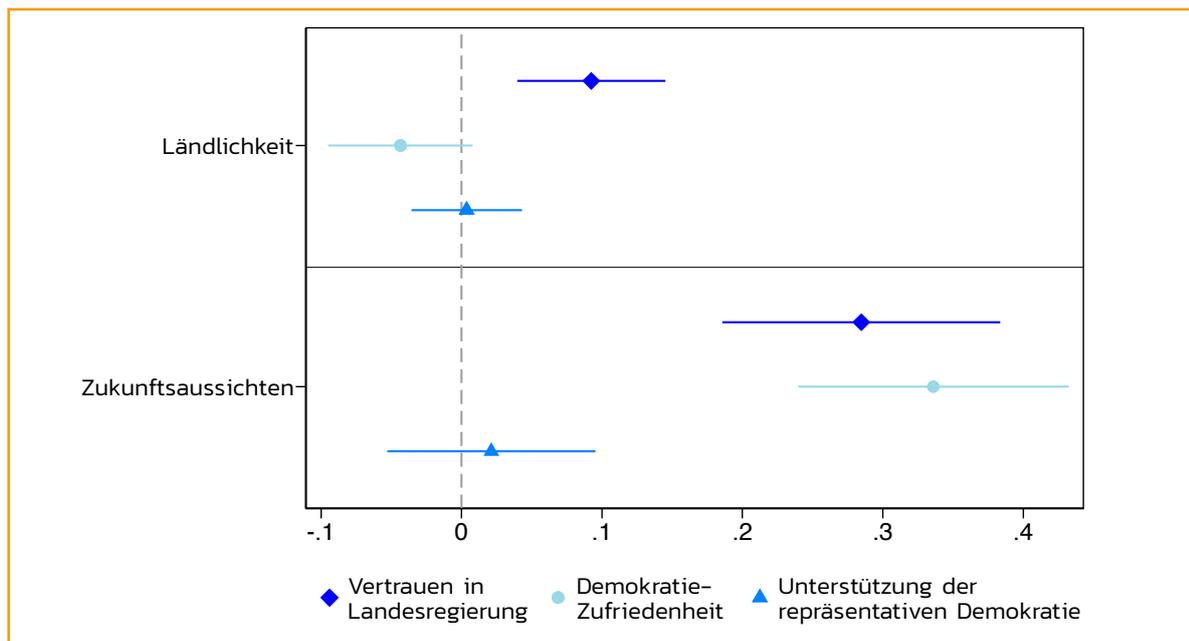


Abb. 3: Effekte von Ländlichkeit und individuellen Zukunftsaussichten auf politische Systemunterstützung. Eigene Berechnung auf der Grundlage des NDM 2021 (Schenke et al. 2021). Vertrauen Landesregierung: n=714; Demokratiezufriedenheit: n=718; Unterstützung der repräsentativen Demokratie: n=710.

gen überein: Je optimistischer (pessimistischer) die Menschen in die Zukunft blicken, desto mehr (weniger) Vertrauen setzen sie in die Landesregierung und desto höher (geringer) ist ihre Demokratiezufriedenheit. Rechnerisch vertrauen Menschen, die die eigene Zukunft besser einschätzen als die heutige Lage (3,1 Punkte), der Landesregierung um 0,6 Punkte mehr als diejenigen, die für ihre Zukunft Schlechtes erwarten (2,5 Punkte). In absoluten Werten exakt genauso stark ist die Steigerung des Werts der Demokratiezufriedenheit um ebenfalls 0,6 Punkte. Da die Demokratiezufriedenheit insgesamt aber auf einem niedrigeren Niveau liegt als das Vertrauen in die Landesregierung, fällt die Steigerung von 2,0 Punkten bei den Pessimisten auf 2,6 Punkte bei den Optimisten relativ gesehen etwas stärker aus. Dies lässt sich an dem etwas höheren Wert des Regressionskoeffizienten (Kreis in der unteren Hälfte von Abbildung 3) ablesen. Für die Grundwerte der repräsentativen Demokratie hingegen übersetzt sich das oben beschriebene Zick-Zack-Muster von aufsteigender und wieder absinkender Unterstützung demokratischer Prinzipien in einen statistisch nicht signifikanten Effekt der individuellen Zukunftsaussichten

(Dreieck in der unteren Hälfte von Abbildung 3). Unsere zweite Hypothese wird demnach zumindest in Teilen durch die Daten gestützt.

Zusammengenommen sind das für die niedersächsische Landesregierung gute Nachrichten. Sie profitiert von positiven Zukunftsaussichten der Befragten und erfährt gerade in ländlichen Gegenden besondere Unterstützung. Darüber hinaus haben positive Zukunftsaussichten einen ebenfalls förderlichen Effekt auf die Demokratiezufriedenheit der Befragten. Dass wir keine Effekte von Ländlichkeit und Zukunftsaussichten auf die prinzipielle Unterstützung der repräsentativen Demokratie finden, ist ebenfalls eine gute Nachricht. Diese langfristig stabile Einstellung gegenüber demokratischen Grundwerten scheint immun zu sein gegenüber individuell wahrgenommenen negativen Zukunftsperspektiven und dem oft diskutierten Ressentiment der Landbevölkerung gegenüber der Demokratie und ihren als urban und abgehoben wahrgenommenen Eliten. Negativ zu vermerken ist allerdings, dass die spezifische und eher kurzfristige Unterstützung des politischen Systems, die sich in Demokratiezufriedenheit

und Vertrauen in die Landesregierung äußert, leidet, wenn die Menschen pessimistisch in die Zukunft blicken. Und dabei ist es egal, ob diese Menschen, die immerhin rund 20 Prozent unserer Befragten ausmachen, in urbanen oder ländlichen Räumen leben.

Systemunterstützung in Stadt und Land: Licht und Schatten

In diesem Beitrag haben wir die Unterstützung des politischen Systems in Niedersachsen untersucht und gefragt, ob es hier Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt. Ausgangspunkt dieser Untersuchung war die Feststellung, dass in vielen modernen westlichen Demokratien rechte, rechtsextreme und populistische Parteien in abgehängten ländlichen Regionen höheren Zuspruch erhalten als in urbanen Ballungsräumen. Dies, so die Literatur, übersetzt sich oftmals auch in eine geringere Systemunterstützung auf dem Land als in der Stadt. Diese Differenz hat ihre Ursache in einem kulturell begründeten Gefühl des Abgehängtseins und in der empfundenen Benachteiligung durch kosmopolitisch-linksliberale urbane Eliten.

Mit Hilfe von Daten des NDM 2021 und des Thünen-Instituts haben wir empirisch untersucht, ob ein ländlich geprägtes Wohnumfeld und der Blick auf die eigenen Zukunftsaussichten einen Effekt auf die Unterstützung des politischen Systems haben. In Hinsicht auf die eingangs formulierte Fragestellung lässt sich festhalten, dass sowohl strukturelle geografische als auch individuelle Faktoren für die Unterstützung des politischen Systems eine Rolle spielen. Entgegen unserer Erwartung finden wir jedoch keinen negativen Effekt von ländlichem Wohnumfeld auf die Unterstützung des politischen Systems. Im Gegenteil: Die Ergebnisse sind insbesondere für die niedersächsische Landesregierung, die insgesamt hohe Vertrauenswerte erreicht, auf den ersten Blick erfreulich. Sie genießt in ländlichen Gebieten sogar einen höheren Rückhalt als in den urbanen Räumen des Landes. In ei-

nem stark ländlich geprägten Bundesland wie Niedersachsen ist dies eine gute Nachricht für die Landesregierung. Ob diese Befunde auch für die erst nach der Feldphase unserer Umfrage im Frühjahr 2021 gebildete rot-grüne Landesregierung gelten, wird der NDM 2023 zeigen.

Auch die Muster, die wir bei der prinzipiellen Unterstützung der Demokratie beobachten, entsprechen nicht den angenommenen Mustern. Wir finden weder Effekte des strukturellen Faktors Ländlichkeit noch der individuellen Einschätzung der Befragten zu ihren Zukunftsperspektiven. Die in anderen Studien oft vorgebrachten Befunde zur Abwendung der Menschen in ländlichen Regionen von den wertebasierten Grundsätzen des politischen Systems und seinen Institutionen lassen sich in Niedersachsen demnach nicht nachweisen.

Aber wo Licht ist, ist auch Schatten. Es zeigt sich nämlich, dass die Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie zumindest im Fall der individuell wahrgenommenen Zukunftsperspektiven dem angenommenen Muster folgt: Menschen, die ihre Zukunftsaussichten schlechter beurteilen als ihre heute Situation, sind im Mittel „eher unzufrieden“ mit dem Zustand der Demokratie – egal ob sie auf dem Land oder in der Stadt wohnen. Da diese Menschen – spiegelbildlich zu denjenigen, die positiv in die Zukunft blicken – auch geringeres Vertrauen in die Landesregierung setzen, deutet sich hier möglicherweise ein Problem an, zumal die Gruppe der Zukunfts-Pessimisten rund ein Fünftel der Befragten im NDM 2021 ausmacht. Der Mangel an spezifischer Unterstützung des politischen Systems, der sich in geringer Demokratiezufriedenheit und fehlendem Vertrauen in die Landesregierung ausdrückt, ist – so der Konsens in der politikwissenschaftlichen Literatur – die Folge einer wahrgenommenen geringen Leistungsfähigkeit des politischen Systems und mangelhafter Politikergebnisse. Da sie kurzfristiger Natur und stark performanzorientiert sind, können diese negativen Bewertungen prinzipiell durch bessere Leistungen des politischen Systems aufgefangen werden. Gelingt dies aber

nicht, so warnte bereits David Easton²³, können die negativen spezifischen in negative diffuse Einstellungen gegenüber dem System umschlagen. Dann würden auch grundlegende Prinzipien der repräsentativen Demokratie in Frage gestellt.

Literatur:

- Easton, David: *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965.
- Easton, David: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: *British Journal of Political Science*, Jg. 5 (1975), H. 4, S. 435–457.
- Eribon, Eric: *Rückkehr nach Reims*, Berlin 2016.
- Gimpel, James G./Lovin, Nathan/Moy, Bryant/Reeves, Andrew: The Urban–Rural Gulf in American Political Behavior, in: *Political Behavior*, Jg. 42 (2020), H. 4, S. 1343–1368, <https://doi.org/10.1007/s11109-020-09601-w>.
- Haffert, Lukas: *Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung*, München 2022.
- Hensel, Alexander: Krisenprotest und neue Polarisierung. Zum Wahlerfolg der AfD bei der Niedersächsischen Landtagswahl 2022, in: *Demokratie–Dialog*, H. 12/2023, S. 56–65, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2372>.
- Kerker, Nina/Kuhlmann, Lucas/Marg, Stine/Munderloh, Annemieke/Schmitz, Christopher: Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens. 2. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie–Monitors (NDM), Göttingen 2023, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2408>.
- Küpper, Patrick: *Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume*, Braunschweig 2016, <https://doi.org/10.3220/WP1481532921000>.
- Lago, Ignacio: Rural Decline and Satisfaction with Democracy, in: *Acta Politica*, H. 57/2022, S. 753–771, <https://doi.org/10.1057/s41269-021-00221-8>.
- Lipset, Seymour M. und Rokkan, Stein: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York 1967.
- Margalit, Yotam: Economic Insecurity and the Causes of Populism, Reconsidered, in: *Journal of Economic Perspectives*, Jg. 33 (2019), H. 4, S. 152–170, <https://doi.org/10.1257/jep.33.4.152>.
- Mitsch, Frieder/Lee, Neil/Ralph Morrow, Elizabeth: Faith No More? The Divergence of Political Trust between Urban and Rural Europe, in *Political Geography*, H.89/2021, 102426, <https://doi.org/https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102426>.
- Norris, Pippa, *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*, Cambridge 2011.
- Piketty, Thomas, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.
- Rodríguez–Pose, Andrés: The Revenge of the Places That Don’t Matter (and What to Do About It), in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society*, Jg. 11 (2018), H. 1, S. 189–209, <https://doi.org/10.1093/cjres/rsx024>.
- Rodríguez–Pose, Andrés: The Rise of Populism and the Revenge of the Places That Don’t Matter, in: *LSE Public Policy Review*, Jg. 1 (2020), H. 1, S. 1–9, <https://doi.org/10.31389/lsepr.4>.
- Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: *Niedersächsischer Demokratie–Monitor 2021*, Göttingen 2021, <https://doi.org/10.17875/gup2021-1817>.
- Walsh, Katherine Cramer: Putting Inequality in Its Place: Rural Consciousness and the Power of Perspective, in: *American Political Science Review*, Jg. 106 (2012), H. 3, S. 517–532, <https://doi.org/10.1017/S0003055412000305>.

23 Easton: *A Systems Analysis*.



Dr. Philipp Harfst ist Projektmanager von FoDEx und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Seine Forschung ist im Spannungsfeld zwischen vergleichender Demokratie-, Einstellungs- und Verhaltensforschung angesiedelt. Er interessiert sich insbesondere für Fragen der Demokratiezufriedenheit und der politischen Legitimität sowie deren institutioneller und individueller Determinanten.

Linker Radikalismus

Steinfeld, Bianca (2023):
„Zwischen Klima und
Kontroverse. Kollektive
Identität(en) der Klima-
bewegung?“ In: Demo-
kratie-Dialog 13 (2023)
S. 26–34.
DOI: 10.17875/gup2023-2457

Zwischen Klima und Kontroverse

Kollektive Identität(en) der Klimabewegung?

Bianca Steinfeld



ir haben 2022 über 1.250 Inge-
wahrsamnahmen
organisiert. Das
ist ein Erfolg¹,
so schreibt die
Letzte Generation
mit leisem Stolz

auf ihrer Website. Immer wieder polarisiert die Gruppe mit Protestaktionen. Das führt dazu, dass krude Vergleiche mit der RAF gezogen werden² und auch der Verfassungsschutz setzt sich bereits mit der Letzten Generation ausei-

inander. Sein Fazit: Er schätzt sie aktuell nicht als extremistische Gruppierung ein.³ Zeitgleich ist es um Fridays for Future (FFF) deutlich stiller geworden. Mobilisierungserfolge der Superlative wie noch 2019 blieben – wohl nicht zuletzt aufgrund der Covid-19-Pandemie – aus und der Protest verlagerte sich zunehmend in den virtuellen Raum.⁴

1 Letzte Generation: Der Plan für Sommer 2023, URL: <https://letztegeneration.org/plan-2023/> [eingesehen am 17.08.2023].

2 Alexander Dobrindt nennt die Letzte Generation beispielsweise immer wieder „Klima-RAF“.

3 Vgl. Küstner, Kai: „Letzte Generation“ bisher „nicht extremistisch“, in: Tagesschau.de, 15.03.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/haldenwang-verfassungsschutz-letzte-generation-101.html> [eingesehen am 11.08.2023].

4 Vgl. Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz: Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, <https://doi.org/10.14361/9783839453476>.

Beide Gruppierungen scheinen oberflächlich betrachtet eher unterschiedlich: Auf der einen Seite steht die disruptive Letzte Generation, die wahlweise als konfrontativer, krimineller oder zuweilen auch als besonders engagierter Teil der Klimabewegung dargestellt wird,⁵ auf der anderen Seite der ursprüngliche Schülerprotest, der stärker an die Politik appelliert, klimawissenschaftliche Erkenntnisstände zu berücksichtigen. Beide markieren Punkte innerhalb eines Spektrums der Klimabewegung, das sich hinsichtlich der gesellschaftlichen Analysen, gewählten Taktiken, aber auch vom Selbstverständnis her unterscheidet. So drängt sich unwillkürlich die Frage nach dem Verhältnis der verschiedenen Gruppen innerhalb der Klimabewegung auf. Nicht ohne Grund werden Vertretende verschiedener Klimagruppen daher zu Stellungnahmen bezüglich einer möglichen Rivalität der Gruppen innerhalb der Klimabewegung zu Tisch gebeten.⁶ Es stellt sich die Frage: Kann man überhaupt von *einer* Klimabewegung sprechen?

Ein vielversprechender Ansatz der Bewegungsforschung, der Ansatz der kollektiven Identität, widmet sich aus einer sozialkonstruktivistischen Perspektive der Frage, was Bewegungen (ideell) zusammenhält.

Dieser Beitrag geht der Frage nach, inwieweit von *einer* gemeinsamen kollektiven Identität innerhalb des klimabewegten Spektrums gesprochen werden kann. Hierfür werden die Selbstzeug-

nisse von Fridays for Future sowie der Letzten Generation untersucht. Die – in Abgrenzung zu FFF – deutlich disruptiveren Aktionsformen der Letzten Generation legen die Vermutung nahe, dass sich die Gruppen auch hinsichtlich ihres Selbstverständnisses unterscheiden.

Der Ansatz der kollektiven Identität

Die kollektive Identität einer Bewegung ist „der ideelle, kognitive und emotionale Kitt, der die Teile einer Gruppe bzw. eines Kollektivs zusammenhält“.⁷ Unbestritten ist in der Bewegungsforschung, dass die kollektive Identität eine – neben anderen – notwendige Bedingung für die Entstehung sozialer Bewegungen ist,⁸ dennoch existiert bis heute keine einheitliche Definition oder ein einheitliches Verständnis des Konzepts. Daher soll nun der Versuch unternommen werden, die Debatte zu ordnen.

Grundsätzlich ist den meisten Definitionen gemein, dass sie auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl abstellen. So ist von einem „emotional involvement of activists“⁹ oder einer „connectedness“¹⁰ die Rede. Dabei kommt es nicht zwangsläufig darauf an, dass der Zusammenhalt tatsächlich existiert, sondern vielmehr darauf, dass er als solcher wahrgenommen, also sozial konstruiert, wird.¹¹

5 So ermittelt etwa die Staatsanwaltschaft München gegen einzelne Mitglieder der Gruppe aufgrund des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung (vgl. Kehlbach, Christoph/Schwartz, Kolja: Eine kriminelle Vereinigung, in: tagesschau.de, 24.05.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/razzien-letzte-generation-102.html> [eingesehen am 29.08.2023]).

6 Vgl. Schipkowski, Katharina/Kreutzfeldt, Malte: „Ihr müsst ein Wagnis eingehen“. Fridays for Future vs. Ende Gelände, in: taz.de, 11.06.2020, URL: <https://taz.de/Fridays-for-Future-vs-Ende-Gelaende/#5688240/> [eingesehen am 11.08.2023].

7 Rucht, Dieter: Kollektive Proteste und soziale Bewegungen. Eine Grundlegung, Weinheim 2023, S. 22.

8 Vgl. Rucht: Kollektive Proteste und soziale Bewegungen; Della Porta, Donatella/Diani, Mario: Social Movements. An Introduction, Hoboken 2020.

9 Flesher Fominaya, Cristina: Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates, in: Sociology Compass, Jg. 4 (2010), H. 6, S. 393–404, hier S. 395, <https://doi.org/10.1111/j.1751-9020.2010.00287.x>.

10 Della Porta/Diani: Social Movements, S. 22.

11 Vgl. Polletta, Francesca/Jasper, James M.: Collective Identity and Social Movements, in: Annual Review of Sociology, Jg. 27 (2001), S. 283–305, hier S. 285.

Ein weiterer Punkt, den die meisten Definitionen ansprechen, ist die Abgrenzung zur sozialen Umwelt, häufig auch *boundary work*¹² genannt: Die eigene Bewegung wird nach außen und innerhalb der Bewegung abgesteckt, um ein *Wir*-Gefühl zu erzeugen und die Identifikation mit der eigenen Gruppe zu ermöglichen. Damit einhergehend wird nach außen hin ein Bild der *Anderen* konstruiert.¹³ Bewegungen müssen sich demzufolge zu ihrer gesellschaftlichen Umgebung verhalten: Zum einen sind sie gezwungen, ihre Positionen und Deutungsmuster in Verhandlungen mit ihrer Umwelt durchzusetzen oder zu verteidigen (*negotiations*) und andererseits müssen sie ihre eigene Position im System, ihre Möglichkeiten und Interessen fortlaufend definieren und reevaluiieren (*consciousness*).¹⁴

Das bedeutet zusammenfassend: kollektive Identität meint, dass Bewegungen (1) ein Zusammengehörigkeitsgefühl und emotionales Investment bei ihren Angehörigen generieren müssen, (2) *boundary work* leisten müssen, indem sie definieren, wer *wir* sind und wer *die anderen* sind, (3) ihre *consciousness* beweisen, indem sie ihre Interessen und Möglichkeiten

bewusst definieren und weiterentwickeln¹⁵ und (4) als Teil ihrer Umwelt ihre Deutungsmuster verhandeln und verteidigen (*negotiation*)¹⁶. Die kollektive Identität einer Bewegung drückt sich schließlich in gemeinsamen Symbolen, Erzählungen, Zielen, Strategien, Ritualen und Praktiken sowie einem einheitlichen Framing und der gemeinsamen Teilnahme an Protestereignissen aus.¹⁷

Weiterhin wird in der Literatur zwischen kollektiver Identität als *Prozess* und als *Produkt* unterschieden. Es ist jedoch umstritten, ob die kollektive Identität einer Bewegung ein Produkt¹⁸ komplexer Vorgänge darstellt, oder ob es sich bei ihrer Ausbildung ohnehin um einen Prozess handeln muss, da sie auf die ständige Neuaushandlung angewiesen ist.¹⁹ Die Soziologin Cristina Flesher Fominaya versucht beide Pole miteinander zu verbinden, indem sie kollektive Identität als Produkt *und* Prozess zugleich versteht: Kollektive Identität als Produkt meint die durch gemeinsame, zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegte Ziele oder Interessen ausgedrückte Identität, die als solche von außen wahrgenommen werden kann und welche die Rekrutierung und Abgrenzung erleichtert. Die kollektive Identität als Prozess bezieht sich auf den Bewegungen im Inneren vorbehaltenen Vorgang, gestützt auf gemeinsame Erfahrungen,

12 Vgl. Hunt, Scott A./Benford, Robert D.: Collective Identity, Solidarity, and Commitment, in: Snow, David A./Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Hoboken 2004, S. 433–458; Flesher Fominaya, Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates; Saunders, Clare: Double-edged swords? Collective identity and solidarity in the environment movement, in: The British Journal of Sociology, Jg. 59 (2008), H. 2, S. 227–253.

13 Vgl. Rucht, Kollektive Proteste und soziale Bewegungen, S. 22.

14 Vgl. Taylor, Verta/Whittier, Nancy E.: Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization, in: Morris, A.D./Mueller, C.M. (Hrsg.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven 1992, S. 109–129, hier S. 114 und 118.

15 Vgl. Taylor/Whittier: Collective Identity in Social Movement Communities, S. 114.

16 Vgl. Taylor/Whittier: Collective Identity in Social Movement Communities, S. 118; Hunt und Benford: Collective Identity, Solidarity, and Commitment, S. 446.

17 Vgl. Rucht: Kollektive Proteste und soziale Bewegungen, S. 23; Flesher Fominaya: Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates, S. 398.

18 Vgl. Saunders, Clare: Double-edged swords?, S. 230.

19 Vgl. Snow, David A.: Collective Identity and Expressive Forms, California 2001, <https://escholarship.org/uc/item/2znlt7bj> [eingesehen am 31.08.2023].



Abb. 1: Protestierende mit bunten Protestplakaten bei einer FFF-Demo. © Lukas Schulz/lukas.studio; Fridays for Future Deutschland, URL: <https://www.flickr.com/people/146245435@NO2/>.

Emotionen und Deutungsmuster.²⁰ Mit dieser konzeptionellen Neuerung können sowohl Prozesse der Selbst- als auch der Fremdwahrnehmung gefasst und getrennt voneinander analysiert werden.²¹ Nachfolgend wird lediglich nach einer kollektiven Identität der Klimabewegung als Produkt, das nach außen hin kommuniziert und gelebt wird, gesucht, um so erste Anhaltspunkte für die kollektive Identität der Klimabewegung herauszuarbeiten.

Die kollektive Identität der Klimabewegung

Fridays for Future Deutschland fallen innerhalb des klimabewegten Spektrums insbesondere durch ihre wissenschaftsorientierten Forderungen auf. So gaben sie etwa 2019 beim Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie eine sogenannte Machbarkeitsstudie in Auftrag, die prüfen sollte, mithilfe welcher Maßnahmen die globale Erderwärmung auf das vielfach geforderte 1,5-Grad-Ziel begrenzt werden könne.²² Insbesondere die Forderung der Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels ist das Aushängeschild der Gruppe, das konsequent bei Protestaktionen in den Vordergrund gestellt wird.

20 Vgl. Flesher Fominaya: *Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates*, S. 397.

21 In der Bewegungsforschung herrscht indes weitgehend Einigkeit darüber, dass die kollektive Identität einer Bewegung auf verschiedenen Ebenen liegt. So unterschied bereits der Soziologe William A. Gamson zwischen der kollektiven Identität auf der Organisations-, Bewegungs- und Solidaritätsebene, vgl. Gamson, William A.: *Commitment and Agency in Social Movements*, in: *Sociological Forum*, Jg. 6 (1991), H. 1, S. 27–50.

22 Vgl. Wuppertal Institut: *CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze*, Wuppertal 2020, URL: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7606/file/7606_CO2-neutral_2035.pdf [eingesehen am 16.08.2023].

Mit zunehmender Verbreitung und Unterstützung der Protestgruppe sowie der Herausbildung von Orts- und Subgruppen wie Parents für Future, zeichnet das FFF-Universum das Bild des farbenfrohen, grünen, freundlichen Protests als Gemeinschaftserfahrung und Proklamation des Zusammenhalts aus. Diese einheitliche Außenpräsentation versucht die Gruppe zu fördern, indem sie Protestteilnehmenden Plakatvorlagen, Profilbild-Filter und Ideen für Slogans zur Verfügung stellt.²³ Jede Person soll erkennen, dass hier FFF demonstriert.

Trotz oder ungeachtet dieser Identitätsbildung nach innen, ist das Vernetzungsbemühen und Zugehörigkeitsgefühl der Gruppe zur Klimabewegung ausgeprägt. Interessant sind hierbei die Formulierungen der Gruppe zu ihrem Selbstverständnis: FFF Niedersachsen verortet sich beispielsweise deutlich als Teil der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung²⁴ und bei der Muttergruppe heißt es: „Fridays for Future: Das sind alle, die für unser Klima auf die Straße gehen. Die Klimastreik-Bewegung ist international, überparteilich, unabhängig und dezentral organisiert. Mach mit und werde Teil unserer Bewegung!“²⁵ Es wirkt so, als verstehe sich FFF als Mutter oder Sprachrohr der gesamten Bewegung. Unterstrichen wird dieser Eindruck durch die Rubrik *Erzähl Mal!* auf der Website der Gruppe, die zum Ausdruck bringen soll, was *die Bewegung* eigentlich denkt.²⁶

Auch integriert sich FFF in Protestereignisse, wie im Hambacher Forst oder in Lützerath, indem sie die eigene Anhänger*innenschaft für Protestaktionen mobilisiert, online zur Demonstration aufruft²⁷ oder als Teil von Aktionsbündnissen, wie „Lützerath unräumbar“, Protestaktionen organisiert.²⁸ Ein weiterer Ausdruck der Vernetzungsversuche seitens FFF ist die Organisation oder Unterstützung von Klimacamps in mehreren Städten, in denen verschiedene Aktive zusammenkommen können, von Interessierten zu bereits Engagierten verschiedener Gruppen.²⁹ Neben diesen gemeinschaftlich organisierten Protestereignissen nehmen einige FFF-Aktivist*innen zusätzlich an Protestaktionen anderer Gruppen der Klimabewegung teil: Rund zwanzig Prozent der Befragten bei FFF-Demonstrationen gaben an, bereits an Aktionen anderer Gruppen teilgenommen zu haben.³⁰

Die Letzte Generation wird oftmals im radikaleren Flügel des klimabewegten Spektrums verortet. So überrascht es zunächst, dass ihre Forderungen zu großen Teilen mit denen anderer Klimagruppen übereinstimmen. Anfangs konzentrierte sich die Gruppe zwar ausschließlich und bewegungsunüblich auf das Thema

hen am 16.08.2023].

23 Vgl. Fridays for Future: 15. September 2023 Klimastreik Profilbildgenerator, URL: <https://fridaysforfuture.de/klimastreik/profilbildgenerator/> [eingesehen am 16.08.2023]; Fridays for Future: Klimastreik: Plakate & Aufkleber, URL: <https://fridaysforfuture.de/kein-gradweiter/plakate/> [eingesehen am 16.08.2023].

24 Vgl. Fridays for Future Niedersachsen: Über uns, URL: <https://fridaysforfuture-niedersachsen.de/uber-uns/> [eingesehen am 11.08.2023].

25 Fridays for Future: Wir sind Fridays for Future!, URL: <https://fridaysforfuture.de> [eingesehen am 16.08.2023].

26 Vgl. Fridays for Future: Erzähl Mal!, URL: <https://fridaysforfuture.de/neuigkeiten/erzaehlmal/> [eingese-

27 Vgl. FFF ruft über den Instagramkanal auf: „Komm nach Lützerath!“, [fridaysforfuture.de: Post vom 01.01.2023](https://www.instagram.com/p/Cm36z6LLkq9/?img_index=1), in: *Instagram*, URL: https://www.instagram.com/p/Cm36z6LLkq9/?img_index=1 [eingesehen am 16.08.2023].

28 Vgl. Lützerath lebt: Aktionsbündnis Lützerath unräumbar, URL: <https://luetzerathlebt.info/aktionsbueendnis/> [eingesehen am 16.08.2023].

29 Vgl. Fridays For Future: Klimacamps, URL: <https://fridaysforfuture.de/klimacamps/> [eingesehen am 16.08.2023].

30 Vgl. Haunss, Sebastian et al.: Klimaproteste in Deutschland – wenig Abgrenzung zwischen den Protestgruppen, Berlin 2023, URL: <https://protestinstitut.eu/klimaproteste-in-deutschland-wenig-abgrenzung-zwischen-den-protestgruppen/> [eingesehen am 17.08.2023].

der Lebensmittelverschwendung,³¹ mittlerweile werden jedoch breitere Forderungen, wie nach einem Tempolimit oder einem Gesellschaftsrat, gestellt.³² Besondere Aufmerksamkeit erlangt die Letzte Generation durch ihre (vermeintlich) innovativen und provokanten Protestformen: Ob Hungerstreik, musealer Bildersturm oder Straßenblockaden – die mediale Aufmerksamkeit ist ihnen gewiss. Dass sowohl im historischen Vergleich als auch aktuell ähnliche Protestmittel, wie etwa Haus- und Platzbesetzungen, stets genutzt wurden, scheint dem Faszinosum keinen Abbruch zu tun.³³ Mit ihrer Interpretation des Zivilen Ungehorsams inszenieren sie sich jedoch medial erfolgreich als Speerspitze des Protests – insbesondere im Vergleich zu solchen Gruppen, die, wie FFF, auf Aktionen des Massenprotests setzen. Auch spielt die Letzte Generation mit ihren Protestaktionen immer wieder mit Paradoxa, etwa indem sie bei Straßenblockaden Lebensmittel auf die Straße wirft, um gegen deren Verschwendung zu protestieren.³⁴

Überdies scheinen die staatlichen und sicherheitsbehördlichen Reaktionen sowie das gesellschaftliche Echo seit geraumer Zeit das narrative Selbstbild der Letzten Generation im Sinne einer selbsterfüllenden Prophezeiung zu bestätigen. Besonders in den sozialen Medien wer-



Abb. 2: Eine Straßenblockade der Letzten Generation in Göttingen. © Felix Heller, 03.03.2023, URL: <https://letztegeneration.org/presse/pressebilder/>.

den Aktivist*innen persönlich vorgestellt und der Gruppe damit ein Gesicht und eine Identität verliehen.³⁵ Anders als FFF tritt die Letzte Generation durch das Tragen von Warnwesten geschlossener auf und kann so nebenbei eine Marke etablieren.

Von einigen singulären Protestanlässen, wie etwa „Lützerath unräumbar“, abgesehen, finden sich wenige Verbindungen zu anderen Klimagruppen, obwohl die Letzte Generation die Vernetzung mit Klimagerechtigkeitsgruppen laut ihrer Website für einen erfolgreichen Widerstand als essenziell betrachtet.³⁶ Auch Selbstverortungen als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung, wie andere Gruppen sie proklamieren, sind bei der Letzten Generation schwer zu finden. Auf ihrer Internetseite stellen sie sich als Teil des Netzwerkes A22 vor, welches „zivile Widerstandsprojekte“ unterstützt und bei Mobilisierungs- und Kampagnenarbeit hilft. Dem Netzwerk gehören neben der Letzten Generation Deutschland auch Gruppen wie Just Stop

31 Vgl. Rucht, Dieter: Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik, Berlin 2023, URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf [eingesehen am 17.08.2023], S. 4.

32 Vgl. Letzte Generation: Forderungen, URL: <https://letztegeneration.org/forderungen/> [eingesehen am 17.08.2023].

33 Vgl. Letzte Generation: Lebensklärung jetzt! – Letzte Generation besetzt Audimax der Universität Hamburg, URL: <https://letztegeneration.org/blog/2022/05/lebensklaerung-jetzt-letzte-generation-besetzt-audimax-der-universitaet-hamburg/> [eingesehen am 17.08.2023].

34 Vgl. Letzte Generation: Essen retten Leben retten, URL: <https://letztegeneration.org/essen-retten-leben-retten/> [eingesehen am 17.08.2023].

35 Vgl. letztegeneration: Post vom 24.08.2023, in: *Instagram*, URL: <https://www.instagram.com/reel/Cw-VMxKFsabL/?igshid=MTc4MmMlYmI2Ng==> [eingesehen am 28.08.2023].

36 Vgl. Letzte Generation: Der Plan für Sommer 2023.

Oil UK oder Declare Emergency USA an.³⁷ Diese Selbstverortung erweckt den Eindruck, die Letzte Generation verstehe sich weniger als ein Teil der Klimabewegung als solcher, sondern mehr als Teil einer wie auch immer gearteten zivilen Widerstandsbewegung.

Beide Gruppen weisen grundsätzlich eine starke kollektive Identität auf, indem sie versuchen sich von anderen Gruppen abgrenzen und nach außen einheitlich und als Gruppe erkennbar aufzutreten. FFF versucht sich darüber hinaus immer wieder in Vernetzungs- und Zusammenarbeit, hebt dabei stärker auf die Klimabewegung als Ganze ab und versucht diese damit aktiv zu gestalten. Die Letzte Generation ist demgegenüber stärker auf ihre Autonomie bedacht und steht so möglicherweise für eine für Bewegungen im zeitlichen Verlauf durchaus übliche Diversifizierung.

Setzt man die Erkenntnisse über Fridays for Future und die Letzte Generation zu den vier Merkmalen kollektiver Identität in Bezug, so zeigt sich, dass vor allem bei Fridays for Future ein tiefes Zugehörigkeitsgefühl und der Wille sich emotional an eine Klimabewegung zu binden herrscht. Bei der Letzten Generation ist es weniger eindeutig: Sie bewirbt zwar offiziell den Vernetzungswillen mit anderen Klimabewegungen, im alltäglichen Handeln der Gruppe ist dies in solcher Deutlichkeit jedoch nicht erkennbar. Stattdessen scheint das emotionale Investment eher beim Thema des Zivilen Widerstands stattzufinden. *Boundary work* leisten hingegen beide Gruppen, sowohl im Hinblick auf die Abgrenzung zwischen den Gruppen wie auch bezüglich der Identifizierung einer Gegnerschaft, die, im Einklang mit dem dritten Aspekt (*consciousness*), fortwährend angepasst wird. Insbesondere die Entstehung und Ausbildung radikalerer Protestgruppen ist Zeichen des steten Reevaluiens der Möglichkeiten und Effektivität der

bestehenden Gruppen. An diesem Punkt setzt das letzte Merkmal (*negotiations*) an. So muss besonders die Letzte Generation die Legitimität des Zivilen Widerstands gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren verhandeln und verteidigen; beide Klimagruppen sind jedoch dazu gezwungen, das Deutungsmuster des Klimawandels als existenzielle Bedrohung nach außen hin durchzusetzen.

Der Theoriestreit, inwiefern starke kollektive Identitäten auf der Gruppenebene der Herausbildung *einer* kollektiven Identität auf der Bewegungsebene entgegenstehen,³⁸ kann vor dem Hintergrund der Analyse von Fridays for Future und der Letzten Generation nicht abschließend entschieden werden. Hierfür bedarf es einer umfassenderen Analyse weiterer Klimagruppen. Grundsätzlich stellt sich abschließend die Frage, wie in einer „Gesellschaft der Singularitäten“³⁹ überhaupt politische Vergesellschaftungsprozesse vollzogen werden können. Mit einigem Recht kann eine Krise der politischen Repräsentation sowohl auf der Parteien- und (mutmaßlich) auch auf der Bewegungsebene konstatiert werden, die zu vielfältigen Neuordnungsprozessen führt.⁴⁰ Die ehemals starke Integrationskraft politischer Eliten, die hegemoniale politische Deutungsangebote implementieren und somit nicht zuletzt auch radikales Protestpotenzial einhegen, erodiert zusehends.⁴¹ Dass es aus Sicht vieler Bürger*innen kein glaubhaftes politisches Angebot für mehr Klimaschutz gibt, beförderte

37 Vgl. A22: Erklärung des A22 Netzwerks zur Krise, URL: <https://a22network.org/de/#declaration> [eingesehen am 17.08.2023].

38 Dafür argumentiert Saunders: *Double-edged swords?*, S. 231f.; dagegen argumentieren Rupp, Leila J. und Taylor, Verta: *Forging Feminist Identity in an International Movement: A Collective Identity Approach to Twentieth-Century Feminism*, in: *Signs*, Jg. 24 (1999), H. 2, S. 363–386, hier S. 381.

39 Reckwitz, Andreas: *Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2019.

40 Vgl. Vester, Michael et al.: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. 2015 [1993], S. 1.

41 Vgl. Vester, Michael et al.: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, S. 66–70.

zunächst die Entstehung einer neuen Klimabewegung. Diese differenziert sich nun infolge unklarer Annäherungs- und Abgrenzungstendenzen aus. Letztlich scheinen jedoch die in ihrem Anspruch hegemonialen Identitätsangebote, die Fridays for Future bereitstellt, einem – zumindest im Habitus – radikaleren Teil der Bewegung nicht mehr zu genügen, es kommt daher zu nicht untypischen Abgrenzungstendenzen zwischen den jeweiligen Gruppen. So urteilten bereits die Politikwissenschaftler Matthias Micus und Jens Gmeiner: „Die Erosion der organisationsgestützten Weltanschauungsmilieus, die Wut kanalisieren, ihre Anhänger disziplinieren und Zukunftsversprechen sowie Visionen entwickeln, ist somit Wasser auf die Mühlen selbstorganisierter, spontaner Protesteskalationen und insurrektionalistischer Spontanerhebungen.“⁴² Nun ist die Letzte Generation – anders als mediale Kommentare es mitunter vermuten lassen – weit entfernt davon, eine insurrektionalistische Bewegung zu sein, die an Klassenkampf und Aufständen orientiert und deren Ziel der politische Umsturz ist. Eine anhaltende Ausdifferenzierung der Protestlandschaft und -methoden ist weiterhin zu erwarten. Mit dem Ansatz der kollektiven Identität konnten nun die bisherigen Entwicklungsprozesse innerhalb der Bewegung analytisch gefasst werden.

Quellen:

- A22: Erklärung des A22 Netzwerks zur Krise, URL: <https://a22network.org/de/#declaration> [eingesehen am 17.08.2023].
- Fridays for Future: 15. September 2023 Klimastreik Profilbildgenerator, URL: <https://fridaysforfuture.de/klimastreik/profilbildgenerator/> [eingesehen am 16.08.2023].
- Fridays for Future: Erzähl Mal!, URL: <https://fridaysforfuture.de/neuigkeiten/erzaehlmal/> [eingesehen am 16.08.2023].
- Fridays for Future: Klimacamps, URL: <https://fridaysforfuture.de/klimacamps/> [eingesehen am 16.08.2023].
- Fridays for Future: Klimastreik: Plakate & Aufkleber, URL: https://fridaysforfuture.de/kein_gradweiter/plakate/ [eingesehen am 16.08.2023].
- fridaysforfuture.de: Post vom 01.01.2023, in: *Instagram*, URL: https://www.instagram.com/p/Cm36z6LLkq9/?img_index=1 [eingesehen am 16.08.2023].
- Fridays for Future: Wir sind Fridays for Future!, URL: <https://fridaysforfuture.de> [eingesehen am 16.08.2023].
- Fridays for Future Niedersachsen: Über uns, URL: <https://fridaysforfuture-niedersachsen.de/uber-uns/> [eingesehen am 11.08.2023].
- Letzte Generation: Der Plan für Sommer 2023, URL: <https://letztegeneration.org/plan-2023/> [eingesehen am 17.08.2023].
- Letzte Generation: Essen retten Leben retten, URL: <https://letztegeneration.org/essen-retten-leben-retten/> [eingesehen am 17.08.2023].
- Letzte Generation: Forderungen, URL: <https://letztegeneration.org/forderungen/> [eingesehen am 17.08.2023].
- Letzte Generation: Lebensklärung jetzt!- Letzte Generation besetzt Audimax der Universität Hamburg, URL: <https://letztegeneration.org/blog/2022/05/lebensklaerung-jetzt-letzte-generation-besetzt-audimax-der-universitaet-hamburg/> [eingesehen am 17.08.2023].
- letztegeneration: Post vom 24.08.2023, in: *Instagram*, URL: <https://www.instagram.com/reel/CwVMxKFsABL/?igshid=MT-c4MmMlYml2Ng==> [eingesehen am 28.08.2023].
- Lützerath lebt: Aktionsbündnis Lützerath unräumbar, URL: <https://luetzerathlebt.info/aktionsbuenndnis/> [eingesehen am 16.08.2023].

Literatur:

- Della Porta, Donatella/Diani, Mario: *Social Movements. An Introduction*, Hoboken 2020.
- Flesher Fominaya, Cristina: *Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates*, in: *Sociology Compass*, Jg. 4 (2010), H. 6, S. 393–404, <https://doi.org/10.1111/j.1751-9020.2010.00287.x>.
- Gamson, William A.: *Commitment and Agency in Social Movements*, in: *Sociological Forum*, Jg. 6 (1991), H. 1, S. 27–50.
- Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: *Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen*, in: *Demokratie-Dialog* H. 2/2018, S. 29–35, URL: <https://www.fodex-online.de/demokratie-dialog-artikel/radikalismus-der-tat/> [eingesehen am 31.08.2023].
- Haunss, Sebastian/Daphi, Priska/Dollbaum, Jan Matti/Grimm, Jannis/Meier, Larissa: *Klimaproteste in Deutschland – wenig Abgrenzung zwischen den Protestgruppen*, Berlin 2023, URL: <https://protestinstitut.eu/klimaproteste/>

42 Gmeiner, Jens/Micus, Matthias: *Radikalismus der Tat. Linke Militanz oder die Ethnologie der (Post-)Autonomen*, in: *Demokratie-Dialog* H. 2/2018, S. 29–35, URL: <https://www.fodex-online.de/demokratie-dialog-artikel/radikalismus-der-tat/> [eingesehen am 31.08.2023], hier S. 25.

te-in-deutschland-wenig-abgrenzung-zwischen-den-protestgruppen/ [eingesehen am 17.08.2023].

Hannss, Sebastian/Sommer, Moritz: Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, <https://doi.org/10.14361/9783839453476>.

Hunt, Scott A./Benford, Robert D.: Collective Identity, Solidarity, and Commitment, in:

Snow, David. A./ Soule, Sarah A./Kriesi, Hanspeter (Hrsg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Hoboken 2004, S. 433–458.

Kehlbach, Christoph/Schwartz, Kolja: Eine kriminelle Vereinigung, in: tagesschau.de, 24.05.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/razzien-letzte-generation-102.html> [eingesehen am 29.08.2023].

Küstner, Kai: "Letzte Generation" bisher "nicht extremistisch", in: Tagesschau, 15.03.2023, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/haldenwang-verfassungsschutz-letzte-generation-101.html> [eingesehen 11.08.2023].

Polletta, Francesca/Jasper, James M.: Collective Identity and Social Movements, in: Annual Review of Sociology, H. 27/2001, S. 283–305.

Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2019.

Rucht, Dieter: Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik, Berlin 2023, URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf [eingesehen am 17.08.2023].

Rucht, Dieter: Kollektive Proteste und soziale Bewegungen. Eine Grundlegung, Weinheim 2023.

Rupp, Leila J./Taylor, Verta: Forging Feminist Identity in an International Movement: A Collective Identity Approach to Twentieth-Century Feminism, in: Signs, Jg. 24 (1999), H. 2, S. 363–386.

Saunders, Clare: Double-edged swords? Collective identity and solidarity in the environment movement, in: The

British Journal of Sociology, Jg. 59 (2008), H. 2, S. 227–253, <https://doi.org/10.1111/j.1468-4446.2008.00191.x>.

Schipkowski, Katharina/Kreutzfeldt, Malte: "Ihr müsst ein Wagnis eingehen". Fridays for Future vs. Ende Gelände, in: taz, 11.06.2020, URL: <https://taz.de/Fridays-for-Future-vs-Ende-Gelände/!5688240/> [eingesehen am 11.08.2023].

Snow, David A.: Collective Identity and Expressive Forms, California 2001, URL: <https://escholarship.org/uc/item/2zn1t7bj> [eingesehen am 31.08.2023].

Taylor, Verta/Whittier, Nancy E.: Collective Identity in Social Movement Communities: Lesbian Feminist Mobilization, in: Morris, A.D. und Mueller, C.M. (Hrsg.): Frontiers in Social Movement Theory, New Haven 1992, S. 109–129.

Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2015 [1993].

Wuppertal Institut: CO2-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze, Wuppertal 2020, URL: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7606/file/7606_CO2-neutral_2035.pdf [eingesehen am 16.08.2023].



Bianca Steinfeld, geb. 1999, studiert Politikwissenschaften, sowie Internationales Recht und Staatsrecht an der Georg-August-Universität Göttingen. Sie ist seit April 2023 studentische Mitarbeiterin am Institut für Demokratieforschung und arbeitet an der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen im Fachbereich Linker Radikalismus.

Radikaler Islam

Muhammed, Ousama
Sheikh / Rohloff, Mareike
(2023): „Takfir als politi-
sches Instrument. Rezen-
sion von Justyna Nedza
(2020): Takfir im militanten
Salafismus. Der Staat als
Feind“ In: Demokratie-Dia-
log 13 (2023) S. 36–43.
DOI: 10.17875/gup2023-2458

Takfir als politisches Instrument

Rezension von Justyna Nedza
(2020): *Takfir* im militanten
Salafismus. Der Staat als Feind

Ousama Sheikh Muhammed /
Mareike Rohloff

Takfir: Zur Bedeutung einer kontroversen Praxis

Die Redewendung, jemand sei „vom Glauben abgefallen“, ist gemeinhin bekannt und bezeichnet heute losgelöst von jeder religiösen Bedeutung die Fassungslosigkeit angesichts eines besonders negativen Ereignisses. Für islamische Gelehrte ist mit dem Glaubensabfall jedoch eine theologische und islamrechtliche Debatte verbunden. In der islamischen Rechtstradition wird der Akt, eine sich zum Islam bekennende Person als vom Glauben abgefallen einzustufen, als Takfir bezeichnet. Dieser Glaubensabfall wird als Verbrechen angesehen und zieht mehrere Konsequenzen nach sich, beispielsweise im Erb- und

Familienrecht. Einem Hadith zufolge soll ein Apostat sogar mit dem Tod bestraft werden.¹

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Takfir zur gängigen Praxis radikalislamischer Bewegungen und Gruppierungen wie der Muslimbruderschaft, Terrororganisationen wie Al-Qâida und dem Islamischen Staat. Mit dieser Praxis zielen sie nicht nur auf einzelne Individuen ab, sondern versuchen seit geraumer Zeit mit dem Takfir auch den Dschihad gegen Institutionen, ganze Staaten oder Nicht-Muslim:innen

¹ Vgl. dazu Sunan an-Nasa'i 4059, Buch 37, Hadith 49. URL: <https://sunnah.com/nasai:4059> [eingesehen am 24.06.2023]. Die meisten mehrheitlich muslimischen Länder wenden aber heute nicht das scharierechtliche Strafrecht an.

zu rechtfertigen und zu legitimieren.² Diese Praxis steht einem traditionellen Verständnis von Takfir gegenüber, nach welchem dieser nicht von jedem und nur gegenüber konkreten Personen ausgesprochen werden kann. Laut der Islamwissenschaftlerin Justyna Nedza wird die Anwendung des Takfir auf komplette Institutionen durch radikalislamische Gruppen von einer theologischen und islamrechtlichen Auseinandersetzung gestützt, in welcher die Notwendigkeit, den Takfir auf ein konkretes Subjekt zu beziehen, aufgeweicht wird.

Nedza setzt sich daher in ihrer Monografie „*Takfir im militanten Salafismus: Der Staat als Feind*“ mit dieser modernen Takfir-Praxis unter radikalislamischen Akteuren auseinander. Sie analysiert, warum und wie der Takfir von ausgewählten islamischen Gelehrten begründet und für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Dafür untersucht sie die Schriften von Saiyid Imām, einem islamischen Rechtsgelehrten und Theoretiker des Dschihadismus aus Ägypten, und von den in Saudi-Arabien wirkenden Rechtsgelehrten Alī al-Ḥudair, Nāṣir al-Fahd und Aḥmad al-Ḥālidī. Nedza ergründet zudem, inwiefern das Aussprechen des Takfir von radikalislamischen Gruppierungen genutzt wird und die Schriften der vier Autoren dafür als Legitimation dienen können (202³).

Der deutsche Politikwissenschaftler Heiner Vogel stellte fest, dass sich in der Zeit der Corona-Pandemie viele theologische Diskurse, auch deutscher radikalislamischer Akteur:innen, ins Internet verlagert hätten. Das Bezichtigen des Takfir werde dort genutzt, um beispielsweise die eigene Legitimität zu erhöhen.⁴ Nedzas Mono-

grafie erscheint daher trotz ihres Fokus auf die Auseinandersetzung mit Takfir in Ägypten und Saudi-Arabien auch für Deutschland relevant, um die von Vogel beschriebenen Dynamiken besser einordnen zu können.

Im Folgenden wird zunächst das vierte Kapitel vorgestellt, in welchem Nedza die These entwickelt, dass die vier Rechtsgelehrten ihre Auslegung des Takfir an ihren eigenen politischen Zielen orientieren und den Takfir so als politisches Instrument nutzen. Daran schließen wir unsere Kritik an, dass weder die Takfir-Praxis radikalislamischer Gruppen noch die islamrechtliche Legitimation durch radikalislamische Gelehrte in einem politisch-gesellschaftlichen Vakuum vollzogen, sondern durch moderne politische Praktiken und nicht-theologische Vorstellungen beeinflusst werden; die Rechtsgelehrten verleihen ihr erst ihre scheinbare Unabhängigkeit und rein theologische Gestalt. Dies wird deutlich am Beispiel des politischen Islam. Das Wissen um den Einfluss moderner nicht-theologischer Begriffe und Praxen und deren anschließende islamrechtliche Legitimation durch radikalislamische Gruppen ist essenziell, um das moderne Takfir-Phänomen und dessen Konsequenzen, die noch weitgehend unerforscht sind, zu verstehen.

Nedzas Analyse im Überblick: Theologisch-rechtliche Einordnung des Takfir

Nedza arbeitet heraus, wie die vier Rechtsgelehrten die Praxis des Takfir in ihrem besonderen nationalen Referenzrahmen ausüben und instrumentalisieren, um ihren religiösen Standpunkt zu vertreten, die jeweilige Regierung ihres Landes zu verurteilen und ihre eigene Deutungshoheit zu legitimieren. Sie erhebt den Anspruch, ebenfalls zu bestimmen, „welche

2 Nedza, Justyna: *Takfir im militanten Salafismus. Der Staat als Feind*, Leiden/Boston 2020, S. 13 und 16.

3 Sofern im Text Seitenzahlen in Klammern angegeben sind, beziehen sie sich in Folge sämtlich auf Nedza, Justyna: *Takfir im militanten Salafismus. Der Staat als Feind*, Leiden/Boston 2020.

4 Vogel, Heiner: Ein Haufen Schutt. Die salafistisch-dschihadistische Szene im Umbruch, in: Bun-

deszentrale für politische Bildung, 22.11.2022, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/515398/ein-haufen-schutt/> [eingesehen am 08.07.2023].

Rolle dem jeweiligen räumlich und zeitlich konkreten sozio-politischen Kontext [...] zukommt“ (18). Auch sie erwähnt den politischen Islam⁵ als Einflussfaktor, doch ihr Augenmerk liegt darauf, wie die Rechtsgelehrten den Takfīr theologisch und islamrechtlich begründen.

Nedza führt zunächst in das Verständnis von Glauben ein, da nur darüber Unglaube konzeptionell verstanden werden könne. Dabei widmet sie sich der in der islamischen Theologie diskutierten Frage, ob der Glaube „eine innere Überzeugung, eine Handlung, oder beides ist“ (96). Der ägyptische Rechtsgelehrte Saiyid Imām geht davon aus, dass der Mensch im Gegensatz zu Gott keinen Einblick in die inneren Überzeugungen eines Menschen haben und der Glaube deshalb nur anhand von Handlungen erkannt werden könne (97). Dabei reiche nach seiner Vorstellung eine einzige islamwidrige Handlung aus, um erkennbar zu machen, dass ein Mensch innerlich vom Glauben abgekehrt sei. Auch nach den drei saudischen Gelehrten könne eine einzige dem Islam widersprechende Handlung selbst durch das Abstreiten des eigenen Unglaubens nicht wiedergutmacht werden. Allerdings führen nur solche Handlungen zum Apostasie-Vorwurf, die als großer Unglaube eingestuft werden (97).

Der zentrale Vorwurf, den besonders Saiyid Imām, aber auch die drei saudischen Gelehrten anführen, und als großen Unglauben einstufen, ist die Herrschaft wider die Scharia. Saiyid

Imām begreift Religion (Dīn), ähnlich wie frühere Anhänger des politischen Islam, als allumfassendes System, welches die politische und private Sphäre miteinschließt, und verbindet die Frage nach politischem Gehorsam mit dem Glauben an das Jenseits (13, 30f., 104f. und 243). Die drei saudischen Gelehrten berufen sich bei der Rechtfertigung ihrer Positionen auf die Lehren des für den saudischen Mehrheitsislam prägenden Ibn‘Abd al-Wahhābs (1703–1792).⁶ Sie sehen besonders das Bekenntnis zur unteilbaren Herrschaft Gottes durch das saudische Königshaus verletzt, da für sie die Anerkennung Gottes als einziger legitimer Gesetzgeber zum Kern des Islam gehört (105). Neben dem Vorwurf der Herrschaft wider die Scharia betonen die drei saudischen Gelehrten auch den Bruch des Prinzips von Loyalität und Abgrenzung (al-walā‘ wa-l-barā‘) durch die saudische Regierung.⁷ Das Prinzip der Abgrenzung oder Nicht-Anerkennung wird nach Ansicht der drei saudischen Gelehrten dann verletzt, wenn Loyalität oder Sympathie gegenüber Nichtmuslim:innen gezeigt werde (114). Dabei liegt der Loyalitätsbruch, der großen Unglauben sichtbar macht, vor allem in der Unterstützung von Nichtmuslim:innen im Kampf gegen Muslim:innen. Die Kritik der drei saudischen Gelehrten richtet sich insbesondere gegen die diplomatischen

5 Zu den klassischen Vertretern des politischen Islam gehören Sayyid Qutb (1906–1966) aus Ägypten und Abul A‘la Maududi (1903–1979) aus Indien. Beide Denker sind unter britischer Kolonialherrschaft geboren und bereits in ihrer akademischen Ausbildung mit modernem westlichen Denken in Berührung gekommen und haben sich davon unterschiedlich inspirieren lassen. Vgl. dazu Ahmad, Irfan: Mawdudi Syed Abul al-A‘la, in: Bowering, Gerhard et al. (Hrsg.): *The Princeton Encyclopedia of Islamic Political Thought*. Princeton 2013, S. 333 und Šabasevičiūtė, Giedrė: Sayyid Qutb. *An Intellectual Biography*, Syracuse 2021, S. 7f.

6 Muḥammad Ibn‘Abd al-Wahhāb war ein hanbalitischer Gelehrter und orientierte sich strikt an Koran und Sunna. Seine Lehren sind die Grundlage für die Auslegung des Islam in Saudi-Arabien und bilden dort die Staatsreligion. Unter anderem der Islamische Staat legitimiert einige seiner Taten mit der ideologischen Grundlage Ibn‘Abd al-Wahhābs, siehe Laoust, Henri: Ibn‘Abd al-Wahhāb“, in: Bearman, Peri et al. (Hrsg.): *Encyclopaedia of Islam*, Leiden 2012, URL: http://dx.doi.org/10.1163/1573-3912_islam_SIM_3033 [eingesehen am 26.06.2023].

7 Während walā‘ die uneingeschränkte Loyalität gegenüber Gott, dem Islam und Mitgläubigen meint, bedeutet barā‘ die Nicht-Anerkennung oder die Abgrenzung von allem, was unislamisch ist, vgl. Wage-makers, Joas: Framing the threat to Islam. Al-Walā‘ wa-l-barā‘ in Salafī Discourse, in: *Arab Studies Quarterly*, Jg. 30 (2008), H. 4, S. 1–22, hier S. 3.

und militärischen Beziehungen Saudi-Arabiens zu den USA. Sie rechtfertigen mit dem Prinzip der Abgrenzung auch den Kampf gegen Nicht-Muslim:innen. Der Politikwissenschaftler Stéphane Lacroix beschreibt beispielsweise, wie das Prinzip al-walā'wa-l-barā' von sogenannten Neojihadis in Saudi-Arabien aktiv genutzt wurde, um dem Westen den Krieg zu erklären.⁸ Saiyid Imām hingegen beschäftigt sich weniger mit der Beziehung zwischen Muslim:innen und Nichtmuslim:innen, sondern kritisiert direkt die sich zum Islam bekennenden Herrscher in Ägypten für die von ihm behauptete Herrschaft wider die Scharia.

Anschließend analysiert Nedza die Ausführungen der untersuchten Autoren zu den islamrechtlich zu erfüllenden Bedingungen für den Takfir-Vollzug. Ein Takfir-Urteil ist demnach islamrechtlich unter anderem nur dann rechtskräftig, wenn es sich auf eine konkrete Person und eine konkrete Handlung bezieht. Sollte kein mildernder Umstand gegeben sein, ist die Beweisführung beendet. Der vermeintliche Apostat oder die vermeintliche Apostatin kann nun Buße tun, die von der Gemeinschaft akzeptiert oder abgelehnt wird. Bei Ablehnung folgt die Todesstrafe (137f.). Nedza arbeitet präzise heraus, dass Saiyid Imām hier mit auf den ersten Blick rein theologischen Ausführungen auf die ägyptische Regierung und die drei saudischen Gelehrten auf die Regierung Saudi-Arabiens und ihre Repräsentanten abzielen. Diese sind zwar als Kollektiv zu betrachten, doch alle vier wenden die Beweisführung gegen diese Körperschaften genauso an wie beim konkreten, auf Personen gerichteten Takfir und relativieren oder lehnen in ihrer Beweisführung sogar alle mildernden Umstände ab, die bei einem Takfirurteil erwogen werden müssen (152ff.). Der Takfir wird von ihnen ausgesprochen, um letztlich den physischen Kampf, also den Dschihad gegen diese Regierungen, zu rechtfertigen.

Takfir-Analyse jenseits der theologischen Perspektive

Nedza betont, wie eingangs erwähnt, dass sie die Grundüberzeugung radikalislamischer Denkströmungen nicht nur aus theologisch-rechtlicher Perspektive analysieren, sondern möglichst auch auf den sozio-politischen Kontext eingehen möchte, mit deren Hilfe man das Denken moderner radikalislamischer Gruppierungen besser begreifen könne (18f.). Nedza weist beispielsweise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Praxis des Takfir bei modernen militanten Salafisten in vielfacher Hinsicht vom Takfir-Verständnis der traditionellen islamischen Rechtsschulen unterscheidet, und dass dieser Unterschied insbesondere im Fall von Saiyid Imām durch den Einfluss des Gedankenguts des politischen Islam ausgemacht werde (13).

Dieser Einfluss lässt sich – im Gegensatz zum traditionellen islamischen Verständnis – beispielsweise in der Betonung der Urteilsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit jedes Individuums finden. Damit einher geht bei den untersuchten Rechtsgelehrten die Vorstellung, dass der Dschihad und das Aussprechen des Takfir Pflichten eines jeden muslimischen Individuums seien und nicht nur dem Herrscher oder einem bestimmten Rechtsgelehrten überlassen werden sollten (14f. und 218). Diesem modernen Verständnis liegt die von den klassischen Vertretern des politischen Islams elaborierte Grundüberzeugung zugrunde, der zufolge die muslimische Gemeinschaft aufgrund selbstverschuldeter Unwissenheit und unzureichender Glaubenspraxis in die vorislamische, heidnische Unwissenheit (Ġāhiliya) zurückgefallen sei (8 und 13f.), wodurch erst der Fokus auf die Notwendigkeit eines individuellen Handelns als Lösung für die Probleme der islamischen Länder ermöglicht und gerechtfertigt wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Forderung nach einer Praxis der selbstständigen Interpretation (Iğtihād) von Koran und Sunna statt der blinden

8 Lacroix, Stéphane: *Awakening Islam. The Politics of Religious Dissent in Contemporary Saudi Arabia*, London 2011, S. 249f.

Befolgung bereits existierender Interpretationen (Taqīd) zu verstehen.⁹

Nedza bleibt allerdings bei diesem Hinweis stehen und beschränkt sich in ihrer Analyse weitgehend auf die Frage, wie die von ihr untersuchten Gelehrten ausgehend von Ideen und Vorstellungen, die sie in ihrem intellektuellen Umfeld vorgefunden haben, den Takfir und Dschihad durch eine Verknüpfung mit den islamischen Quellen umdeuten und zu rechtfertigen versuchen. Sie untersucht dabei allerdings zu wenig die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und Praktiken, die diese Ideen hervorgebracht haben, beziehungsweise ihnen ihre Bedeutung geben. Damit vermittelt sie den Eindruck, als handle es sich bei den Schriften der von ihr untersuchten vier Autoren um einen in seinem Wesen theologischen Diskurs und nicht um einen Fall von Theologisierung eines im Kern politischen und nicht-theologischen Diskurses.¹⁰

Dies steht im Gegensatz zu einem Bild, das beispielsweise der politische Theoretiker Andrea Mura in Bezug auf radikalislamische Diskurse im 20. Jahrhundert entwirft:

„When advocating the authenticity of the past, the aim is often to face the present, reformulating tradition in a language consonant with such aspirations. [...] It is by following this process that, for instance, an Islamisation of modernity took place as an effect of colonisation, revealing a counter-hegemonic and assertive use of tradition. [...] Political and economic changes have accordingly been legitimised and realised through the creative re-elaboration of the past and the dynamic re-interpretation of tradition.“¹¹

Deshalb bedarf es bei der Auseinandersetzung mit Diskursen im Allgemeinen und denen radikalislamischer Akteur:innen im Besonderen einer Analyse, die sowohl traditionell theologischen als auch (modernen) nicht-theologischen Praxen Rechnung trägt, indem sie sie zuerst als solche identifiziert und dann auf die Logik ihrer Artikulation in dem untersuchten Diskurs eingeht.¹² Denn Begriffe und Ideen sind nicht für sich isolierte und unabhängig von anderen Begriffen und Ideen existierende Bedeutungsträger, sondern sie erlangen ihre Bedeutung erst durch ihre Stellung und Verbindung zu anderen Begriffen und Ideen innerhalb eines vielschichtigen Diskurses.¹³

Doch wird eine so differenzierte Untersuchung von Nedza nicht geleistet. Die Autorin geht beispielsweise kaum auf den Einfluss moderner und nicht-islamischer Diskurse oder auf das Nachwirken des Kolonialismus in den Texten der vier Autoren ein.¹⁴ Es bleibt daher fraglich, ob die Autorin sozio-politische Einflüsse als entscheidende Faktoren ernst nimmt oder sie nicht vielmehr lediglich als Hintergrund be-

9 Vgl. Mura, Andrea: *The Symbolic Scenarios of Islamism. A Study in Islamic Political Thought*, Farnham/Surrey 2015, S. 38.

10 Der moderne antisemitische Diskurs bei Vertreter:innen des politischen Islam kann als klassisches Beispiel hierfür genommen werden. So ist die antisemitische Vorstellung von Jüd:innen, die die Welt kontrollierten und deshalb als ewige Feinde anzusehen seien, modernen westlichen Ursprungs, die man in der Form in den klassischen islamischen Texten nicht finden kann. Dennoch hat sie ihren Weg in das Denken vieler radikalislamischer Denkströmungen gefunden und ist erst im Nachhinein von deren Vertreter:innen durch einen Rekurs auf islamische Quellen gerechtfertigt worden, vgl. dafür Qutb, Sayyid: *Ma'rakatuna ma'a l-Yahud*, 12. Auflage, Kairo 1993 und Klevesath, Lino: *Antisemitismus unter Muslim*innen oder ‚muslimischer Antisemitismus‘? Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems*, in: *Demokratie-Dialog*, H.10/2022, S. 26–34, <https://doi.org/10.17875/gup2022-1941>.

11 Mura: *The Symbolic Scenarios of Islamism*, S.36.

12 Vgl. dazu Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*. 3. Aufl., Frankfurt a. M. 1988, S. 258. und Althusser, Louis: *Einleitung in die Philosophie für Nichtphilosophen*, Wien 2018, S. 133f.

13 Vgl. Eagleton, Terry: *Literary Theory. An introduction*, Minneapolis 1996, S. 110f.

14 Die Begriffe Kolonialismus/Kolonialmacht kommen im Buch nur fünf Mal vor, vgl. Nedza: *Takfir im militanten Salafismus*, S. 330.

stimmter Debatten über Rechtsinterpretationen begreift.¹⁵

Durch den Fokus auf die Rechtshermeneutik wird verkannt, dass die von der Autorin untersuchten radikalen und antidemokratischen Diskurse eher als Symptome zu verstehen sind, deren Ursachen in sozio-politischen Umständen liegen. Doch erst durch diese Erkenntnis lässt sich zumindest theoretisch eruieren, wie man Radikalisierungsprozessen in der islamisch geprägten Welt und unter Muslim:innen in mehrheitlich nicht-muslimischen Ländern entgegenwirken kann. Eine solche Analyse wird von der Autorin indes nur vereinzelt geleistet, beispielsweise in Bezug auf die drei saudischen Gelehrten, deren Kritik und Takfir gegenüber anderen saudischen Gelehrten und oppositionellen Stimmen die Regierung lange Zeit duldet, aber auf regierungskritische Ansichten und Takfir gegenüber regierungsnahen Personen sehr schnell mit scharfen Sanktionen reagierte (89f.). Dies zeigt sehr gut, dass den drei saudischen Gelehrten in diesem Fall zunächst bewusst – aus realpolitischen und pragmatischen Gründen – eine künstlich geschaffene politische Subjekthaftigkeit eingeräumt wurde, was die Gelehrten bis zu ihrer Sanktionierung zur Annahme verleitete, jeder Muslim könne frei eine ähnliche Takfir-Praxis üben, ohne Sanktionen fürchten zu müssen.

Sobald jedoch dieser künstlich geschaffene (Spiel-)Raum und die damit einhergehende moderne Takfir-Praxis konsequent angewandt werden, ergeben sich weitreichende Konsequenzen. Die von militant salafistischen Akteur:innen geübte Takfir-Praxis kann beispielsweise zu einer tiefen Spaltung und Polarisierung innerhalb der

muslimischen Gemeinschaft und des salafistischen Milieus selbst führen. Das kann erklären, warum die drei saudischen Gelehrten nicht gezögert haben, moderne und liberale Muslim:innen aufgrund ihrer Ansichten des Glaubensabfalls zu bezichtigen, salafistische Prediger aus ihrem intellektuellen Milieu, die ähnliche Positionen vertreten haben, hingegen nur leicht kritisieren konnten bzw. wollten (86ff.). Die Takfir-Praxis löst also ihre eigenen Dynamiken aus, die schnell zu Feindseligkeiten und Konflikten führen, die den sozialen Zusammenhalt untergraben können. Dies ist heute umso mehr der Fall, da sich die Praxis in die Welt der sozialen Medien verlagert hat.¹⁶

Resümee

In ihrem Buch zur Takfir-Praxis moderner radikalislamischer Gruppen und Akteure am Beispiel von vier islamischen Rechtsgelehrten widmet Jusyna Nedza große Teile der Rekonstruktion und Erklärung der von diesen Rechtsgelehrten praktizierten Rechtshermeneutik. Beeindruckend in ihrer Arbeit sind die detaillierte Darstellung und Auseinandersetzung mit den islamischen Rechtstraditionen und die Erhellung ihrer Komplexität, Ambiguität und Nicht-Homogenität. Der Fokus auf die Rechtshermeneutik und die theologisch-rechtliche Ebene erweckt allerdings unvermeidlich den Anschein, als handele es sich bei der Takfir-Praxis und dem Phänomen des politischen Islam im Allgemeinen um Gegenstände rein theologischer beziehungsweise religiöser Natur. Damit wird das Narrativ radikalislamischer Gruppen reproduziert, die ihre Positionen als rein theologisch darstellen und im Rekurs auf theologische Begriffe zu rechtfertigen versuchen. Dies lenkt den Fokus weg von den realen Ursachen hinter dem Phänomen des religiösen Extremismus und erschwert deshalb eine effektive Auseinandersetzung mit demselben. Eine vertiefte Auseinandersetzung

15 Die Autorin verwendet in diesem Zusammenhang oft Begriffe wie „nationaler Rahmen“, „Lebensbiografie“ und „Bezüge zur Kolonialgeschichte“, ohne sie genau zu erklären. Es fehlt eine klare Differenzierung und Erläuterung davon, mit welcher Art von Prägung und Beeinflussung wir es hier zu tun haben (vgl. S. 18, 50, 267).

16 Vgl. Vogel: Ein Haufen Schutt.

mit dem Phänomen des politischen Islam, die insbesondere seiner historischen Gewachsenheit, sozio-politischen Bedingtheit und damit der Vielschichtigkeit radikalislamischer Diskurse gerecht wird, könnte hingegen den Weg für einen informierteren Umgang mit dem Phänomen des religiösen Extremismus ebnen.



Literatur:

Ahmad, Irfan: Mawdudi Syed Abul al-A'la, in: Bowering, Gerhard/Crone, Patricia/Kadi, Wadad/Stewart, Devin J./Zaman, Muhammad Qasim/Mirza, Mahan (Hrsg.): The Princeton Encyclopedia of Islamic Political Thought, Princeton 2013.

Althusser, Louis: Einleitung in die Philosophie für Nicht-Philosophen, Wien 2018.

Eagleton, Terry: Literary Theory. An introduction, 2. Auflage, Minneapolis 1996.

Klevesath, Lino: Antisemitismus unter Muslim:innen oder ‚muslimischer Antisemitismus‘? Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems, in: Demokratie-Dialog, H.10/2022, S. 26–34, <https://doi.org/10.17875/gup2022-1941>.

Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. 3. Auflage, Frankfurt a. M. 1988.

Lacroix, Stéphane: Awakening Islam. The Politics of Religious Dissent in Contemporary Saudi Arabia, London 2011.

Laoust, Henri: Ibn 'Abd al-Wahhāb", in: Bearman, Peri et al. (Hrsg.): Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Leiden 2012, http://dx.doi.org/10.1163/1573-3912_islam_SIM_3033.

Mura, Andrea: The Symbolic Scenarios of Islamism. A Study in Islamic Political Thought, Farnham/Surrey 2015.

Nedza, Justyna: Takfir im militanten Salafismus. Der Staat als Feind, Leiden/Boston 2020.

Qutb, Sayyid: Ma'rakatuna ma'a l-Yahud, 12. Auflage, Kairo 1993.

Šabasevičiūtė, Giedrė: Sayyid Qutb. An Intellectual Biography, Syracuse 2021.

Sunan an-Nasa'i 4059, Buch 37, Hadith 49, URL: <https://sunnah.com/nasai:4059> [eingesehen am 24.06.2023].

Vogel, Heiner: Ein Haufen Schutt. Die salafistisch-dschihadistische Szene im Umbruch, in: Bundeszentrale für politische Bildung, 22.11.2022, URL: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/515398/ein-haufen-schutt/> [eingesehen am 08.07.2023].

Wagemakers, Joas: Framing the threat to Islam. Al-Walā' wa-l-barā' in Salafī Discourse, in: Arab Studies Quarterly, Jg. 30 (2008), H. 4, S. 1–22.



Ousama Sheikh Muhammed, geb. 1999 in Aleppo, absolviert ein Bachelorstudium an der wirtschaftswissenschaftlichen und philosophischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen. Bis Juni 2023 arbeitete er als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung im Forschungsprojekt FoDEX. sein Interessengebiete sind poststrukturalistische Theorie, das zeitgenössische Denken in der arabischen Welt und die Analyse moderner politischer Ideologien.



Mareike Rohloff (B.A.), geb. 1999 in Hannover, ist Politikwissenschaftlerin und studiert Politik und Mathematik an der Georg-August-Universität Göttingen. Seit Juli 2022 arbeitet sie als studentische Hilfskraft am Göttinger Institut für Demokratieforschung im Forschungsprojekt FoDEX. Ihre Interessengebiete sind Wahlprogrammanalysen, Forschung zu anti-demokratischen Bestrebungen und quantitative Methoden.

Klevesath, Lino (2023):
„Zur Demokratiewahrnehmung junger Muslim*innen“
In: Demokratie-Dialog 13
(2023) S. 44–52.
doi: 10.17875/gup2023–2459

Zur Demokratiewahrnehmung junger Muslim*innen

Lino Klevesath

Die Diskussion um die Zukunft der Demokratie und ihre (möglichen) Gefährdungen ist allgegenwärtig. Häufig wird sie mit der Frage verknüpft, wie stark oder schwach der Rückhalt für die Demokratie – insbesondere bei jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen – ist.¹ Die Frage nach der Demokratieunterstützung unter Muslim*innen ist hier von besonderem Interesse: Ein nicht unerheblicher Anteil der heute

in Deutschland lebenden Muslim*innen ist aus nicht als liberale Demokratien verfassten Ländern in die Bundesrepublik eingewandert – in den letzten Jahren vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak² – oder dies trifft auf

1 Eine große Gefahr für etablierte Demokratien durch schrumpfende Unterstützung sehen etwa Foa, Roberto Stefan und Mounk, Yascha: The Signs of Deconsolidation, in: Journal of Democracy, Jg. 28 (2017), Nr. 1, S. 5–15. <https://doi.org/10.1353/jod.2017.0000>.

2 Laut Ausländerzentralregister (AZR) lebten in Deutschland am 31.12.2022 284.595 Iraker*innen, 377.240 Afghan*innen und 923.805 Syrer*innen (letztere stellen nach Türk*innen und Ukrainer*innen die drittgrößte ausländische Gruppe), vgl. Statistisches Bundesamt: Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten, 01.06.2023, URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-geschlecht.html> [eingesehen am 15.08.2023]. 2011 gab es weniger als 150.000 Ausländer*innen aus den drei Staaten, vgl. Statistisches Bundesamt: Ausländische Bevölkerung am 9.5.2011 in Deutschland

ihre Eltern oder Großeltern zu. In diesem Zusammenhang lässt sich die Frage stellen, wie sich die Sozialisation in einem nicht als liberale Demokratie verfassten Staat auf das Ausmaß der Demokratieunterstützung auswirkt: Einerseits wird die These vertreten, dass diese geringer ausfalle, weil die liberale Demokratie im Spannungsverhältnis zu politischen Vorstellungen stehe, die den eingewanderten Menschen (bewusst oder unbewusst) während der Kindheit vermittelt wurden. Andererseits gibt es die gegenteilige These, die Demokratieunterstützung falle größer aus, weil manche Einwander*innen ihr Geburtsland verließen, um staatlicher Unterdrückung zu entgehen und die demokratischen Institutionen in der neuen Heimat daher besonders zu schätzen wüssten.³ In Bezug auf

türkeistämmige Menschen wird medial vor allem diskutiert, inwiefern die Identifikation mit der Türkei, in der rechtsstaatliche Standards zunehmend verletzt werden, sich auch bei in der Bundesrepublik geborenen Menschen negativ auf die Unterstützung der Demokratie auswirken kann.⁴ Anlass für diese Diskussion ist die Beteiligung an Wahlen in der Türkei von in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen, unter denen Präsident Recep Tayyip Erdoğan, dem der Abbau von Rechtsstaatlichkeit vorgeworfen wird, hohe Stimmanteile erzielt.⁵ Bisweilen wird aber auch die Frage aufgeworfen, inwiefern ein Bekenntnis zur liberalen Demokratie und dem Islam – zumindest in seiner orthodoxen Variante – überhaupt miteinander kompatibel sein können. Hier wird vor allem auf die

nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 10.04.2014, URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-staatsangehoerigkeit-pdf.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 15.08.2023]. Der sehr hohe Zuwachs ist vor allem auf Fluchtbewegungen im letzten Jahrzehnt zurückzuführen. Die große Mehrheit dieser Geflüchteten ist muslimisch, vgl. Siegert, Manuel: Die Religionszugehörigkeit, religiöse Praxis und soziale Einbindung von Geflüchteten, in: BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 09.07.2020, URL: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse2-2020_iab-bamf-soep-befragung-religion.html?nn=283560 [eingesehen am 22.08.2023].

3 Die Forschung liefert uneinheitliche Ergebnisse. So hält eine Gruppe um Stephen White in Bezug auf eingewanderte Bürger*innen Kanadas fest, dass deren Wahlteilnahme nicht nennenswert davon abhing, ob sie aus einer Autokratie stammten, vgl. White, Stephen et al.: The Political Resocialization of Immigrants. Resistance or Lifelong Learning?, in: Political Research Quarterly, Jg. 61 (2008), H. 2, S. 268–281, hier S. 276–277, <https://doi.org/10.1177/1065912908314713>. Ein Team um Antoine Bilodeau stellte bei aus Autokratien eingewanderten Australier*innen zwar ebenfalls eine hohe Demokratieunterstützung und Bereitschaft zur Wahlteilnahme fest, aber auch hohe Zustimmungswerte zu einer Führungsfigur, die ohne Rücksicht auf ein Parlament regieren kann, weshalb auf eine nachhaltige Prägung

durch Autoritarismus geschlossen wurde, vgl. Bilodeau, Antoine/McAllister, Ian/Kanji, Mebs: Adaptation to Democracy among Immigrants in Australia, in: International Political Science Review, Jg. 31 (2010), H. 2, S. 141–165, <https://doi.org/10.1177/0192512110364737>.

4 Vgl. etwa Schier, Mike: Deutsch-Türken feiern Erdogan. Ein bitteres Zeugnis schlechter Integration, in: Merkur, 30.05.2023, URL: <https://www.merkur.de/politik/tuerkei-wahl-deutsch-tuerken-feiern-erdogan-bitteres-zeugnis-schlechter-integration-92311331.html> [eingesehen am 15.08.2023]. Gegenteilig: o.V.: Experte über Erdogan-Unterstützung in Deutschland: Wahlen haben keine Aussagekraft über Integration, in: web.de, 25.05.2023, URL: <https://web.de/magazine/politik/erdogan-unterstuetzung-deutschland-wahlen-aussagekraft-integration-38248868> [eingesehen am 15.08.2023].

5 So erzielte Erdoğan beim zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2023, also bei der Stichwahl, einen Anteil von 67,2 Prozent der in Deutschland abgegebenen Stimmen (gut eine halbe Million Stimmen) bei einer Wahlbeteiligung von 50,4 Prozent, vgl. o.V.: „Germany Election Results 2nd Round 2023 – Türkiye Presidential Election“, in: Yeni Şafak, 29.05.2023, URL: <https://www.yenisafak.com/en/secim-cumhurbaskanligi-2023-2-tur/yurtdisi-almanya-secim-sonuclari> [eingesehen am 15.08.2023]. Zu bedenken ist, dass ein erheblicher Teil der türkeistämmigen Bevölkerung in Deutschland nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und somit bei türkischen Wahlen nicht wahlberechtigt ist.

Vorstellung verwiesen, religiöse Gebote, denen ein göttlicher Ursprung zugeschrieben wird, seien geeigneter zur Regelung des Zusammenlebens als menschengemachte, von demokratisch gewählten Parlamenten beschlossene Gesetze. Zudem werden in Koran und Sunna enthaltene Normen angeführt, die den Grundsätzen einer liberalen Demokratie widersprechen. Dies gilt etwa für Körperstrafen oder die Benachteiligung von Frauen im traditionellen islamischen Erb- und Familienrecht.⁶

Der Fokus auf die Frage nach der Demokratieunterstützung in der Bevölkerung allgemein oder durch bestimmte Gruppen verdeckt jedoch die Tatsache, dass Menschen unterschiedliche Vorstellungen mit dem Begriff „Demokratie“ verbinden. Deshalb wird die nächste qualitativ ausgerichtete FoDEX-Studie aus dem Fachbereich „Radikaler Islam“ in einem ersten Schritt die Frage nach dem Demokratieverständnis junger Muslim*innen stellen und daran anschließend ihre Demokratieunterstützung untersuchen.

Zum Forschungsstand

In Bezug auf Deutschland liegen zahlreiche Studien zu politischen Einstellungen und Partizipation von Muslim*innen sowie von Menschen mit Migrationshintergrund, von denen viele muslimisch sind, vor. Eine der ersten quantitativen Erhebungen zu (politischen) Einstellungen der muslimischen Bevölkerung Deutschlands, die Aussagen auf Grundlage möglichst repräsentativer Umfragen trifft, war eine vom Bundesministerium des Innern (BMI) beauftragte Studie von 2007. Festgestellt wurde eine hohe Zustimmung zu Freiheitsrechten (Demonstrations-, Meinungs- und Streikrecht) und eine

geringe Zustimmung zu im islamischen Recht verankerten Körperstrafen. Jedoch befürwortete ein Drittel die Todesstrafe.

Zudem erhielten Aussagen, die einer „Demokratiekritik aus der Perspektive von Moralität“⁷ zugeordnet wurden (Befürwortung einer staatlichen Medienkontrolle zum Schutz der Moral, Priorisierung der Religion gegenüber der Demokratie, Verantwortlichmachen der Demokratie für hohe Kriminalitätsraten), Zustimmungswerte zwischen 40 und 60 Prozent.⁸ Wurde der Effekt sozialstruktureller Bedingungen wie Bildung (auch der Eltern) berücksichtigt, zeigten sich muslimische Schüler*innen nicht demokratiedistanter als Schüler*innen ohne Migrationshintergrund. Mit 15,7 Prozent fiel die Zustimmung zu einem antisemitischen Item jedoch deutlich höher aus als bei nicht-muslimischen Befragten.⁹ Unter muslimischen Studierenden waren demokratiedistante Einstellungen noch seltener, doch auch unter ihnen wurde eine überdurchschnittliche Verbreitung von Antisemitismus (etwa bei einem Drittel der Befragten) festgestellt.¹⁰ Eine weitere vom BMI beauftragte Studie mit ähnlichen Items von 2011 bestätigte eine partiell stärkere Demokratiedistanz von Muslim*innen im Vergleich zur Kontrollgruppe.¹¹

6 Vgl. hierzu etwa Klevesath, Lino et al.: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021, S. 35–36, <https://doi.org/10.1515/9783839456484> sowie Rohe, Mathias: Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, 3. aktualisierte und erw. Aufl., München 2011, S. 385–388.

7 Brettfeld, Katrin und Wetzels, Peter: Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, hg. v. Bundesministerium des Inneren, Hamburg 2007, <http://doi.org/10.15496/publikation-4432>, S. 142.

8 Vgl. Brettfeld und Wetzels: Muslime in Deutschland, S. 141–142.

9 Vgl. Brettfeld und Wetzels: Muslime in Deutschland, S. 265–309.

10 Vgl. Brettfeld und Wetzels: Muslime in Deutschland, S. 404.

11 Vgl. Frindte, Wolfgang et al.: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, hg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2011, S. 257–263, <http://doi.org/10.15496/publikation-4271>.



Abb. 1: Demonstration zu Afghanistan in Berlin 2020. Bildquelle: Leonhard Lenz/Wikimedia Commons, URL: / https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/6/69/Protest_against_Afghanistan_government_Berlin_2020-06-13_08.jpg

Zu positiveren Ergebnissen kam Gert Pickel bei seiner Auswertung der Daten des Religionsmonitors 2017. Demnach befürworteten Muslim*innen die Demokratie im Grundsatz ähnlich stark wie die Gesamtbevölkerung (sogar minimal stärker) und seien ähnlich stark zufrieden mit dem Zustand der deutschen Demokratie,¹² befürworteten aber leicht häufiger als die Gesamtbevölkerung „jemand, der mit harter Hand regiert“¹³, was als Anzeichen für eine stärkere Verbreitung autoritärer Einstellungen verstanden werden kann. Ähnlich stellte Stephanie Müssig 2021 in

Bezug auf Muslim*innen mit Migrationshintergrund fest, dass ihre Demokratieunterstützung nicht geringer war als die nicht-muslimischer Einwander*innen. Muslim*innen seien aber insgesamt in geringerem Maße politisch aktiv, was allerdings nicht auf religiöse Überzeugungen, sondern auf ihren durchschnittlich schwächeren sozioökonomischen Status und niedrigere Bildungsabschlüsse im Vergleich zur Bevölkerungsmehrheit zurückzuführen sei.¹⁴

Eine 2021 durchgeführte Befragung unter türkeistämmigen, überwiegend deutschen Anhänger*innen der DITIB-Jugendorganisation Bund

12 Vgl. Pickel, Gert: Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie, in: Bertelsmann Stiftung, 11.07.2019, S. 41, <https://doi.org/10.11586/2019032>.

13 Pickel: Vielfalt, S. 43. Allerdings wurde hier anders als in anderen Umfragen nicht explizit nach einer Führungsfigur gefragt, die das Parlament nicht zu beachten braucht, so dass die Zustimmung zu der Aussage nicht zwingend auf anti-demokratische Einstellungen hindeutet.

14 Vgl. Müssig, Stephanie: Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse, korr. Aufl., Wiesbaden 2021, S. 225–241, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-30415-7>.

der Muslimischen Jugend (BDMJ)¹⁵ kam zu dem Ergebnis, dass immerhin eine erhebliche Minderheit der Befragten der Aussage „Deutschland ist ein demokratisches Land“ nur eingeschränkt oder gar nicht zustimmte und das Niveau des Vertrauens der Befragten in den deutschen Staat vergleichsweise niedrig war. Dennoch wurde eine hohe Bereitschaft zur Wahlbeteiligung festgestellt¹⁶, auch wenn viele Befragte glaubten, in Deutschland nicht als Deutsche anerkannt zu werden und sich – angesichts dieses Eindrucks wenig überraschend – nur eingeschränkt als Deutsche fühlten. Bemerkenswerterweise korrelierte ein höheres Maß an Religiosität positiv mit der Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement.¹⁷

Die Einstellungen von Menschen, die ab 2015 aus islamisch geprägten Ländern nach Deutschland kamen, waren bislang nur selten Gegenstand der Betrachtung. Die 2016 erschienene „IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten“ nahm Menschen in den Blick, die zwischen 2013 und Januar 2016 in der Bundesrepublik Asyl beantragt hatten – unter ihnen machten Menschen aus Syrien, Afghanistan und Irak zusammen 59,6 Prozent der Befragten aus. Festgestellt wurde, dass die Neuangekommenen die Demokratie in hohem Maße unterstützen.¹⁸ Die Befragten stimmten der Aussage „Man sollte ein demokratisches System haben“¹⁹ zu 96 Pro-

zent zu. Die Zustimmung zu einem „Führer“²⁰, der Parlament und Wahlen ignorieren kann, war mit 21 Prozent minimal geringer als unter deutschen Befragten. Auch die Zustimmung zur Gleichberechtigung der Geschlechter war mit 92 Prozent groß, die Befürwortung von Bürgerrechten als Schutz vor staatlichen Übergriffen mit 93 Prozent zehn Prozentpunkte höher als bei deutschen Befragten.²¹ Eine im Sommer 2016 in Berliner Geflüchtetenunterkünften durchgeführte, nicht-repräsentative Umfrage kam zu ähnlichen Ergebnissen, stellte jedoch auch eine relativ hohe Zustimmung zu autoritarismusaffinen Aussagen fest.²²

Insgesamt zeigen bisherige Forschungsergebnisse, dass Muslim*innen das abstrakte Konzept der Demokratie ähnlich wie der Rest der Bevölkerung insgesamt positiv einschätzen – ebenso Freiheitsrechte. Gleichzeitig deuten einige Studien auf ein verstärktes Maß an moralischer Demokratiekritik und auf eine stärkere Anfälligkeit eines Teils der muslimischen Bevölkerung für Antisemitismus hin. Einige Studien identifizieren bei Muslim*innen auch eine stärkere Neigung zum Autoritarismus als bei der deutschstämmigen nicht-muslimischen Bevölkerung – andere Arbeiten kamen zum gegenteiligen Ergebnis.

Während *quantitative* Studien Demokratieunterstützung oder auch Demokratiezufriedenheit untersuchen können, die ein Maß für den Rückhalt des politischen Systems in der Bevölkerung ist, das „von der spezifischen bis hin zur diffusen Unterstützung alle Aspekte der Demokratie

15 Vgl. Behr, Harry Harun: DITIB Jugendstudie 2021. Lebensweltliche Einstellungen junger Muslim:innen in Deutschland, Jugendforschung, Weinheim 2022, S. 9–35.

16 Vgl. Behr: Jugendstudie, S. 53–54.

17 Vgl. Behr: Jugendstudie, S. 45.

18 Vgl. Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Überblick und erste Ergebnisse, Bd. 29, Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), Nürnberg 2016, S. 14–18.

19 Brücker/Rother/Schupp, Befragung von Geflüchteten, S. 78.

20 Ebd.

21 Vgl. Brücker/Rother/Schupp: Befragung von Geflüchteten, S. 78–80.

22 Vgl. Freytag, Ronald: Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen, 16.08.2016, S. 8–9, URL: https://ec.europa.eu/migrant-integration/library-document/fluechtlinge-2016-studie-der-hmkw-zu-demokratieverstaendnis-und_de [eingesehen am 22.08.2023].

umfasst²³, bietet unsere *qualitative* Studie die Chance, zunächst einmal die *Demokratiewahrnehmung* anhand folgender Forschungsfragen zu untersuchen: **Was verbinden Befragte konkret mit dem Begriff Demokratie? Welche Elemente sind ihnen besonders wichtig? Sind ihre politischen Einstellungen ausschließlich durch Deutschland geprägt oder auch durch ihr Geburtsland beziehungsweise das Herkunftsland ihrer Familie? Wenn ja, inwiefern?**

Zum Forschungsdesign unserer Studie

Um die Demokratiewahrnehmung junger Muslim*innen näher zu analysieren, streben wir für unsere qualitativ-explorative Studie halboffene Interviews mit zehn jungen muslimischen Menschen aus Niedersachsen an. Zusätzlich sind Gespräche mit fünf nicht-muslimischen Personen (als Kontrollgruppe) geplant, um Anhaltspunkte für Spezifika einer muslimischen Demokratiewahrnehmung zu eruieren, die mit quantitativen Studien bislang nicht tiefgehend untersucht werden konnten.

Wir gehen von der Annahme aus, dass sich ähnlich wie in bisherigen Erhebungen unter unseren Befragten eine hohe Zustimmung zur Demokratie im Allgemeinen zeigen wird. Gleichzeitig vermuten wir, dass die Wahrnehmungen zwischen Muslim*innen, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, und hier geborenen türkeistämmigen Muslim*innen differieren werden: Wir gehen von der These aus, dass einige Befragte der letztgenannten Gruppe, die oft deutsche Staatsbürger*innen sind, den demokratischen Charakter eines Systems stärker mit der Wahl der politischen Führung durch die Bevölkerung als mit dem Grundrechtsschutz verknüpfen. Das könnte möglicherweise

gerade dann gelten, wenn sie dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und der Regierungspartei AKP nahestehen. Denn die exekutiven Eingriffe in die Justiz und die Verletzung von Grundrechten lassen Zweifel am demokratischen Charakter der türkischen Regierung aufkommen, den diese mit Verweis auf ihre Machterlangung mittels kompetitiver Wahlen jedoch beansprucht. Bei seit 2015 nach Deutschland gekommenen Muslim*innen vermuten wir hingegen, dass diese stärker die Bedeutung der Grundrechte und des Rechtsstaats für die Demokratie akzentuieren, da manche im Geburtsland eventuell selbst Menschenrechtsverletzungen erlebt und durch die Anerkennung des Geflüchtetenstatus vom Rechtsstaat profitiert haben.²⁴ Das Wahlrecht hingegen haben die meisten von ihnen nicht, da sie bisher nicht eingebürgert worden sind.

Die Interviews sollen mit einer offenen Frage begonnen werden, die den Befragten – ohne Lenkung durch die Interviewenden – freies Assoziieren ihrer mit dem Demokratiebegriff verknüpften Vorstellungen ermöglichen soll („Was bedeutet für Dich persönlich der Begriff Demokratie und was verbindest Du damit?“). Die beiden Teilfragen sind inhaltlich weitgehend identisch, doch durch das Verb „verbinden“ sollen die Gesprächspartner*innen angeregt werden, frei zu denken und möglichst vermieden werden, dass die Frage als Wissensprüfung verstanden wird.

Im zweiten Teil sollen den Befragten bestimmte Bilder gezeigt und erfragt werden, ob und wenn ja wie die gezeigten Motive für sie mit dem Begriff Demokratie in Verbindung stehen.²⁵ Die

23 Harfst, Philipp: Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach ‚Demokratiezufriedenheit‘ fragen?, *Demokratie-Dialog* H. 12/2023, S. 4–13, hier S. 5, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2367>.

24 Dies könnte erklären, warum unter den um 2015 Geflüchteten in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung (s.o.) die Befürwortung der Grundrechte als Schutz vor staatlichen Übergriffen verbreiteter war als unter Deutschen ohne Migrationshintergrund.

25 Damit greifen wir modifiziert eine Idee aus der 2. Qualitativen Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors auf. Im Rahmen der

Konfrontation mit Bildmotiven bietet die Chance, Reflexionsprozesse zu stimulieren und das Gespräch auf bestimmte Dimensionen des Demokratiebegriffs zu lenken, den Befragten aber mehr Spielraum für freies Assoziieren zu lassen, als dies bei konkret ausformulierten Fragen der Fall wäre. Geplant ist, den Gesprächspartner*innen Motive vorzulegen, die die drei staatlichen Gewalten repräsentieren (Bundestag, Bundeskabinett, Bundesverfassungsgericht) sowie das Bild einer Stimmabgabe (um die Bedeutung von Wahlen zu thematisieren). Andere Motive sollen Assoziationen der Befragten mit bestimmten Grundrechten anregen wie etwa Bilder eines Demonstrationzugs und eines Arbeitsstreiks. Die Abbildung einer Talkshow soll die Gesprächspartner*innen zudem dazu animieren, auf die Rolle der Medien und der Presse- und Meinungsfreiheit für die Demokratie zu sprechen zu kommen. Daneben sollen Fotos betender Menschen aus einer Kirche, einer Synagoge und einer Moschee vorgelegt werden sowie eine Abbildung, die Werbung für eine atheistische Weltanschauung zeigt. Hiermit soll eruiert werden, inwiefern Religions- und Weltanschauungsfreiheit für die Befragten zur Demokratie gehören. Zudem lassen sich so eventuelle Vorurteile und Feindseligkeiten gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen ansteuern. Ein weiteres Motiv soll eine kopftuchtragende Frau zeigen, um zu klären, inwiefern die Befragten die Diskussionen um sich bedeckende Musliminnen im Westen auf Demokratie und Grundrechte beziehen. Auch ist geplant, den Interviewten das Bild einer Menschenmenge beim Christopher Street Day zu zeigen, um zu prüfen, inwiefern der Grundrechtsschutz für Menschen, deren Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Identität von der Mehrheitsbevölkerung abweicht, auch

als Bestandteil der Demokratie begriffen wird. Zudem sollen den Befragten Fotos führender politischer Persönlichkeiten aus der Türkei, Syrien und Afghanistan vorgelegt werden, um zu untersuchen, inwiefern diese Hauptherkunftsländer ihre politischen Einstellungen prägen oder nicht – ergänzt um Bilder von verschiedenen Spitzenpolitiker*innen westlicher Staaten.

Die muslimischen Befragten werden bewusst nicht explizit mit der Frage konfrontiert, inwiefern sie einen Zusammenhang zwischen ihrem muslimischen Glauben und ihrer Auffassung von Demokratie sehen. Durch die Abbildungen eines Freitagsgebets und einer kopftuchtragenden Frau werden die Befragten vielmehr mit Impulsen konfrontiert, die es ihnen ermöglichen, einen Bezug zu ihrer Religion herzustellen, wenn sie dies wünschen. Eine explizite Frage nach dem Verhältnis von Islam und Demokratiewahrnehmung durch die Interviewenden könnte jedoch eine Verzerrung zur Folge haben, da die Befragten sich genötigt sehen würden, eine Verknüpfung herzustellen, die sie selbst ohne den Impuls möglicherweise gar nicht vornehmen würden. Abschließend soll den Interviewten die Frage gestellt werden, wie zufrieden sie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind.

Die Interviews sollen akustisch aufgezeichnet und später transkribiert werden. Anschließend sollen die Interviewtexte einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring unterzogen werden, wobei zunächst die Kerninhalte identifiziert und diese anhand induktiv gewonnener Codes ausgewertet werden sollen.²⁶

Fazit und Ausblick

Angesichts einer ethnisch, religiös-weltanschaulich und kulturell zunehmend heterogenen Ge-

Studie wurden den Teilnehmenden von Fokusgruppen Fotos verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gezeigt und gefragt, wie nah oder fern die Befragten den jeweiligen Gruppen stehen, vgl. Kerker, Nina et al.: Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens – NDM 2023, FoDEX-Studie 13, Göttingen 2023, S. 19, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2408>.

26 Vgl. Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2015, S. 69–90.

sellschaft und eines wachsenden muslimischen Bevölkerungsanteils stellt die Frage nach der Demokratiewahrnehmung von in Deutschland lebenden Muslim*innen ein Forschungsdesiderat dar. Zwar ist bekannt, dass das Konzept Demokratie und liberale Freiheitsrechte unter ihnen auf ähnlich starke Zustimmung stoßen wie in der Gesamtbevölkerung, jedoch deuten einige Studien auf eine stärkere Neigung eines Teils der muslimischen Bevölkerung zu autoritären Einstellungen und moralischer Demokratiekritik hin. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, dass die muslimische Bevölkerung in Deutschland ethnisch, kulturell, sprachlich sowie sozioökonomisch sehr heterogen ist und sich durch die Zuzugsbewegungen der letzten zehn Jahre deutlich verändert hat. Insbesondere die Unterschiede zwischen den seit 2015 hinzugekommenen Gruppen und den türkeistämmigen Muslim*innen, bei denen die jüngeren Alterskohorten fast ausschließlich bereits mindestens der zweiten in Deutschland geborenen Generation angehören, oft Deutsch als Muttersprache sprechen und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, müssen berücksichtigt werden. Unsere Studie soll dazu beitragen, unterschiedliche Formen der Demokratiewahrnehmung in der heterogenen Gruppe junger muslimischer Menschen zu identifizieren und zu eruieren, welche Dimensionen der Demokratie für sie im Vordergrund stehen.

Literatur:

- Behr, Harry Harun: DITIB Jugendstudie 2021. Lebensweltliche Einstellungen junger Muslim:innen in Deutschland, Jugendforschung, Weinheim 2022.
- Bilodeau, Antoine/McAllister, Ian/Kanji, Mebs: Adaptation to Democracy among Immigrants in Australia, in: *International Political Science Review*, Jg. 31 (2010), H. 2, S. 141–165, <https://doi.org/10.1177/0192512110364737>.
- Brettfeld, Katrin und Wetzels, Peter: Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt. Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen, hg. v. Bundesministerium des Inneren, Hamburg 2007, <http://doi.org/10.15496/publikation-4432>.
- Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Überblick und erste Ergebnisse, Bd. 29, Forschungsbericht / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), Nürnberg 2016.
- Foa, Roberto Stefan und Mounk, Yascha: The Signs of Deconsolidation, in: *Journal of Democracy*, Jg. 28 (2017), Nr. 1, S. 5–15. <https://doi.org/10.1353/jod.2017.0000>.
- Freytag, Ronald: Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen, 16.08.2016, URL: <https://ec.europa.eu/migrant-integration/library-document/fluechtlinge-2016-studie-der-hmkw-zu-demokratieverstaendnis-und-de> [eingesehen am 22.08.2023].
- Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Kreikenborn, Henry/Wagner, Wolfgang: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, hg. v. Bundesministerium des Innern, Berlin 2011, <http://doi.org/10.15496/publikation-4271>.
- Harfst, Philipp: Was genau erfragen wir eigentlich, wenn wir nach 'Demokratiezufriedenheit' fragen?, *Demokratie-Dialog* H. 12/2023, S. 4–13, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2367>.
- Kerker, Nina/Kuhlmann, Lucas/Marg, Stine/Munderloh, Annemieke/Schmitz, Christopher: Deutungsmuster, Mentalitäten und kollektive Identitäten im ländlichen Raum Niedersachsens – NDM 2023, FoDEX-Studie 13, Göttingen 2023, <https://doi.org/10.17875/gup2023-2408>.
- Klevesath, Lino/Munderloh, Annemieke/Sprengeler, Joris/Grahmann, Florian/Reiter, Julia: Radikalislamische YouTube-Propaganda. Eine qualitative Rezeptionsstudie unter jungen Erwachsenen, Bielefeld 2021, <https://doi.org/10.1515/9783839456484>.
- Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim 2015.
- Müssig, Stephanie: Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse, korr. Aufl., Wiesbaden 2021, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-30415-7>.
- o.V.: Experte über Erdogan-Unterstützung in Deutschland: Wahlen haben keine Aussagekraft über Integration, in: *web.de*, 25.05.2023, URL: <https://web.de/magazine/politik/erdogan-unterstuetzung-deutschland-wahlen-aussagekraft-integration-38248868> [eingesehen am 15.08.2023].
- o.V.: Germany Election Results 2nd Round 2023 – Türkiye Presidential Election, in: *Yeni Şafak*, 29.05.2023, URL: <https://www.yenisafak.com/en/secim-cumhurbaskan->

ligi-2023-2-tur/yrurtdisi-almanya-secim-sonuclari [eingesehen am 15.08.2023].

Pickel, Gert: Weltanschauliche Vielfalt und Demokratie, in: Bertelsmann Stiftung, 11.07.2019, <https://doi.org/10.11586/2019032>.

Rohe, Mathias: Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, 3. aktualisierte und erw. Aufl., München 2011.

Schier, Mike: Deutsch-Türken feiern Erdogan. Ein bitteres Zeugnis schlechter Integration, in: Merkur, 20.05.2023, URL: <https://www.merkur.de/politik/tuerkei-wahl-deutsch-tuerken-feiern-erdogan-bitteres-zeugnis-schlechter-integration-92311331.html> [eingesehen am 15.08.2023].

Siegert, Manuel: Die Religionszugehörigkeit, religiöse Praxis und soziale Einbindung von Geflüchteten, BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 09.07.2020, URL: https://www.BAMF.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse2-2020_iab-bamf-soep-befragung-religion.html?nn=283560 [eingesehen am 22.08.2023].

Statistisches Bundesamt: Ausländische Bevölkerung am 9.5.2011 in Deutschland nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht, 10.04.2014, URL: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-staatsangehoerigkeit-pdf.pdf?__blob=publicationFile [eingesehen am 15.08.2023].

Statistisches Bundesamt: Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht und ausgewählten Staatsangehörigkeiten, 01.06.2023, URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-geschlecht.html> [eingesehen am 15.08.2023].

White, Stephen/Nevitte, Neil/Blais, André/Gidengil, Elisabeth/Fournier, Patrick: The Political Resocialization of Immigrants. Resistance or Lifelong Learning?, in: Political Research Quarterly, Jg. 61 (2008), H. 2, S. 268–281, <https://doi.org/10.1177/1065912908314713>.



Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Rechts- radikalismus

Jaensch, Lena (2023):
„Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Potenzial rechtsradikaler Parteien. Wie die AfD Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgreift“
In: Demokratie-Dialog 13 (2023) S. 54–61.
doi: 10.17875/gup2023-2460

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Potenzial rechtsradikaler Parteien

Wie die AfD Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgreift

Lena Jaensch

„Frau rassistisch beleidigt: Berliner AfD-Politiker Borrmann vor Gericht“¹ oder „AfD-Politikerin warnt vor ‚entarteter Regenbogenvielfalt‘“² – so schrieben die *Berliner Zeitung* und *Queer*. Die öffentliche Kommunikation der AfD, eine in Teilen

als eindeutig rechtsextrem eingestufte Partei³, weist – so zeigen die Beispiele – mehrere Komponenten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) auf. In welchem Ausmaß finden jedoch diese Haltungen explizit Eingang in die politische Programmatik der AfD?

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit Elementen der GMF im AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021. Sein Schwerpunkt liegt ausschließlich auf den politischen Angeboten der AfD, wie sie im Wahlprogramm festgehalten werden. Andere Äußerungen, etwa via Social Media oder in Reden, werden nicht einbezogen. Wahlprogramme sind, verglichen mit anderen Äußerungen, zwar oft weniger radikal und

1 Häußler, Maria: Frauen rassistisch beleidigt: Berliner AfD-Politiker Borrmann vor Gericht, in: *Berliner Zeitung*, 18.01.2023, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/news/frau-rassistisch-beleidigt-berliner-afd-politiker-kai-borrmann-vor-gericht-li.308293> [eingesehen am 03.08.2023].

2 Blech, Norbert: AfD-Politikerin warnt vor „entarteter Regenbogenvielfalt“, in: *Queer*, 11.11.2021, URL: https://www.queer.de/detail.php?article_id=40200 [eingesehen am 03.08.2023].

3 Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin 2023, S. 88.

explizit. Dies macht sie aus wissenschaftlicher Sicht sehr wertvoll. Wahlprogramme sind innerparteilich ausgehandelte, bewusst beschlossene Dokumente, mit denen die Partei sich nach außen darstellt. Eben weil es hier am wenigsten wahrscheinlich ist, dass Elemente der GMF offiziell verankert sind, kann bei entsprechenden Befunden auf die Existenz tiefsitzender Ideologieelemente geschlossen werden.

Der Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde vom Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer Anfang dieses Jahrtausends⁴ eingeführt und erfreut sich seitdem großer Beliebtheit. Mit der Entwicklung des Konzeptes sollte eine Erklärung der gesellschaftlichen Zustände geleistet werden, wobei es darum geht, Prozesse und Veränderungen im Umgang mit benachteiligten Gruppen in der Öffentlichkeit zu identifizieren.

In diesem Kontext wird die Ebene eines Feindschaftsverhältnisses zwischen Einzelpersonen verlassen und die Menschenfeindlichkeit gegenüber Gruppen konkretisiert. Werden Personen wegen ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig angesehen, erfahren sie Anfeindungen und Ausgrenzungen. In diesem Fall wird von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gesprochen.⁵ Die Grundkonzeption besteht aus sieben Elementen: Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Heterophobie, Islamophobie, (die Verteidigung von) Etabliertenvorrechten⁶ und Sexismus.⁷ Eine

Besonderheit des Konzeptes ist, dass es nicht nur eine Erklärung für die Diskriminierung von Menschen fremder Herkunft liefern kann, sondern auch Anfeindungen gegenüber Menschen, deren Verhaltensweisen und Lebensstile von der gesellschaftlichen „Norm“ abweichen, einbezieht. Letztlich werten Mitglieder der Gesellschaft andere Mitglieder der Gesellschaft als „ungleichwertig“ ab und sehen sie nicht mehr als gleichberechtigt an. Im Folgenden werden die Kernelemente des GMF-Konzeptes kurz vorgestellt und daraufhin untersucht, inwieweit sie sich im AfD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 finden lassen.

Rassismus

Wie die oben zitierte Schlagzeile der *Berliner Zeitung* verdeutlicht, äußern sich einige AfD-Mitglieder offen rassistisch. Im Rahmen der GMF beschreibt das Element Rassismus eine Ungleichheit, die zwischen Gruppen durch die Konstruktion einer „natürlichen“ Höherwertigkeit der eigenen Gruppe hergestellt wird.⁸ In diesem Kontext wird in Deutschland vor allem die Überlegenheit von Personen mit deutscher Abstammung behauptet. Im hier analysierten AfD-Wahlprogramm von 2021 werden implizit rassistische Narrative verfolgt und mit Debatten um eine deutsche Identität verflochten. Dies schlägt sich beispielsweise in der klaren Trennung zwischen „deutscher“ Identität und der anderer Gruppen nieder. „Deutsche Leitkultur statt ‚Multikultu-

4 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main 2002.

5 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004, in: Deutsche Zustände, H3/2005, S.13–34, hier S. 5f.

6 Das GMF-Element Verteidigung von Etabliertenvorrechten ist kein Teil der Analyse.

7 Das Konzept wurde mittlerweile um die Elemente Antiziganismus, Abwertung von Asylbewerber:innen und geflüchteten Menschen, Trans* Menschen, wohnungslosen Menschen, Menschen mit Behinderung

und langzeitarbeitslosen Menschen erweitert. Die Weiterentwicklung beruht größtenteils auf einer differenzierten Messung innerhalb des Elements Heterophobie, vgl. Zick, Andreas et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Zick, Andreas et al. (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 33–82, hier S. 37.

8 Vgl. Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 6.

ralismus“ (158⁹) lautet zum Beispiel die Überschrift im Kulturabschnitt des Wahlprogramms. Auch wenn expressis verbis keine Höherstellung erfolgt, ist die Sicherung der „deutschen Kultur“ ein Anliegen der AfD. Dies verfolgt sie auf zwei Arten – über die Staatsbürgerschaft und über Leitkultur (96f.; 101f.).

Die deutsche Staatsangehörigkeit wird zum Symbol des Deutschseins erhöht. Die Überschrift „Die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein kostbares Gut“ (101) leitet die politische Forderung nach einer Rückkehr zum Abstammungsprinzip ein. Die AfD spricht sich damit konsequent gegen das mittlerweile eingeführte Geburtsortprinzip aus, denn es verringert in ihren Augen angeblich den Wert des deutschen Passes, da es Menschen möglich werde, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, ohne ein deutsches Elternteil zu haben. Die AfD erklärt in ihrem Wahlprogramm: „Die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit soll als Erfolg eigener Anstrengung erlebt werden und die Betroffenen mit Stolz erfüllen“ (101). Das hätte zur Folge, dass Menschen ohne deutsche Eltern etwas für den Pass leisten müssten, wie zum Beispiel einen Einbürgerungstest, obwohl sie am gleichen Ort geboren sind. Der Gruppe mit dem deutschen Pass würden mehr Rechte zuteil als diesen anderen Menschen.

Im Teil des Wahlprogrammes, der sich mit Kultur beschäftigt, wird vor allem eine deutsche Leitkultur hervorgehoben. Eine spezifisch deutsche, identitätsstiftende Kultur sei „eng verbunden mit dem Christentum, der Aufklärung, unseren künstlerischen und wissenschaftlichen Werken“ (158). Ein Wunsch der Partei ist es, dass das „deutsche Kulturgut“ wieder verstärkt im Unterricht vermittelt und dadurch Heimatliebe und Traditionsbewusstsein gefördert werden (152). Dieser Wertekonsens wird als identitätsbildend und als Unterscheidungsmerkmal zu nicht-deutschen Menschen angesehen (158).

9 Im Folgenden werden für einen besseren Lesefluss die Seitenzahlen des AfD-Wahlprogramms direkt im Text in Klammern vermerkt.

Die genannte deutsche Leitkultur wird direkt als Merkmal zur Abgrenzung zu anderen Gruppen genutzt, was darauf abzielt, eine Ungleichheit zu erreichen.

Fremdenfeindlichkeit

Fremdenfeindlichkeit, welche in manchen Auslegungen der GMF auch als Ausländerfeindlichkeit angegeben wird, begründet die Abwertung von Menschen mit Migrationshintergrund. Wobei die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ nicht klar im Konzept definiert ist und unterschiedliche Personen betreffen kann.

Analytisch begründet wird dieses GMF-Element mit Angst und einer wahrgenommenen Bedrohung, in einen Konkurrenzkampf um knappe Ressourcen zu geraten.¹⁰ Es besteht die Befürchtung, Ressourcen wie Wohnraum oder Arbeit an Personen mit Migrationshintergrund zu verlieren. Zudem werden kulturelle Differenzen ebenfalls als Gefahr und Angriff auf die beschriebene Leitkultur wahrgenommen. Fremdenfeindliche Einstellungen entstehen vor allem gegenüber Menschen, die von den kulturellen Normvorstellungen des eigenen Landes abweichen. In Deutschland sind diese Vorurteile vorwiegend gegen Personen aus dem muslimischen Kulturkreis gerichtet.¹¹

Der gefürchtete Konkurrenzkampf um materielle Ressourcen wird explizit im AfD-Wahlprogramm aufgegriffen und an mehreren Stellen zur Begründung der eigenen politischen Forderungen genutzt. Die Partei fordert eine Zurücknahme der Sozialleistungen für Asylbewerber:in-

10 Vgl. Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 6.

11 Vgl. Steinbeißer, Dominik et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2013, S. 8, <https://doi.org/10.5282/ubm/epub.22206>.

nen und asylanerkannte Personen. Sie schreibt: „Die Asylanererkennung führt zu einer sofortigen Gleichstellung in allen sozialen Sicherungssystemen, ohne jede vorangegangene Teilnahme am Solidarsystem. Das ist sozial ungerecht“ (96). Weiterhin soll die Berechtigung von EU-Ausländer:innen zur Grundsicherung stark reguliert und eingegrenzt werden (118). Letztlich lässt sich an diesen Forderungen erkennen, dass nur Personen ohne Migrationshintergrund einen Anspruch auf mehr Sozialleistungen haben sollten. Es findet eine klare Gruppentrennung hinsichtlich der geforderten Verteilung von Ressourcen statt und es wird eine soziale (und gleichzeitig fremdenfeindlich grundierte) Hierarchie der Ansprüche gebildet.

Antisemitismus

Antisemitismus beruht innerhalb des Konzepts der GMF auf Vorurteilen gegenüber jüdischen Menschen. In Abgrenzung zum GMF-Element Fremdenfeindlichkeit drückt sich Antisemitismus darin aus, dass der jüdischen Bevölkerung die Schuld an Fehlentwicklungen oder Katastrophen zugeschrieben wird.¹² Solche Einstellungen basieren meist auf der Annahme, dass jüdische Menschen in Deutschland zu viel Einfluss hätten.¹³ Allerdings möchte es die AfD aktiv vermeiden, in der Öffentlichkeit als antisemitische Partei gesehen zu werden, weshalb das Thema im Bundeswahlprogramm ausgespart wurde.¹⁴

12 Vgl. Steinbeißer et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, S. 8.

13 Vgl. Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 10.

14 Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus der politikwissenschaftlichen Perspektive, Wiesbaden 2019, S. 19, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25180-2>. Betrachtet man die AfD jedoch über offizielle Parteiprogramme hinaus, findet zum Teil keine Abgrenzung zu antisemitischen Aussagen von Parteimitgliedern statt.

Heterophobie

Ein weiterer Bestandteil der GMF ist das Element der Heterophobie. Im Anfangsmodell von Heitmeyer werden darunter alle Verhaltensweisen und Lebensstile gefasst, welche von der gesellschaftlichen „Norm“ abweichen.¹⁵ In neuen Studien wird der umfassende Begriff untergliedert in die Abwertung Homosexueller, von Menschen mit Behinderung, von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen.¹⁶ In ihrem Wahlprogramm zeichnet die AfD ein klares Bild der von ihr gewünschten Gesellschaft und legt somit eine Norm, welche stark durch wertkonservative Anschauungen geprägt ist, fest. Sie vertritt also eine Partei-Ideologie, welche aus einer Sammlung normativer Vorstellungen bezüglich der Menschen und der Organisation der Gesellschaft besteht.¹⁷ Das Besondere ist, dass alles, was von dieser im Wahlprogramm festgelegten Norm abweicht, herabgesetzt wird.

Das AfD-Programm beinhaltet zum Beispiel einen ganzen Abschnitt zu Familienpolitik, der die Familie als heterosexuelle (Klein)familie festschreibt: „Die AfD bekennt sich zur Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft. Sie besteht aus Vater, Mutter und Kindern“ (104). Alternative Familienformen, welche zum Beispiel aus zwei gleichgeschlechtlichen Elternteilen bestehen, werden abgelehnt. Nicht nur Menschen, die Teil einer nicht-„traditionellen“ Familie sind, werden abgewertet, sondern auch die Lebensweise ohne Kinder. Die AfD schreibt: „Der Gedanke einer vorrangigen ‚Selbstverwirklichung‘ hat dazu geführt zugunsten von Einkommen und Karriere Kinderwünsche zurückzustellen oder gänzlich aus der eigenen Lebensplanung zu verdrängen“ (104).

15 Vgl. Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, S. 6.

16 Vgl. Steinbeißer et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, S. 8.

17 Vgl. Mudde, Cas: The ideology of the extreme right, Manchester 2002, S. 19.

Ein explizites Ziel der Familienpolitik der Partei ist es, höhere Geburtenraten in Deutschland zu erreichen. In diesem Politikfeld schlägt sich die von der AfD vorgenommene Unterteilung in Gruppen (mit Migrationshintergrund und ohne; heterosexuelle Kleinfamilie und alle anderen) ebenfalls nieder. Finanzielle Auswirkungen sollen alle zu spüren bekommen, die nicht Teil der normierten Familie nach den Vorstellungen der AfD sind.

Mit der Einführung eines Ehe-Start-Kredits sollen Verheiratete unterstützt werden; für jedes geborene eheliche Kind sieht die AfD einen Teilerlass des Kredites vor (107f.). Menschen, welche nicht heiraten möchten, nicht verheiratet sind oder keine Kinder bekommen können oder wollen, würden dementsprechend keine finanzielle Unterstützung erhalten.

Das AfD-Wahlprogramm weist zudem Inhalte auf, die sich (implizit) gegen LGBTQIA*-Personen richten. Es spricht sich zum Beispiel gegen Leihmutterchaften aus (112), wodurch vor allem Menschen der LGTBQIA*-Community benachteiligt werden, da dies oft ihr einziger Weg zu einem eigenen Kind ist. Die Partei fordert zudem, dass Kinder ohne die Aufklärung über verschiedene sexuelle Identitäten aufwachsen sollen, da die AfD fürchtet, eine solche könne die Kinder „massiv in ihrer Entwicklung stören“ (114). Mit diesem Ansatz wird Heterosexualität höherwertig gegenüber den anderen sexuellen Orientierungen gestellt. Auch wenn sich die Partei nicht offen gegen andere sexuelle Orientierungen ausspricht, wertet sie diese in dem Sinne ab, dass sie ihrer Ansicht nach nicht zur gesellschaftlichen „Norm“ gehören und sich in der Öffentlichkeit nicht darüber ausgetauscht werden solle.

Überraschend bei der Analyse des Elementes Heterophobie ist, dass sich auch Aspekte im AfD-Programm finden, welche der GMF entgegenstehen: Es findet keine Abwertung von Obdachlosen und Menschen mit Behinderungen statt. Gegenteilig dazu werden gezielte Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit

sowie mehr Arbeitsplätze mit fairer Entlohnung für schwerbehinderte Menschen gefordert (122f.). Jenseits des Wahlprogrammes zeichnet sich allerdings ein anderes Bild ab. Die AfD-Fraktion stellte zum Beispiel eine Kleine Anfrage im Bundestag, wo es um die Anzahl behinderter Menschen in Deutschland und die Rolle von Eheschließungen unter Migrant:innen ging.¹⁸ Sie bezog sich dabei auf einen Beitrag des RBB, der über das Thema Inzest am Beispiel einer jordanischen Familie berichtete.¹⁹ Zudem stellt die AfD das Leben mit Behinderung als etwas Unerträgliches dar und als etwas, was unbedingt verhindert werden sollte. Das Leben von Behinderten wird von der AfD nicht als lebenswert angesehen, so warnen achtzehn deutsche Sozialverbände.²⁰

Islamophobie

Menschenfeindliche Einstellungen im Kontext von Islamophobie stützen sich bei muslimfeindlichen Menschen vor allem auf Gefühle der Bedrohung. In Deutschland, wie auch in anderen Ländern mit großen muslimischen Communities, besteht die Tendenz, dass Muslim:innen und Ausländer:innen in der gesellschaftlichen Betrachtung oft gleichgesetzt und nicht als „in-

18 Deutscher Bundestag (2018): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD (Bundestagsdrucksache 19/1623, 12.04.2018, Berlin).

19 o.V.: Die Cousine als Ehefrau – behinderte Kinder aus Verwandtenehen, in: Kontraste RBB, 31.07.2008, URL: https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/migration_integration/die_cousine_als_ehefrau.html [eingesehen am 20.08.2023].

20 Schulte von Drach, Markus: „Die AfD wertet das Leben von Behinderten als nicht lebenswert ab“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.04.2018, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/sozialverbaende-die-afd-wertet-das-leben-von-behinder-ten-als-nicht-lebenswert-ab-1.3956029> [eingesehen am 03.08.2023].

tegrale[r] Bestandteil der einheimischen Mehrheitsgesellschaft“ angesehen werden.²¹ Somit können ablehnende Einstellungen gegenüber der Gruppe von Muslim:innen aufgrund ihrer Kultur und Religion gehegt werden, aber auch „nur“ aufgrund ihrer vermeintlichen Fremdheit innerhalb der Mehrheitsgesellschaft.²²

Die AfD widmet dem Islam in ihrem Wahlprogramm ein ganzes Kapitel. Eindrückliche Forderungen wie ein Verbot der Zuwanderung von Muslim:innen nach Deutschland aufgrund einer Angst vor „Überfremdung“ im eigenen Land werden jedoch nicht gestellt. In dem Abschnitt des Programms wird deutlich, dass Muslim:innen in Deutschland von der AfD nur toleriert werden, wenn sie sich integrieren und der Grundordnung und den Grundrechten des Landes folgen (84). Muslimische Menschen würden erst als Teil der Gesellschaft gesehen werden, wenn sie alles, was sie und ihre Kultur ausmache, ablegten. Muslimische Predigten sollten auf Deutsch gehalten werden und das Tragen von religiösen Gewändern wie der Burka solle in der Öffentlichkeit verboten werden (85f.). Im Endeffekt spiegeln diese Forderungen genau die Angst und jene Bedrohungsgefühle wider, auf denen menschenfeindliche Aussagen basieren. Das „Fremde“, sei es eine andere Sprache, Kleidung oder religiöse Symbole, soll (zumindest aus der Öffentlichkeit) verschwinden.

Dieses Ziel eines homogenen Staates ohne ethnische und kulturelle Minderheiten ist unter Ethnic Nationalism bekannt.²³ Ohne sich aktiv gegen die Gruppe der Muslim:innen auszusprechen, entspricht die Stoßrichtung dieser AfD-Forderungen genau den Wünschen von muslimfeindlichen Menschen. Das GMF-Element

Islamophobie ist zudem eng mit dem der Fremdenfeindlichkeit verknüpft, da sowohl Muslim:innen als auch als solche wahrgenommene Ausländer:innen der GMF ausgesetzt sind.

Sexismus

Das letzte Element von GMF ist Sexismus. Ausgehend von einem binären Geschlechtersystem wird Männern aufgrund ihrer biologischen Merkmale eine Überlegenheit gegenüber Frauen attestiert. Daraus folgend wird eine gleichwertige Partizipation von Frauen in allen Lebensbereichen abgelehnt.²⁴ Das AfD-Wahlprogramm enthält die Formulierung: „das Geschlecht ist eine biologische Tatsache“ (114). Hier wird ein Festhalten am binären Geschlechtersystem statuiert und damit einhergehende direkte (kulturelle) Verhaltensweisen durch das biologische Geschlecht definiert (114).

Die Rolle der Frau als Mutter wird besonders hervorgehoben. Die „Würdigung traditioneller Lebensentwürfe und die Wertschätzung der Lebensleistung von Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen“ soll gestärkt werden (115). Die AfD lehnt eine Quotenregelung, die den ungleichen Zugang zum Arbeitsmarkt aufgrund der Diskriminierung von Frauen ausgleichen soll, ab. Sie schreibt: „Frauenquoten betrachten wir dementsprechend nicht als fortschrittlich. Sie stellen eine Form der Diskriminierung dar und verfestigen das Bild, dass ein erfülltes und anerkanntes Leben für Frauen nur durch eine berufliche Karriere erreicht werden könne“ (115). Das Beispiel der Quotenregelung illustriert, dass die Partei von grundsätzlichen Unterschieden zwischen Männern und Frauen ausgeht, welche nicht behoben werden müssen. Allein in der Unterscheidung zwischen den beiden Geschlechtskategorien mit unterschiedlichen Merkmalen kann Sexismus erkannt

21 Vgl. Steinbeißer et al: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, S. 8.

22 Ebenda.

23 Bar-On, Tamir: The radical right and nationalism, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): The Oxford handbook of the radical right, New York 2018, S. 17–41, hier S. 21, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190274559.013.2>.

24 Vgl. Steinbeißer et al: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, S. 7.

werden. Zudem wenden sich die familienpolitischen Forderungen der AfD vorrangig an Frauen, die angeregt werden, sich für traditionellere Lebensentwürfe mit Familiengründung und Kindererziehung zu entscheiden (115). Diese Forderung, der zufolge die Verantwortung für Kinder bei Frauen liegt, ist als klassisch reaktionär-konservativ einzustufen. Dass sich genauso gut Männer oder Personen, welche sich nicht im binären Geschlechtssystem einordnen, gegen Karriere und für Kindererziehung entscheiden könnten, wird nicht berücksichtigt.

Ein düsterer Blick in die Zukunft?

GMF ist anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft.²⁵ In unsicheren Zeiten gesellschaftlicher Veränderung kann die Bildung von Outgroups identitätsstiftend wirken und das Aufrechterhalten von Vorurteilen ein Sicherheitsgefühl geben. Zudem wird eine Legitimation gebildet, um als Ingroup in ökonomischen Krisen mehr Rechte und Ressourcen als andere Menschen zu beanspruchen.²⁶ Das Gefährliche ist, dass die Kategorisierung von Menschen in Gruppen mit unterschiedlicher Wertigkeit durch die AfD positiv und rechtfertigend inszeniert wird und dazu beiträgt, dass GMF in der Gesellschaft stabilisiert wird.

Mit der Aufnahme von GMF-Elementen in ihr politisches Programm positioniert sich die AfD für ihre Wähler:innenschaft und eine angenommene deutsche und heteronormative In-Group. So greift die AfD Vorurteile auf, die innerhalb der Gesellschaft weit verbreitet sind und instrumentalisiert sie für ihren (elektoralen) Erfolg.

Literatur und Quellen:

Alternative für Deutschland: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, 2021.

Bar-On, Tamir: The radical right and nationalism, in: Rydgren, Jens (Hrsg.): The Oxford handbook of the radical right, New York 2018, S. 17–41, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190274559.013.2>.

Blech, Norbert: AfD-Politikerin warnt vor „entarteter Regenbogenvielfalt“, in: Queer, 11.11.2021, URL: https://www.queer.de/detail.php?article_id=40200 [eingesehen am 03.08.2023].

Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2022, Berlin 2023.

Häußler, Maria: Frauen rassistisch beleidigt: Berliner AfD-Politiker Borrman vor Gericht, in: Berliner Zeitung, 18.01.2023, URL: <https://www.berliner-zeitung.de/news/frau-rassistisch-beleidigt-berliner-afd-politiker-kai-borrmann-vor-gericht-li.308293> [eingesehen am 03.08.2023].

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Frankfurt am Main 2002.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004, in: Deutsche Zustände, H.3/2005, S. 13–34.

Mudde, Cas: The ideology of the extreme right, Manchester 2002, <https://doi.org/10.7228/manchester/9780719057939.001.0001>.

o.V.: Die Cousine als Ehefrau – behinderte Kinder aus Verwandtenehen, in: Kontraste RBB, URL: https://www.rbb-online.de/kontraste/ueber_den_tag_hinaus/migration_integration/die_cousine_als_ehefrau.html [eingesehen am 20.08.2023].

Pfahl-Traughber, Armin: Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus der politikwissenschaftlichen Perspektive, Wiesbaden 2019, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-25180-2>.

Schulte von Drach, Markus: „Die AfD wertet das Leben von Behinderten als nicht lebenswert ab“, in: Süddeutsche Zeitung, 23.04.2018, URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/sozialverbaende-die-afd-wertet-das-leben-von-behinderten-als-nicht-lebenswert-ab-1.3956029> [eingesehen am 03.08.2023].

Steinbeißer, Dominik/Bader, Felix/Ganser, Christian/Schmitt, Laila: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München. Forschungsbericht des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München, München 2013, <https://doi.org/10.5282/ubm/epub.22206>.

Zick, Andreas/Krause, Daniela/Berghan, Wilhelm/Küpper, Beate: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 33–82.

25 Vgl. Zick, Andreas et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2016, in: Zick, Andreas et al. (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 33–82, hier S. 34.

26 Vgl. Steinbeißer et al.: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München, S. 49.



Lena Jaensch, geb. 1999, studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Jura und Politikwissenschaften. Seit Januar 2023 arbeitet sie als studentische Mitarbeiterin im Fachbereich Digitale Öffentlichkeit in der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen (FoDEx) am Institut für Demokratieforschung.

Jasser, Greta (2023) „Anti-feminismus und LGBTQIA*-Feindlichkeit als Brückennarrative der Radikalen Rechten“ In: Demokratie-Dialog 13 (2023) S. 62–69.
doi: 10.17875/gup2023-2461

Antifeminismus und LGBTQIA*-Feindlichkeit als Brückennarrative der Radikalen Rechten

Greta Jasser

Der Monat Juni ist Pride Month, seit den 1970er Jahren auch in Deutschland.¹ Die in diesem Monat abgehaltenen Pride Parades und Christopher Street Days der LGBTQIA* (Lesbian, Gay, Transsexual, Bisexual, Queer, Intersexual und Asexual)-Community sollen Sichtbarkeit und Öffentlichkeit herstellen sowie zur sozialen und zur Selbst-Akzeptanz beitragen. Zudem fordert die Community auf den Veranstaltungen ihre Rechte ein. Die Mediziner Abhinav Tandon und Sathyanarayana Rao fassen die zentralen Werte des Pride

Month im *Journal of Psychosexual Health* wie folgt zusammen: „Pride is celebration of diversity, equality, unity, and freedom“.² Die Paraden changieren zwischen Straßenfest und Demonstration, zwischen der Feier von Lebensentwürfen und Geschlechteridentitäten und der Äußerung politischer Forderungen nach Gleichheit.

Vor diesem Hintergrund fand im Juni 2023 online – vornehmlich auf *Twitter* – eine Gegenkampagne statt: Twitter-User*innen mit rechten Einstellungen nutzten den Pride Month, um ihrerseits den „#Stolzmonat“ ins Leben zu rufen. Was nach einer reinen Übersetzung klingt, ist als konkurrierende Persiflage des Pride Month

1 Ich bedanke mich bei Leander Fricke und Dominik Hammer für die hilfreichen Kommentare zu diesem Beitrag.

2 Vgl. Tandon, Abhinav/Rao, T. S. Sathyanarayana: Pride Parades, in: *Journal of Psychosexual Health*, Jg. 3 (2021), H. 3, S. 209–211, hier S. 209.

zu verstehen. Unter diesem Hashtag wurden Inhalte verbreitet, die gleichermaßen nationalistisch wie LGBTQIA*-feindlich waren.

Die Kampagne bestand unter anderem aus verschiedenen Memes – also Bildern oder Phrasen, die in den sozialen Medien geteilt, adaptiert und verbreitet werden³ –, die zum Beispiel „Stolz statt Pride“ proklamierten. Deutschland-Flaggen mit Slogans wie „Make Germany Stolz Again“ gehörten zu den am häufigsten geteilten Grafiken. Ein zentraler Bestandteil der Kampagne war außerdem das Erstellen von Profilbildern mit Nationalfarben im Hintergrund – für fast jede Nation ließ sich ein angepasstes Hintergrundbild generieren. Jedoch nicht in der gewohnten Darstellungsweise, sondern angelehnt an die Regenbogen-Fahne der LGBTQIA*-Bewegung in sieben Farben abgestuft.

Während die „#Stolzmonat“-Kampagne von den landesweiten Medien weitgehend unbeachtet blieb und außerhalb des Internets wenig Resonanz erzeugte, wurde auf rechten Accounts verschiedener Social-Media-Plattformen der Erfolg des Hashtags und der „Mitmach-Kampagne“ als Triumph einer Graswurzelbewegung gefeiert: „Ein Erfolg.#Stolzmonat“, befand etwa der YouTube-Kanal „Clownswelt“, schreibt die *Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz«*⁴, die die Kampagne untersucht hat.

Die Journalistin Veronika Kracher, die für die Amadeu-Antonio-Stiftung antifeministische Strömungen erforscht, geht jedoch davon aus,

dass es sich beim „#Stolzmonat“ um eine sogenannte „Astroturf“-Kampagne gehandelt hat. Also um eine politische Aktionsform, die den Anschein einer Graswurzelbewegung erweckt, allerdings stattdessen von Parteien o.ä. organisiert und/oder finanziert wird.⁵ Die Analyse der Bundesarbeitsgemeinschaft wies ebenfalls eine künstliche Verbreitung des Hashtags nach: Knapp über 2.000 Accounts, die insgesamt „für 122.380 Tweets, Retweets oder Replies verantwortlich“⁶ waren, wurden erst kurz vor oder im Juni erstellt. Dies lässt auf eine vorangegangene Koordinierung und die Nutzung sogenannter „Sock-Puppet“-Accounts schließen. Solche anonymen Social-Media-Konten werden zum Beispiel genutzt, um Online-Kampagnen populärer wirken zu lassen als sie tatsächlich sind.⁷ Die Vermutung liegt nahe, dass die von der Bundesarbeitsgemeinschaft ermittelten Accounts einzig für die Verbreitung der „#Stolzmonat“-Kampagne angelegt wurden.

Ob ungeachtet oder aufgrund der künstlichen Amplifizierung – die Kampagne hatte durchaus digitale Breitenwirkung, die insbesondere durch prominente AfD-Accounts hergestellt wurde.⁸ Besonders aktiv und früh beteiligten sich unter anderem Björn Höcke, der offizielle Bundes-AfD-Twitter-Account sowie die meis-

3 Vgl. Johann, Michael/Bülow, Lars: Politische Internet-Memes: Erschließung eines interdisziplinären Forschungsfeldes, in: Bülow, Lars/Johann, Michael (Hrsg.): Politische Internet-Memes. Theoretische Herausforderungen und empirische Befunde, Berlin 2019, S. 13–40, hier S. 13.

4 Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz«: Business as Unusual. Das Management der digitalen Empörung, in: machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net, Sommer 2023, URL: <https://machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net/ausgaben/ausgabe-3/> [eingesehen am 26.07.2023].

5 Vgl. Kracher, Veronika: #Stolzmonat – Rechtsradikale Social Media Kampagne gegen den Pride Month, in: amadeu-antonio-stiftung.de, URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/stolzmonat-rechts-radikale-social-media-kampagne-gegen-den-pride-month-100133/> [eingesehen am 20.06.2023].

6 Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz«: Business as Unusual.

7 Vgl. Borra, Erik et al.: Mapping troll-like practices on twitter, in: Bounegru, Liliana et al. (Hrsg.): A Field Guide to 'Fake News' and Other Information Disorders. A Collection of Recipes or Those Who Love to Cook with Digital Methods, Amsterdam 2018, S. 161–212, hier S. 162.

8 Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft »Gegen Hass im Netz«: Business as Unusual.

ten Accounts der AfD-Landesverbände.⁹ Die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl ordnet die Kampagne folgendermaßen ein: „Jedes Sichtbarmachen einer marginalisierten Gruppe wird als Angriff auf die Mehrheit gewertet. Die Kulturkampfrechte schwingt sich zu den Verteidigern dieser Mehrheit auf und begibt sich in eine Opferposition“.¹⁰ Viktimisiert werden jedoch wieder LGBTQAI*-Personen durch dezidiert homophobe und transfeindliche Beleidigungen, die unter dem Hashtag zahlreich gepostet wurden.¹¹



Abb. 1: Profilbild der AfD Niedersachsen auf X (Vormals *Twitter*). Quelle: AfD Niedersachsen: Profilbild, in: *Twitter*, URL: https://pbs.twimg.com/profile_images/1664343702641188874/ws_Z6RSD.jpg [eingesehen am 01.09.2023].

Auch aus Niedersachsen kam Zuspruch zum „#Stolzmonat“. Der hiesige Landesverband nutzte die siebenteilige Deutschlandfahne für ihr *Twitter*-Profil, obwohl der Account seit Herbst 2022 keine weiteren Aktivitäten aufweist;¹² auch die AfD-Bundestagsabgeordneten Dirk Brandes und Dietmar Friedhoff beteiligten sich an der Kampagne. Brandes änderte sein Profilbild¹³, und Friedhoff schrieb auf *Telegram*, „Schwarz Rot Gold“ sei „bunt genug“ und er beteilige sich an der „Initiative gegen den woken ‘Pride-Month’“.¹⁴

Der vorliegende Beitrag analysiert die „#Stolzmonat“-Kampagne als Teil eines Kulturkampfes, in dem sich die Radikale Rechte wähnt. In diesem Kampf vertritt sie Positionen eines nationalistisch ausgedeuteten Antifeminismus verbunden mit Anti-LGBTQIA*-Haltungen. Die Kulturkämpfer*innen versuchen, diese Positionen als Brückennarrative einzusetzen, sprich: als Erzählungen, die über Ideologien und Haltungen hinweg resonieren und gesellschaftlich breiteren Anklang finden können.

Brückennarrative und Diskursverschiebungen

Narrative sind Erzählungen. Spätestens seit dem „Narrative Turn“ in den Sozial- und Geisteswissenschaften in den 1980er Jahren werden Storytelling und Narrative ähnlich intensiv analysiert

9 Vgl. Kracher: #Stolzmonat – Rechtsradikale Social Media Kampagne gegen den Pride Month.

10 Scheffel, Sebastian: „Stolzmonat“ statt Pride Month: Wie Rechte den Kampf für Gleichberechtigung kapern wollen, in: RND – Redaktionsnetzwerk Deutschland, URL: <https://www.rnd.de/panorama/stolzmonat-wie-rechte-den-pride-month-auf-twitter-und-facebook-kapern-wollen-CZGCPDETXYGAX-NE2WCKI4LBDCQ.html> [eingesehen am 24.08.2023].

11 Vgl. Kracher: #Stolzmonat – Rechtsradikale Social Media Kampagne gegen den Pride Month.

12 Vgl. AfD Niedersachsen: Post vom 01.06.2023, in: *Twitter*, URL: <https://twitter.com/AfdNds/photohttps://twitter.com/AfdNds/photo> [eingesehen am 01.06.2023].

13 Vgl. Brandes, Dirk: Post vom 01.06.2023, in: *Twitter*, URL: <https://twitter.com/DirkBrandes74/status/1664899541294891008> [eingesehen am 10.07.2023].

14 Vgl. Friedhoff, Dietmar: Post vom 01.06.2023, in: *Telegram*, URL: <https://t.me/dietmarfriedhoff/625> [eingesehen am 10.07.2023].

wie die Handlungen politischer Akteur*innen.¹⁵ Die (politische) Narrativforschung geht davon aus, dass Sprache ein grundlegendes Medium sowohl der Politikvermittlung als auch „des Weltverstehens und Weltveränderns“¹⁶ ist. Die spezifische politische Nutzung bestimmter Narrative beeinflusst also das Verständnis der politischen Welt. Politische Narrative können, besonders wenn sie Resonanz in der Gesellschaft erzeugen, ebenso zum Weltverändern beitragen. Dieser Prozess mag vergleichsweise langsam vorstättgehen. Er drückt sich vornehmlich in einer Diskursverschiebung aus. Ein Beispiel für eine solche Verschiebung ist eine schleichende Normalisierung von rechtsradikalen Positionen, wie Michal Krzyzanowski, Professor für Informatik und Medien, sie für rassistische Positionen nachweisen konnte.¹⁷

Brückennarrative sind Narrative, die zu einem gewissen Grad ideologieunabhängig verwendet werden können. Vor allem „strukturieren [sie] Wahrnehmungsmuster, Zugehörigkeitsattributionen und Handlungsoptionen und wirken dadurch als Transmissionsriemen für Radikalisierungsprozesse.“¹⁸

Narrative können Teil einer Strategie zur Diskursverschiebung sein. Es geht konkret um graduelle Wahrnehmungsverschiebungen, beispielsweise darüber, was in politischen Ausein-

andersetzungen sagbar ist und was nicht;¹⁹ oder welche Verhaltensweisen als angemessen angesehen werden. Diskursforscherin Ruth Wodak und Kolleg*innen beschreiben letztere Verschiebung bezogen auf die Politiker Silvio Berlusconi und Donald Trump als „shameless normalisation of impoliteness“²⁰, also als eine schamlose Normalisierung von Unhöflichkeit im politischen Diskurs.

Spätestens mit den Schriften des neurechten Denkers Alain de Benoist aus den späten 1970er Jahren wurde eine Diskursverschiebung nach rechts ein erklärtes Ziel der (Europäischen Neuen) Rechten. Es soll „eine langsame Verschiebung der Mentalitäten von einem Wertesystem in Richtung auf ein anderes“²¹ erreicht werden – rechtes Gedankengut soll zur Norm erhoben werden. Inwiefern diese Strategie Erfolge verbucht, sei dahingestellt, bewegen sich die meisten Bürger*innen in Deutschland doch fest auf demokratischem Boden – über 70% der Befragten gaben zum Beispiel in der letzten „Mitte-Studie“ (2020/21) der Friedrich-Ebert-Stiftung an, sie seien überzeugte Demokrat*innen.²² Selbsteinschätzungen sind hier jedoch mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten – wer welche Form der Demokratie unterstützt, wird nicht abgefragt.

15 Vgl. Mangone, Emiliana: *Narratives and Social Change. Social Reality in Contemporary Society*, Cham 2022, S. 17.

16 Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz, Taylan: *Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie*, in: Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz,Taylan (Hrsg.): *Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis*, Wiesbaden 2014, S. 3–38, hier S. 3.

17 Vgl. Krzyzanowski, Michał: *Discursive shifts and the normalisation of racism: Imaginaries of immigration, moral panics and the discourse of contemporary right-wing populism*, in: *Social Semiotics*, Jg. 30 (2020), H. 4, S. 503–527, hier S. 503.

18 Ebd.

19 Vgl. Krzyzanowski: *Discursive shifts and the normalisation of racism*.

20 Wodak, Ruth/Culpeper, Jonathan/Semino, Elena: *Shameless normalisation of impoliteness: Berlusconi's and Trump's press conferences*, in: *Discourse & Society*, Jg. 32 (2021), H. 3, S. 369–393, hier S. 383.

21 De Benoist, Alain: *Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld 2022 [1985], hier S. 50.

22 Vgl. Küpper, Beate et al.: *Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen*, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21*, Bonn 2021, S. 43–74, hier S. 50–51.

Obwohl also der Erfolg der neurechten Strategie der Diskursverschiebung nicht überbewertet werden sollte, ist es dennoch lohnend, die Strategien an sich zu betrachten.²³ Neben Strategien wie dem „Borderline Discourse“, in der radikal rechte Aussagen mit politisch korrekter Sprache, Menschenrechtsdiskursen und quasi-akademischen Aussagen vermischt werden,²⁴ sind Brückennarrative eine Möglichkeit sowohl in die Mehrheitsgesellschaft zu wirken als auch verschiedene rechte Strömungen miteinander zu verbinden.

Brückennarrative lassen sich gleichermaßen mit Kernideologemen verknüpfen, oftmals als Erzählungen über Gruppen und Individuen, die sich zu Feindbildern stilisieren lassen.²⁵ Besonders prägnant sind Bezeichnungen wie etwa „die Juden“ oder „der Feminismus“, die sowohl bei antikapitalistischen Gruppen, Corona-Leugner*innen als auch in der Radikalen Rechten als geteilte Feindbilder fungieren.²⁶ Die Sozialwissenschaftler*innen um David Meiering untersuchen unter anderem Antifeminismus als Brückennarrativ innerhalb der Radikalen Rechten. Es verbindet christliche, neoliberale und völkische Gruppen in einer Negativ-Koalition. Lebensentwürfe, die nicht der heterosexuellen Familie entsprechen, werden aus verschiedenen Gründen abgelehnt.²⁷ Darüber hinaus haben Antifeminismus und LGBTQIA*-feindliche Hal-

tungen jedoch das Potenzial, auch über rechte Gruppe und Parteien hinaus Resonanz zu finden.

Anti-LGTBQIA* und Antifeminismus – wie anschlussfähig sind die Narrative?

Die „#Stolzmonat“-Kampagne greift Tendenz der Radikalen Rechten, aber auch anderer Teile der Gesellschaft auf, denn Geschlecht und Geschlechterpolitik durchziehen diverse Politikfelder. So eröffnet beispielsweise ein Polemisieren gegen „Genderismus“ Debatten im Bereich der Schul- und Familienpolitik. Auch Debatten um das Gendern von Sprache bieten eine Anschlussmöglichkeit.²⁸ Wegen ihrer hohen Anschlussfähigkeit sind Mobilisierungen gegen die LGBTQIA*-Community sowie Agitationen gegen queere Personen, Frauen und Feminist*innen keine Neuheit in rechten und rechtsradikalen Parteien, Gruppen und Bewegungen. Sie sind eine Möglichkeit der Rekrutierung von Personen, die sich nicht als dezidiert rechts verstehen, aber anti-feministische Haltungen haben.²⁹ Kampagnen, die sich gegen einen sogenannten „Genderismus“ richten, haben in den frühen 2000er Jahren in verschiedenen europäischen Ländern großes Mobilisierungspotenzial entfaltet; beispielsweise mit der „Manif pour Tous“ beziehungsweise der „Demo für Alle“, die sich mit dem ausgemachten Feindbild „Gender Theorie/Ideologie“ oder „Genderismus“ vornehmlich gegen gleichgeschlechtliche Ehen richtete.³⁰

23 Vgl. Pappert, Steffen et al. (Hrsg.): Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Diskurspraktiken der Neuen Rechten aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg 2021.

24 Vgl. Krzyzanowski: Discursive shifts and the normalisation of racism, S. 505.

25 Vgl. Meiering, David et al.: Brückennarrative: Verbindende Elemente in der Radikalisierung von Gruppen, in: Meiering, David et al. (Hrsg.): Brückennarrative – Verbindende Elemente in der Radikalisierung von Gruppen, Frankfurt am Main 2018, S. 10–25, hier S. 10.

26 Vgl. Meiering et al.: Brückennarrative, S. 1.

27 Vgl. Meiering et al.: Brückennarrative:

28 Vgl. Brustier, Gaël: France, in: Kováts, Eszter/Pöim, Maari (Hrsg.): Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe, Budapest 2015, S. 19–39, hier S. 29.

29 Vgl. Paternotte, David/Kuhar, Roman: Disentangling and Locating the “Global Right”: Anti-Gender Campaigns in Europe, in: Politics and Governance Jg. 6 (2018), H. 3, S. 6–19, hier S. 7.

30 Vgl. Paternotte/Kuhar: Disentangling and Locating the “Global Right”, hier S. 8.

Im Gegensatz zum klassischen Antifeminismus richtet sich der Anti-Genderismus nicht primär gegen die Frauenbewegung und ihre Forderungen, sondern gegen die Geschlechterforschung und insbesondere gegen das dekonstruktivistische Verständnis von Geschlecht, das mit dem Begriff Gender verbunden ist. Die Soziologinnen Andrea Maihofer und Franziska Schutzbach³¹ beschreiben, dass diese Reorientierung oft mit der Einordnung der Geschlechterforschung als Ideologie, dem sogenannten Genderismus und einer Ablehnung der LGBTQIA*-Community und insbesondere Transfeindlichkeit einhergeht.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich radikale, aber auch konservative Rechte³² vermehrt der Narrative des Antifeminismus und vor allem des Anti-Genderismus bedient. Maihofer und Schutzbach stellen fest, dass es bereits seit den 1990er Jahren eine Verschiebung hin zu einem Anti-Gender-Diskurs im deutschsprachigen Raum gibt.³³ Die Politikwissenschaftlerin Eszter Kováts und Kolleg*innen argumentieren, dass Gender oder besser Anti-Genderismus der „symbolic glue“,³⁴ der symbolische Kitt, ist, der die Rechte in Europa miteinander verbindet.

Antifeministische und Anti-LGBTQIA*-Haltungen durchziehen zwar die deutsche Gesellschaft, die Mehrheit teilt sie jedoch nicht. So-

wohl die „Mitte-Studie“ als auch die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ erheben die Verbreitung antifeministischer und von anti-LGBTQIA*-Einstellungen. Die „Mitte-Studie“ von 2021 befand, dass 27% der Befragten der antifeministischen Aussage „Bei der Gleichberechtigung geht es eigentlich darum, dass Frauen mehr Macht bekommen als Männer“ teilweise, eher oder ganz zustimmten.³⁵ Die jüngste „Leipziger Autoritarismus-Studie“ aus dem Jahr 2022 ergab sogar, dass „jeder dritte Mann in Deutschland ein geschlossen antifeministisches oder sexistisches Weltbild hat [...]; dasselbe gilt für jede fünfte Frau“ (je 33% und 19% der Befragten).³⁶ Antifeministische Positionen rechtsradikaler Gruppierungen und Parteien können in diesen Teilen der Gesellschaft Anklang finden. Anti-Gender-Narrative können weiterreichende Unterstützung für rechte Gruppen und Parteien generieren, besonders, wenn sie mit anderen rechten Narrativen verbunden werden.

Nicht nur Online-Kampagnen – Anti-LGBTQIA*-Attacken in Europa und den USA

Der „Stolzmonat“ ist eine Kampagne von vielen, die sich aus der Radikalen Rechten gegen Feminismus und die LGBTQIA*-Community richtet, wie die Soziologen David Paternotte und Roman

31 Vgl. Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska: Vom Antifeminismus zum „Anti-Genderismus“ – Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz, in: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Sex und Gender. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen symptomatischer Empörungen, Bielefeld 2015, S. 201–217, hier S. 204ff.

32 Vgl. Paternotte/Kuhar: Disentangling and Locating the „Global Right“, S. 7.

33 Paternotte/Kuhar: Disentangling and Locating the „Global Right“, S. 202.

34 Kováts, Eszter/ Pöim, Maari: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe [France; Germany; Hungary; Poland; Slovakia], Budapest 2015.

35 Mokoros, Nico/Rump, Maïke/Küpper, Beate: Antifeminismus: Ideologie einer „natürlichen Ordnung“ oder Verfolgungswahn?, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 246–261, hier S. 254.

36 Kalkstein, Fiona et al.: Antifeminismus und Geschlechterdemokratie, in: Decker, Oliver et al. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022, S. 245–270, hier S. 253.

Kuhar 2018 feststellten.³⁷ Kampagnen wie der „Stolzmonat“ können hier einen kleinen Beitrag zur Normalisierung LGBTQIA*-feindlicher Haltungen beitragen. Neben Gender-Themen als Mobilisierungsfaktor, wirkt sich das Ringen sowohl um gesellschaftlichen Konsens, als auch um konkrete Policies direkt auf das Leben der LGBTQIA*-Community aus.

In Großbritannien und in den USA lassen sich zunehmend auf die Legislative zielende Aktivitäten feststellen, die die LGBTQIA*-Community ins Visier nehmen. Obwohl sie nicht unbedingt von einem demoskopisch erfassbaren Mehrheitswillen getragen werden, sind die Kampagnen gut organisiert und finden Befürworter*innen in den jeweils regierenden Parteien. Die LGBTQIA*-Community leidet also bereits jetzt unter Angriffen, auch wenn Hasspositionen (noch) nicht mehrheitsfähig sind. Auch die mit den Kampagnen einhergehende Dämonisierung der Community birgt Gefahren, wie zunehmende Gewalttaten zeigen. So steigen die polizeilich erfassten Delikte gegen LGBTQIA*-Personen besonders seit den 2010er Jahren stetig an. In 2022 waren es 1005 Delikte, davon 227 Gewalttaten.³⁸

Und schließlich gilt zu berücksichtigen, dass Mehrheitsmeinungen selbst das Ergebnis von politischen Aktivitäten wie Kampagnen sind. Wie der US-amerikanische Politologe Vladimir Orlando Key schon vor Jahrzehnten feststellte: „To speak with precision about public opinion is a task not unlike coming to grips with the Holy

Ghost“.³⁹ Öffentliche Meinung ist keine klar zu umreißende, feststehende Entität. Sie ist opak und fluide und kann durch politische Aktionen wie den „Stolzmonat“ beeinflusst werden. Auch hierin liegt eine Gefahr andauernder LGBTQIA*-feindlicher Kampagnen: Dass durch die ständige Verbreitung von Falschinformationen über diese Community und durch Gesetze, die deren Mitglieder marginalisieren und ausschließen, eine mehrheitlich feindselige Stimmung gegen diese Gruppe entsteht. Zuweilen genügt es hier, politische Eliten zu beeinflussen, die materielle Verschlechterungen für LGBTQIA*-Personen gesetzlich verankern. Deswegen ist es wichtig, Anti-LGBTQIA*-Kampagnen zu untersuchen, auch wenn diese, wie im Falle von „#Stolzmonat“, kaum auf massenmediale Resonanz stießen, sondern vornehmlich ein Online-Phänomen blieb.

Quellen:

AfD Niedersachsen: Post vom 01.06.2023, in: *Twitter*, URL: <https://twitter.com/AfdNds/photohttps://twitter.com/AfdNds/photo> [eingesehen am 01.06.2023].

Brandes, Dirk: Post vom 01.06.2023, in: *Twitter*, URL: <https://twitter.com/DirkBrandes74/status/1664899541294891008> [eingesehen am 10.07.2023].

Friedhoff, Dietmar: Post vom 01.06.2023, in: *Telegram*, URL: <https://t.me/dietmarfriedhoff/625> [eingesehen am 10.07.2023].

Literatur:

BAG »Gegen Hass im Netz«: Business as Unusual. Das Management der digitalen Empörung, in: *machine-vs-rage. bag-gegen-hass.net*, Sommer 2023, URL: <https://machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net/ausgaben/ausgabe-3/> [eingesehen am 26.07.2023].

BMI: Anzahl der polizeilich erfassten Delikte gegen die sexuelle Orientierung in Deutschland von 2001 bis 2022, in: *statista.com*, 21.04.2023, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/870110/umfrage/polizeilich-erfasste-delikte-gegen-die-sexuelle-orientierung-in-deutschland/> [eingesehen am 20.07.2023].

Borra, Erik/Niederer, Sabine/Preuß, Jörn/Weltevrede, Esther: Mapping troll-like practices on twitter, in: Bounegru, Liliana/Gray, Jonathan/Venturini, Tommaso/Mauri, Michele (Hrsg.): *A Field Guide to 'Fake News' and Other Information Disorders. A Collection of Recipes or Those Who Love to Cook with Digital Methods*, Amsterdam 2018, S. 161–212.

Brustier, Gaël: France, in: Kováts, Eszter/ Pöim, Maari: *Gender as symbolic glue. The position and role of conserva-*

37 Vgl. Paternotte/Kuhar: Disentangling and Locating the “Global Right”.

38 Vgl. BMI: Anzahl der polizeilich erfassten Delikte gegen die sexuelle Orientierung in Deutschland von 2001 bis 2022, in: *statista.com*, 21.04.2023, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/870110/umfrage/polizeilich-erfasste-delikte-gegen-die-sexuelle-orientierung-in-deutschland/> [eingesehen am 20.07.2023].

39 Key, Vladimir Orlando jr.: *Public Opinion and American Democracy*, New York 2012, S. 8.

tive and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe [France; Germany; Hungary; Poland; Slovakia], Budapest 2015, S. 19–39.

de Benoist, Alain: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 2022 [1985].

Empson, Olivia: Drag storytellers grapple with growing threats by Republicans and far right, in: *theguardian.com*, 23.03.2023, URL: <https://www.theguardian.com/world/2023/mar/23/us-drag-storytellers-face-growing-threats> [eingesehen am 27.07.2023].

Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz,Taylan: Politische Narrative. Konturen einer politikwissenschaftlichen Erzähltheorie, in: Gadinger, Frank/Jarzebski, Sebastian/Yildiz,Taylan (Hrsg.): Politische Narrative. Konzepte – Analysen – Forschungspraxis, Wiesbaden 2014, S. 3–38.

Johann, Michael/Bülow, Lars: Politische Internet-Memes: Erschließung eines interdisziplinären Forschungsfeldes, in: Bülow, Lars/Johann, Michael (Hrsg.): Politische Internet-Memes. Theoretische Herausforderungen und empirische Befunde, Berlin 2019, S. 13–40.

Kalkstein, Fiona/Pickel, Gert/Niendorf, Johanna/Höcker, Charlotte/Decker, Oliver: Antifeminismus und Geschlechterdemokratie, in: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/ Heller, Ayline/Brähler, Elmar. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022, S. 245–270.

Key, Vladimer Orlando jr.: Public Opinion and American Democracy, New York 2012.

Kováts, Eszter/Pöim, Maari: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe [France; Germany; Hungary; Poland; Slovakia], Budapest 2015.

Kracher, Veronika: #Stolzmonat – Rechtsradikale Social Media Kampagne gegen den Pride Month, in: *amadeu-antonio-stiftung.de*, URL: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/stolzmonat-rechtsradikale-social-media-kampagne-gegen-den-pride-month-100133/> [eingesehen am 20.06.2023].

Krzyżanowski, Michał: Discursive shifts and the normalisation of racism: Imaginaries of immigration, moral panics and the discourse of contemporary right-wing populism, in: *Social Semiotics*, Jg. 30 (2020), H. 4, S. 503–527.

Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Zick, Andreas/Rump, Maike: Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 43–74.

Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska: Vom Antifeminismus zum „Anti-Genderismus“ – Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz, in: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Sex und Gender. Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen symptomatischer Empörungen, Bielefeld 2015, S. 201–217.

Mangone, Emiliana: Narratives and Social Change. Social Reality in Contemporary Society, Cham 2022.

Meiering, David/Dziri, Aziz/Foroutan, Naika: Brückennarrative – Verbindende Elemente in der Radikalisierung von Gruppen, Frankfurt am Main 2018.

Mokoros, Nico/Rump, Maike/Küpper, Beate: Antigenderismus: Ideologie einer „natürlichen Ordnung“ oder Verfolgungswahn?, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme

und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 246–261.

Pappert, Steffen/Schlicht, Corinna/Schröter, Melani (Hrsg.): Skandalisieren, stereotypisieren, normalisieren. Diskurspraktiken der Neuen Rechten aus sprach- und literaturwissenschaftlicher Perspektive, Hamburg 2021.

Paternotte, David/Kuhar, Roman: Disentangling and Locating the “Global Right”: Anti-Gender Campaigns in Europe, in: *Politics and Governance* Jg. 6 (2018), H. 3, S. 6–19.

Scheffel, Sebastian: „Stolzmonat“ statt Pride Month: Wie Rechte den Kampf für Gleichberechtigung kapern wollen, in: RND – Redaktionsnetzwerk Deutschland, URL: <https://www.rnd.de/panorama/stolzmonat-wie-rechte-den-pride-month-auf-twitter-und-facebook-kapern-wollen-CZ-GCPDETXFGAXNE2WCKI4LBDCQ.html> [eingesehen am 24.08.2023].

Tandon, Abhinav/Rao, T. S. Sathyanarayana: Pride Parades, in: *Journal of Psychosexual Health*, Jg. 3 (2021), H. 3, S. 209–211.

Wodak, Ruth/Culpeper, Jonathan/Semino, Elena: Shameless normalisation of impoliteness: Berlusconi’s and Trump’s press conferences, in: *Discourse & Society*, Jg. 32 (2021), H. 3, S. 369–393.

Zick, Andreas: Herabwürdigungen und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Schröter, Franziska (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn 2021, S. 181–212.



Greta Jasser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin mit Schwerpunkt Rechtsradikalismus am Institut für Demokratieforschung. Sie forscht zu rechten und misogynen Bewegungen und konzentriert sich auf deren Online-Präsenzen und Netzwerke.

Bislang im Demokratie-Dialog erschienen:



DemDi 1:

Jonathan Riedl / Matthias Micus: Der blinde Fleck des Extremismus(-Begriffes)

Lino Klevesath: Radikaler Islam

Katharina Trittel: Beobachtungen zum 17. Juni – Identitäre Bewegung in Berlin



DemDi 2:

Philipp Scharf: Radikaler Protest im Kontext des G20-Gipfels

Annemieke Munderloh: Vom Neonazi zum Muğāhid

Stefan Eisen / Lars Geiges: Staatsleugnerinnen vor Gericht



DemDi 3:

Lars Geiges: Landespolitik zwischen Freiheit und Sicherheit

Joris Sprengeler / Lino Klevesath: V-Leute in der salafistischen Szene

Katharina Trittel: Gedanken zum „Tag der Deutschen Zukunft“



DemDi 4:

Philipp Scharf / Matthias Micus: 1989: Die Göttinger Autonomen im Zenit ihrer Kraft

Stine Marg: „Wehrhafte Demokratie“ als historische Legitimationsgrundlage des Verfassungsschutzes

Niklas Knepper: Rechtsradikaler Raumforderungskampf in Göttingen und am Campus?



DemDi 5:

Niklas Knepper / Marie Nolte: Von kleinen und großen Germanen – Ein Film als Einladung an die „Neue Rechte“

Stine Marg / Julian Schenke / Florian Finkbeiner: Gegen einen formalistischen Demokratiebegriff

Teresa Nentwig: Gewaltausbrüche bei den Gelbwesten-Protesten in Frankreich



DemDi 6:

Julian Schenke / Florian Finkbeiner / Amelie Neumann: Das Potenzial der Cleavage-Perspektive

Anna König: Ein Blick auf die radikale Linke Italiens seit den 1960er Jahren

Joris Sprengeler: Die radikale Scharia in der Bundesrepublik



DemDi 7:

Dominik Dewitz / Mari Nolte: AfD in Salzgitter

Florian Grahmann / Lino Klevesath: Radikalislamische Akteure während Corona

Joris Sprengeler: Widerstand 2020



DemDi 8:

Interview mit Simon T. Franzmann: Über die zukünftige Ausrichtung von FoDEx

Philipp Scharf / Julian Schenke: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand

Katharina Trittel / Florian Finkbeiner / Sören Isele: Göttingens rechte Protestgeschichte nach 1945



DemDi 9:

Tobias Neef-Methfessel: Der Sozialist und der Staatsschutz

Marvin Hild: Zwischen Schein und Sein

Florian Finkbeiner: Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten



DemDi 10:

Simon T. Franzmann: Eine polarisierende Zufriedenheit

Marco Bitschnau: Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

Helge Regner: Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmithen



DemDi 11:

Joschua Helmer: Neuer Ordner

Stephanie Buchholz: Auf der psychoanalytischen Couch

Alexander Hensel: Zwischen Gärung und Klärung



DemDi 12:

Nadine Kasten / Simon T. Franzmann: DieBasis: Partei der Unzufriedenen?

Philipp Scharf: Das Imperium schlägt zurück

Alexander Hensel: Krisenprotest und neue Polarisierung

Bislang erschienene Ausgaben im Universitätsverlag Göttingen



Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Prof. Dr. Simon Franzmann
Institut für Demokratieforschung der
Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Chefredakteur:

Philipp Scharf

Herausgeber:

Prof. Dr. Simon Franzmann (Wissenschaftlicher Leiter)
Dr. Philipp Harfst (Projektmanager)
Lino Klevesath (Stellvertretender Projektmanager)

Lektorat:

Dr. Katharina Trittel

Layout und Gestaltung:

Dr. Robert Lorenz

Satz und Bildbearbeitung:

Katja Töpfer

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Rechte:

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.



© 2023 Universitätsverlag Göttingen
<http://univerlag.uni-goettingen.de>

ISSN (Print) 2568-0641

ISSN (Online) 2748-0127

<https://doi.org/10.17875/gup2023-2453>

FoDEX

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

www.ifdem.de